

Roter Oktober 1917

Von der Februarrevolution 1917 bis
zur Neuen Ökonomischen Politik 1921



**Materialien eines KB-Seminars
November 1987**

Roter Oktober 1917



KB-Seminar über die Geschichte
der russischen Revolution 1917

28. und 29. November 1987

Martin-Luther-King-Haus
Grindelallee 9, 2000 Hamburg 13

Veranstalter: Kommunistischer Bund

Titelbild: Wladimir Lebedow,
Ein Gespenst geht um in Europa — Das Gespenst des
Kommunismus (Petrograd 1920/21 — Original farbig)

Plakate und Agitationsgedichte aus:
Mierau (Hsg.), Links! Eine Chronik in Vers und Plakat



Organisations-
BULLETIN

59

25.4.88

DM 5,-

Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative
Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20
Herausgeber: Kommunistischer Bund
V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff
Druck: Hein&Co, Hamburg
Auflage: 500
Erscheint im April 1988
Preis: DM 5,-

Inhalt

Roter Oktober 1917 Von der Februarrevolution bis zum Oktoberaufstand	S. 2
Die ersten 100 Tage Sofortmaßnahmen nach der Revolution Die Auflösung der Konstituierenden Versammlung	S. 18
Die Arbeiterkontrolle Die wirtschaftspolitische Diskussion im Frühjahr 1918	S. 21
Die Gewerkschaftsdiskussion 1920 Wirtschaft — Staat — Gewerkschaften — Partei	S. 26
Bürokratisierung von Partei und Staat Staatsaufbau und Bürokratiekritik in der frühen Sowjetunion .	S. 33

Vorwort

Oktober 1917 und Oktober 1987 — 70 Jahre sind seit der Oktoberrevolution in Rußland vergangen. Wenn diese Texte erscheinen fast schon 71 Jahre. Aus Anlaß dieses Datums hat eine Arbeitsgruppe des KB ein Seminar vorbereitet und durchgeführt, das über drei Tage im November 1987 veranstaltet wurde. Dieses Seminar ist auf große Resonanz gestoßen. Es hat sich aber auch gezeigt, daß angesichts der Fülle des Stoffes — Entwicklung und Verlauf der Revolution, die ersten Maßnahmen danach sowie die Ausgestaltung der Politik zur Behauptung der politischen Macht bis zur NÖP — zwar Zusammenhänge und Verständnis der russischen Geschichte vermittelt werden konnten. Doch die bei vielen geweckte Neugier, tiefer in die historische Materie einzudringen (und sie politisch zu verarbeiten) konnte nicht ausreichend befriedigt werden. Daher reichen wir einige Materialien des Seminars schriftlich nach, sie ergänzen den umfangreichen Materialreader zur Oktoberrevolution. (Die Broschüre ist allerdings auch eigenständig benutzbar, zum Einlesen). Sie enthält zum einen den aus Anlaß des Seminars geschriebenen Artikel „Roter Oktober 1917“ aus AK 287 vom 19.10.87. Darüberhinaus die Referate des Seminars zu den Themen:

- Die ersten 100 Tage nach der Revolution und die Auflösung der neugewählten Konstituierenden Versammlung.
- Die Arbeiterkontrolle und die wirtschaftspolitische Diskussion unmittelbar nach der Revolution im Frühjahr 1918.
- Die wirtschaftspolitische Diskussion (bekannter als Gewerkschaftsdiskussion) im Jahre 1920.
- Die Entwicklung der staatlichen Apparate, die Bürokratisierung der Partei, Maßnahmen gegen und Diskussionen um die Bürokratisierung in Staat und Partei in den ersten Jahren nach der Revolution (bis 1922).

(Die Texte, auf die sich in den Referaten bezogen wird, sind fast ausnahmslos im Reader zur Oktoberrevolution abgedruckt.)

Es fehlen in dieser Broschüre: Die Referate zum Frieden von Brest-Litowsk, zum Bürgerkrieg sowie zur Agrarpolitik und dem Ausblick auf die NÖP (die beiden letzten sind fragmentarisch bereits im Reader enthalten). Leider lagen diese Texte nicht ausgearbeitet vor. Vielleicht können wir sie zu einem späteren Zeitpunkt nachreichen. Die zusammengestellten Texte erscheinen als Extra-Ausgabe des Org-Bulletins (Nr. 59). Die Bulli-Abonnenten erhalten es wie eine reguläre Ausgabe. Darüberhinaus haben wir zusätzliche Exemplare gedruckt. Das Heft kann beim Verlag bestellt werden.

Hamburg, 19.4.88, hr.

Roter Oktober 1917

Von der Februarrevolution bis zum Oktoberaufstand

Die Oktoberrevolution vom 25. Oktober 1917 (7. November nach dem neuen Kalender) ist kaum zu verstehen ohne die Erfahrungen der gescheiterten Revolution von 1905, die ebenfalls infolge einer Niederlage im Krieg — dem russisch-japanischen von 1904/05 — ausbrach. Sowohl die revolutionäre Tradition des 19. Jahrhunderts vom individuellen Terror gegen den Zarismus als auch die Gründung marxistischer Zirkel von Intellektuellen, die in der entstehenden Arbeiterbewegung seit Ende des Jahrhunderts die Theorien des wissenschaftlichen Sozialismus und die Notwendigkeit des Sturzes der Zarenherrschaft propagieren, gehören in die im Jahre 1917 sichtbar gewordene revolutionäre Bewegung, die die Zarenherrschaft gestürzt und die Sowjetrepublik errichtet hat. Erstmals 1905 werden die Organe gebildet („Rat der Arbeiterdeputierten“), in deren Tradition 1917 die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten stehen, die zu einem entscheidenden Faktor der Revolution werden. Begonnen haben die Unruhen 1905 mit einem Bittgang zehntausender Arbeiter zum Sitz des Zaren im damaligen Petersburg. In diese Demonstration vom Charakter einer friedlichen Prozession unter Führung des Popen Gapon wird brutal hineingeschossen. Bei dem Massaker vom 9. Januar 1905 werden schätzungsweise 200 Arbeiter getötet und etwa 1000 verletzt. Die Kämpfe gegen die Zarenherrschaft halten das ganze Jahr über an und eskalieren zu Generalstreiks und teilweise Barrikadenkämpfen in Moskau und Petersburg im Herbst. Der Zar verspricht unter dem Druck der Aktionen (in einem „Oktober-Manifest“) bürgerliche Freiheiten, eine Verfassung und ein Parlament (die Reichsduma). Die revolutionäre Begeisterung führt zur Organisation des russischen Proletariats in Arbeiterräten. Diese Sowjets hören auch nach dem Oktober nicht auf, Streiks für mehr Lohn und Rechte in den Betrieben zu organisieren. Im Dezember endet der Generalstreik von Arbeitern in Moskau in blutiger Unterdrückung durch die Truppen des Zaren. Die Erhebung ist gescheitert.

Was folgt, sind Jahre finsterster Reaktion und Verfolgung der organisierten Arbeiterbewegung. Die versprochenen Reformen werden teilweise zurückgenommen; die 1906 gebildete Duma muß ihre Gesetze vom Zaren genehmigen lassen und sieht im Fall des „Notstands“ weiterhin die zaristische Alleinherrschaft vor. Seit 1910 setzt ein Wirtschaftsaufschwung ein, der auch zu einem stürmischen Neuaufschwung der Arbeiterbewegung führt, abrupt vom Kriegsbeginn und dem ihn begleitenden Chauvinismus unterbrochen.

Rußland im Weltkrieg

Rußland zu Kriegsbeginn, das ist ein agrarisches Land mit geschätzten 67% Landbevölkerung (1913) und einer noch geringen, aber stark anwachsenden proletarischen Bevölkerung von 14% (1). Während 30.000 Grundbesitzer etwa die Hälfte des Landes unter sich aufteilen, müssen 10,5 Millionen Bauern die andere Hälfte bewirtschaften. Ein Drittel ist völlig grundbesitzlos. Das technische Niveau der Landwirtschaft ist extrem niedrig, ein Drittel der Bauernwirtschaften besitzen gar keine Geräte, 30% haben kein Stück Vieh. Dorfarmut, feudalistische Pachten und Abgaben an die Grundbesitzer bestimmen Bild und Stimmung auf dem Lande (2). Im Krieg verschärft sich die Situation auf dem Lande noch, da die Hälfte der Arbeitskräfte einberufen und das Vieh für die Armee requiriert wird, sowie die Produktion landwirtschaftlicher Geräte zurückgeht. Produktionsrückgänge und steigende Pachtlasten sind Vorboten kommender Bauernaufstände. Sie zeugen außerdem von Notwendigkeit und Popularität der Neuverteilung des Bodens bei der Masse der Bauern. Industriell ist Rußland ein rückständiges Land, das aber in den Vorkriegsjahren einen rapiden Aufschwung nimmt. Trotzdem reichen die Kapazitäten beispielsweise nicht für die Kriegswaffenproduktion. Hinkt Rußland zwar hinter den entwickelten Ländern her, so hat es dennoch eine hoch konzentrierte Industrie, höher beispielsweise als die amerikanische zu dieser Zeit. Über die Hälfte des Proletariats arbeitet in Betrieben mit mehr als 500 Beschäftigten. Ein Umstand der den hohen Grad an Organisation und Schlagkraft der Arbeiter mitbegründet und ihre dominierende Rolle in der Revolution erklärt.

Finanziell wird das Land im Krieg völlig ruiniert. Die geschätzten 47 Milliarden Rubel Kriegsausgaben sind nur zu einem Zehntel durch Einnahmen gedeckt, 42 Milliarden werden durch in- und ausländische Anleihen finanziert. Im Sommer 1917 ist zehnmal soviel Geld im Umlauf wie zu Kriegsbeginn, die Lebenshaltungskosten sind im selben Zeitraum um 700% gestiegen. (2)

Warum Rußland an der Seite der Ententemächte Frankreich und England in den Krieg gegen Deutschland und Österreich gezogen ist, zeigt der Blick auf deren finanzielle Beteiligungen in Rußland und auf die Kriegsziele. Englische und französische Banken beherrschen bis zu 75% der wichtigsten aufstrebenden Industrien des Landes (Eisen und Kohle, Naphta, Kupfer). Zugleich verspricht die Beteiligung am Entente-Bündnis dem mächtigen Großgrundbesitz Anexionen auf dem Balkan und die Kontrolle über die Dardanellen. Industrie und Landadel haben daher den Kriegseintritt Rußlands begrüßt. Der Zar hat mit den Alliierten Geheimverträge geschlossen, die die Kriegsziele (Anexionen und Kontributionen) beschreiben. Sie verpflichten Rußland außerdem zur Beteiligung am Krieg „bis zum siegreichen Ende“.

In der Übergangszeit der russischen Revolution vom Februar bis Oktober 1917 wird neben dem Hunger die Kriegsmüdigkeit zum wichtigsten Auseinandersetzungsfeld. Sind Teile der in Bolschewiki und Menschewiki gespaltenen russischen Sozialdemokratie (SDAPR) von Kriegsbeginn an für die Vaterlandsverteidigung (eine Minderheit der Menschewiki unter Führung des Mitbegründers der Sozialdemokratie Plechanow), treten die Bolschewiki entschieden bis zum Schluß gegen jede Form der Vaterlandsverteidigung unter

kapitalistischer Herrschaft und bei unabwiesbarer Existenz imperialistischer Kriegszielsetzungen aller am Weltkrieg Beteiligter ein. Auch gegen die „Revolutionäre Vaterlandsverteidigung“, auf die eine Mehrheit der Menschewiki im Verlauf der Entwicklung als Koalitionspartner in der Provisorischen Regierung ab Mai 1917 einschwenken. Etwa 5 1/2 Millionen Menschen (3) werden in diesem Krieg als tot, verwundet oder vermißt bzw. gefangen gezählt als die Revolution ausbricht. Im August 1915 haben die Truppen des Zaren die schwersten Niederlagen gegen die deutsch-österreichischen Truppen erlitten. Rußland verliert Galizien und Polen. Je aussichtsloser und opferreicher dieser Krieg wird, desto mehr verfängt die bolschewistische Propaganda der Kriegsverweigerung, der Aufkündigung der Geheimverträge und der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg gegen die eigenen herrschenden Klassen.

Februarrevolution 1917

Die Krise der alten Zarenherrschaft wird immer offenkundiger. Während die russischen Massen an der Front sterben und im Lande der Hunger sich ausbreitet, versuchen im Bündnis Vertreter der aufstrebenden Bourgeoisie und des Großgrundbesitzes Rußlands „Ehre“ und ihre Pfründe zu retten und den Zaren zu Handeln zu bewegen, das das Volk mit der Monarchie versöhnen könnte.

Im November 1916 wird der ungeliebte Ministerpräsident Stürmer abgelöst, doch die innenpolitische Lage entspannt sich nicht. Einen Monat später ermordet Fürst Jusupov den Mönch und „Seher“ Rasputin, der seit 1907 starken Einfluß auf die Entscheidungen der Zaren-Dynastie nehmen konnte. Rasputin ist zunehmend Symbol für die Fäulnis der Monarchie geworden, seine Ermordung wird sowohl von den besitzenden Klassen als auch im Volk positiv aufgenommen. Aber auch der erneute Wechsel des Ministerpräsidenten am Jahresende 1916 kann die Zuspitzung der Krise nicht aufhalten. In zwei Jahren des Krieges werden vier Premierminister, sechs Innenminister, drei Außenminister und drei Verteidigungsminister verbraucht. Der Zar setzt im vierten Kriegsjahr auf die Repression von Polizei und Militär nicht nur gegen das unruhige Volk, sondern auch gegen die politischen Teile der Bourgeoisie und der linken Parteien, die auf vorsichtige demokratische Erneuerung setzen.

Ende Januar 1917 werden die Mitglieder der Arbeitergruppe (Menschewiki) im Kriegsindustriekomitee verhaftet — eine Einrichtung, die der Industrielle Gutschkow (und spätere Kriegsminister der Provisorischen Regierung) seit 1915 anführt, um die Zusammenarbeit zwischen Regierung, Unternehmern und Arbeitern auf dem Rüstungssektor zu verbessern. Auf dem Höhepunkt der Januarstreiks verfügt die zaristische Regierung die Vertagung der Wiedereröffnung der Duma, jenes Parlaments von des Zaren Gnaden, das als Reform-Zugeständnis auf die gescheiterte Revolution 1905 eingeführt worden war. Mit blinder Ignoranz reagieren der Zar und seine Berater auf die verzweifelten Versuche des Duma-Präsidenten und Großgrundbesitzers Rodsjanko, eine Regierungsneubildung mit Männern der neuen Demokratie zu erreichen.

Als die Februarrevolution schon entschieden ist, schickt Rodsjanko am 26. Februar 1917 (alten Datums, 11. März neuen Datums) ein Telegramm an den Zaren das schließt: „Ich bete zu Gott, daß in dieser Stunde keine Verantwortlichkeit auf den Träger der Krone falle.“ (4). Vom Zaren wird seither die Äußerung kolportiert: „Wieder schreibe mir dieser Dicke allerlei Unsinn, auf den ich ihm nicht einmal antworten werde.“ (5) Die Zarin drückt am 24. Februar ihrem Mann gegenüber die Hoffnung aus, er lasse den „Duma-Abgeordneten Kedrinskij für seine schrecklichen Reden aufhängen“. Gemeint ist der rechte Volkssozialist

Kerenskij, der später als Ministerpräsident politischer Gegenspieler der Bolschewiki wird. „Nach den Gesetzen der Kriegszeit“, schreibt die Zarin, „ist es notwendig, ein Exempel zu statuieren. Alle verlangen inständig, daß Du Deine Härte zeigst.“ (6) Sicher ist die bürgerliche Darstellung, daß die Zaren-Dynastie nur blind reagierte, insoweit falsch, als sie und der feudalistische Gutsbesitzer-Adel nicht Macht und Privilegien teilen wollten, aus eigenen Klasseninteressen handelten. Andererseits wollten die bürgerlichen Duma-Vertreter des „Progressiven Blocks“ die Monarchie gar nicht stürzen, sondern die Macht mit ihr teilen. Nicht die Republik war ihre Forderung, sondern eine Regierung, die „das Vertrauen des Landes besitzt.“

Brot und Frieden!

Seit Oktober 1916 ist es in der Hauptstadt Petrograd (dem heutigen Leningrad) immer wieder zu politischen Streiks der Metallarbeiter gekommen. Am 23. Januar 1917 nehmen die Aktionen zu. Es streiken 300.000 Arbeiter. Streiks und Demonstrationen auch in Moskau, Charkow, Baku und



Nischni-Nowgorod. In Petrograd finden fast täglich Streiks und Versammlungen in den Betrieben statt; auf den Demonstrationen wird die Forderung nach „Brot“ und „Nieder mit dem Krieg“ aufgestellt. Am 19. Februar gibt es in Petrograd kaum noch Brot. In den Arbeitervierteln werden Bäcker- und Lebensmittelläden geplündert. Am aktivsten im Streik sind die Arbeiter der Putilow-Werke, die schon 1905 eine hervorragende Rolle spielten. In diesem Maschinen- und Lokomotivenbaubetrieb, der im Krieg auf Rüstungsproduktion umgestellt wurde, beginnen die Kapitalisten am 22. Februar mit Betriebsstilllegung und Aussperrungen, die in den folgenden Tagen auf weitere Betriebe ausgedehnt werden. Am 23. Februar, dem Internationalen Frauentag (8. März neuen Datums) gehen zigtausende Frau-

en und Hausfrauen auf die Straße, die Arbeiter der Putilow-Werke schließen sich an. Die Streiks breiten sich aus, immer häufiger wird jetzt auch die Forderung „Nieder mit der Selbstherrschaft“ (des Zaren) aufgestellt. Es gibt erste Zusammenstöße mit der Polizei, die nach anfänglichem brutalen Vorgehen vor dem teilweise bewaffneten Widerstand weicht. Auch die eingesetzten Kosaken können oder wollen die Massenaktionen nicht unterdrücken. Allein Teile der Petrograder Garnisonstruppen, in deren Hände der Zar die Verteidigung seiner Herrschaft legt, gehorchen unter Drohungen noch dem Schießbefehl und richten wiederholt ein Blutbad unter den Demonstrierenden an.

Am 26. Februar wachsen die Aktionen zum Aufstand an. Der Zar löst die Duma auf, die Abgeordneten widersetzen sich der Auflösung passiv. Durch die Armee zieht eine Welle der Meuterei und Verbrüderung mit den Demonstranten, die Soldaten teilen Waffen und Munition mit den Arbeitern. Arbeiter und meuternde Soldaten besetzen am 27. Februar die Peter-Pauls-Festung und befreien die politischen Gefangenen. Die Kronstädter Matrosen schließen sich dem Aufstand an. Auch in Moskau setzen sich die bewaffneten Arbeiter und Soldaten durch. *Die Revolution hat gesiegt.*

Symbole für diesen Sieg sind am 27. Februar zwei Entscheidungen: Aus den Reihen der alten Duma wird ein Provisorisches Duma-Komitee fast aller Parteien — inklusive der Sozialrevolutionäre und Menschewiki — (mit Ausnahme der Bolschewiki) zur Neubildung einer Regierung gegründet. Am Vormittag desselben Tages versammeln sich Arbeiter- und Soldatendelegierte im Taurischen Palast und gründen den „Sowjet der Arbeiter- und Soldatendelegierten“, dessen Exekutivkomitee sich aus insgesamt 7 Menschewiki (davon 5 der linken Menschewiki-Internationalisten), 3 Sozialrevolutionären (davon 1 Trudowik und ein linker SR), 3 Bolschewiki und 2 fraktionslosen Delegierten zusammensetzt. Im Ergebnis der Februarrevolution entstehen diese beiden Organe der nachfolgenden *Doppelherrschaft*.

Ein Versuch des Hauptquartiers der Armee, die Revolution militärisch zu stoppen, scheitert kläglich; entweder sind keine zureichenden Truppen mehr mobilisierbar oder der Versuch, Truppen von der Front heranzuschaffen, scheitert an den Eisenbahnen, die die Transporte aufhalten. Der Zar verliert die Unterstützung des Militärs. Viel zu spät kommt sein Versuch am 1. März, durch die Ernennung des Fürsten Lwow zum neuen Regierungschef die eigene Dynastie zu retten. Am 2. März wird Zar Nikolaus II. zur Abdankung gezwungen. Er ernennt seinen Bruder Großfürst Michail zu seinem Nachfolger. Dieser lehnt unter dem Eindruck der Massenbewegung am 3. März ab und muß die Entscheidung über das Schicksal der Zaren-Dynastie freien Wahlen, sowie einer konstituierenden Versammlung über die zukünftige Verfassung Rußlands überlassen.

Provisorische Regierung und Sowjet

Den einen Teil des folgenden Machtdualismus bildet die aus dem Duma-Komitee hervorgegangene *Provisorische Regierung*, deren Bildung bereits am 2. März bekanntgegeben wird. Sie besteht aus bürgerlichen Vertretern der Industrie, der Intelligenz und des (adligen) Großgrundbesitzes, mit Ausnahme des Justizministers A.F. Kerenskij. Nahezu alle Regierungsvertreter entstammen der Tradition der liberalen, bürgerlich-demokratischen — aber überwiegend nicht anti-monarchistischen — Opposition gegen das autokratische Zarenregime: Die konservativ-liberalen „Oktobristen“ um Kriegsminister Gutschkow, die liberalen „Kadetten“ (Konstitutionelle Demokraten) um Miljukow sowie die rechtsstehenden Nationalisten um Schulgin. An der Spitze der Regierung steht mit dem Fürsten Lwow — dem Vorsit-

zenden der Semstwo („ländliche Selbstverwaltung“) — ein Vertreter des Landadels. In ihrer Mehrheit sind sie nicht Vertreter der Republik sondern der konstitutionellen Monarchie. Doch die Provisorische Regierung muß den neuen Sowjet als Macht akzeptieren. Das von ihr nach Konsultationen mit dem Sowjet proklamierte politische Programm sieht u.a. eine vollständige Amnestie für politische Vergehen vor, Versammlungs- und Streikfreiheit, Auflösung der zaristischen Geheimpolizei Ochrana und der Polizeikorps, sowie deren Ersetzung durch eine Volksmiliz. Abschaffung von Ständeprivilegien vor allem im Militär und Vorbereitung freier und geheimer Wahlen zur Bildung einer konstituierenden Versammlung, die über die künftige Verfassung des Landes entscheiden soll. In der ersten Märzhälfte wird u.a. die Zarenfamilie verhaftet, die Todesstrafe abgeschafft, weitere Erleichterungen werden eingeführt. In der anfänglichen Begeisterung über die Revolution und die neu gewonnenen Freiheiten erscheint es nur wenigen ein Problem, daß Vereinbarungen über Krieg und Frieden, die Verteilung des Bodens, Lohn- und Arbeitszeitfragen und die Produktionskontrolle ausgespart bleiben. So bleibt beispielsweise die Note des Außenministers Miljukow vom 5. März an die französischen und englischen Alliierten, bis zum siegreichen Ende an ihrer Seite zu kämpfen, ohne nennenswerte Proteste.

Der neugegründete Petrograder Sowjet nimmt in der Revolution von Anfang an Regierungsaufgaben wahr. Er läßt zaristische Minister verhaften, besetzt zentrale staatliche Institutionen, organisiert den bewaffneten Widerstand gegen die Konterrevolution (Arbeitermiliz), die Versorgung der Hauptstadt und wird Verhandlungspartner des provisorischen Duma-Komitees zur Regierungsbildung. Eine Koalition des Sowjets mit den Duma-Vertretern wird auf der Petrograder Sitzung des Sowjet-Exekutivkomitees am 1. März mit Mehrheit abgelehnt. Dafür sind die Menschewiki-Vaterlandsverteidiger (Plechanow-Leute), die Trudowiki und der jüdische „Bund“. Doch einen Tag später erhält der Trudowik Kerenskij auf der Sowjetsitzung großen Beifall, als er die Forderung nach einer Republik aufstellt und seinen Regierungseintritt als Justizminister ankündigt. Die Konferenz der Sozialrevolutionäre begrüßt diesen Schritt als „Kontrolle“ der Provisorischen Regierung ausdrücklich.

Von Beginn der Revolution an konkurriert der Sowjet aufgrund des Basisdrucks in der Armee mit dem Militär. Als am 28. Februar das Duma-Komitee die Soldaten in die Kasernen zurückschicken will und deren Entwaffnung befürchtet wird, erläßt der Petrograder Sowjet am 1. März seinen berühmten — bei der Generalität und den Bürgerlichen berüchtigten — „Befehl Nr. 1“, der zur Bildung von Soldatenkomitees und deren Kontrolle — anstelle der der Offiziere — über die Bewaffnung aufruft und den Sowjet zur höchsten Autorität für die Soldaten erklärt. Gleichzeitig wird die Gleichstellung der Soldaten mit den Befehlshabern proklamiert. In vielen Truppenteilen werden daraufhin die Rechte ausgeweitet und die Wahl der Offiziere durchgesetzt. Der „Befehl Nr. 1“ drückt zudem das Mißtrauen des Sowjets gegen die Vertreter der alten Duma aus, wenn er ausdrücklich erklärt: „Den Befehlen der Militärkommission der Staatsduma ist nur in dem Falle Folge zu leisten, wenn diese den Befehlen des Sowjets (...) nicht widersprechen.“

Die Doppelherrschaft

„Worin besteht die Doppelherrschaft?“ fragt Lenin wenige Tage nach seiner Rückkehr nach Rußland in seiner Schrift „Über die Doppelherrschaft“ (7). Neben der Provisorischen Regierung als Vorschein für eine „parlamentarische bürgerlich-demokratische Republik des bisher allgemein üblichen (...) Typus“, existiere in „Keinform“ eine andere



Revolutionäre Soldatenversammlung an der Front (1917)

Macht „von demselben Typus wie es die Pariser Kommune von 1871 war“: Die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Die Machtteilung dränge zwangsläufig nach Auflösung zur einen oder anderen Seite hin: Herrschaft der Bürgerlichen oder die „revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ sei in den beiden Machtzentren angelegt, die entscheidende Frage ist die, ob man die Bourgeoisie unterstützen oder die Alleinherrschaft der Sowjets wolle.

Die Macht befindet sich nach der Februarrevolution in den Händen des Petrograder Sowjets. Die Provisorische Regierung ist faktisch von ihm abhängig. Sie hat keine Organe — Polizei, Militär etc. — mit denen sie sich durchsetzen kann. Im „Befehl Nr. 1“ kommt diese Über-Macht des Sowjets zum Ausdruck. Nichtsdestotrotz strebt die Mehrheit im Sowjet gar nicht nach dieser Macht. Geht sie doch — in der Tradition aller Flügel der russischen Sozialdemokratie — davon aus, daß das Land zunächst einmal die bürgerlich-demokratische Revolution zu vollenden habe, bevor an die Errichtung des Sozialismus zu denken sei. Die Menschewiki, die anfänglich den bestimmenden Einfluß im Sowjet haben, werden denn auch nicht müde, die Vorwürfe der Bürgerlichen, der Sowjet strebe nach Regierungsgewalt, als Verleumdung zurückzuweisen. In ihrem Zentralorgan haben die Menschewiki am 7. März ihre Haltung in unfreiwilliger Komik deutlich gemacht, als sie aufrufen: „Mitglieder der Provisorischen Regierung! Das Proletariat und die Armee erwarten von Euch unverzüglich Befehle zur Festigung der Revolution und zur Demokratisierung Rußlands. Von Euch hängt unsere Unterstützung ab. Je rascher und entschlossener Ihr handeln werdet, umso rascher und gründlicher wird eine konstituierende Versammlung vorbereitet werden können, deren Beschlüsse das weitere Schicksal Rußlands bestimmen wird.“ (8)

Die Menschewiki gehen von einem Automatismus in der gesellschaftlichen Entwicklung aus, den einer ihrer führenden Theoretiker, Theodor Dan, so formuliert hat: „Wie

schüchtern, feige und blind bürgerliche Parteien wie die Kadettenpartei auch sein mögen, diese Parteien stützen sich auf Klassen, die durch die reale historische Situation und reale Interessen nicht auf den Weg der Versöhnung mit der alten Ordnung, sondern auf den des scharfen Kampfes gegen sie drängen (...) Bis zur Zerstörung der Autokratie muß die Mehrheit der bürgerlichen Klassen Mitläufer des Proletariats sein.“ (9)

„Gau, treuer Freund ist alle Theorie und grün des Lebens goldner Baum“ zitiert Lenin Goethe. „Nach der alten Weise ergibt sich: nach der Herrschaft der Bourgeoisie kann und muß die Herrschaft des Proletariats und der Bauernschaft, ihre Diktatur folgen. Im lebendigen Leben aber ist es bereits anders gekommen: entstanden ist eine höchst originelle, noch nie dagewesene Verflechtung des einen mit dem anderen. Es besteht nebeneinander, zusammen, zu ein und derselben Zeit sowohl die Herrschaft der Bourgeoisie (die Regierung Lwow und Gutschkow) als auch die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft, die die Macht freiwillig an die Bourgeoisie abtritt, freiwillig zu ihrem Anhängsel wird.“ (10)

Lenin, wie auch später die Mehrheit der Bolschewiki, definiert die „Eigenart der gegenwärtigen Lage in Rußland als Periode des Übergangs von der ersten Etappe der Revolution zur zweiten“.

Lenins Aprilthesen

Diesen Übergang zur zweiten Etappe propagiert Lenin mit seinen berühmten „April-thesen“, die er einen Tag nach seiner Ankunft am 4. April vor den Sowjetdelegierten von Bolschewiki und Menschewiki vorträgt. Als Lenin, Sinowjew und dreißig weitere Bolschewiki aus Zürich kommend, nach ihrer Reise durch Deutschland im Eisenbahnwagen (11) in Petrograd eintreffen, stoßen sie auf eine bolschewistische Partei, die wie alle anderen Parteien der Linken

ebenfalls vom Zeitpunkt, spontanen Ausbruch und der Dynamik der Entwicklung der Februarrevolution überrascht worden ist, auch wenn gerade vom Krieg das Auslösen einer revolutionären Massenerhebung erwartet worden war. So agieren bis dahin die Bolschewiki und ihre prominentesten Führer Stalin und Kamenew, die drei Wochen vorher in Petrograd eingetroffen sind, weitgehend noch auf Basis der bis dahin vorhandenen Vorstellungen vom Charakter der Revolution als bürgerlicher. Im Aufruf des Zentralkomitees der SDAPR (Bolschewiki) vom 12. März („Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! An alle Bürger Rußlands“) werden noch ausdrücklich die Arbeiterklasse und die Armee aufgefordert, „eine provisorische revolutionäre Regierung zu schaffen, die sich an die Spitze der neuen, im Entstehen begriffenen republikanischen Ordnung zu stellen hat (...) Es lebe die demokratische Republik.“ (12)

Allein, die spätere sowjetische Geschichtsschreibung vermittelt ein Bild einer immer korrekten Linie der Partei, von der höchstens einige Verräter abgewichen sind. In Wahrheit entspricht das Handeln Stalins und Kamenews sowie der im Lande befindlichen Bolschewiki dem damaligen Diskussions- und Erkenntnisstand. Demgegenüber sind Lenins „April-Thesen“ neu für die Partei, auch provokativ gegen die Bestrebungen zur Herstellung einer stärkeren Zusammenarbeit mit den Menschewiki gerichtet. Daher darf eigentlich nicht verwundern, daß sie nicht gleich eine Mehrheit der Bolschewiki finden und heftig umstritten sind. Der Widerspruch nimmt allerdings in dem Maße ab, wie sich die Provisorische Regierung als unfähig erweist, in der Kriegsfrage einen anderen Kurs als der Zarismus zu steuern und

die grundlegenden Forderungen nach Veränderungen aufzugreifen; in dem Maße, wie sich der Sowjet zum Anhängsel dieser Entwicklung macht, die bereits im April einsetzt.

In seinen Thesen entwickelt Lenin seine Vorstellung von der konsequenten Propagierung einer „revolutionären Regierung“ der Sowjets. Ausdrücklich lehnt er die Unterstützung der Provisorischen Regierung ab, die weder Frieden noch Brot noch Boden für die armen Bauern bringen werde. Keinerlei Zugeständnisse an die „revolutionäre Vaterlandsverteidigung“, „Nationalisierung des gesamten Bodens“, „Kontrolle über die Nationalbank“ und Produktionskontrolle sind die wichtigsten Forderungen, auf die die bolschewistische Partei aus der Position der Minderheit heraus die revolutionär gestimmten Massen vorbereiten soll.

Lenin's Gegner sehen ihn im „Fieberwahn“. Die Zeitung der Menschewiki greift ihn scharf an: jeder Erfolg Lenins sei „ein Erfolg der Reaktion“ kommentiert sie am 6. April seine Rede und wiederholt das mechanistische Verständnis der politischen Entwicklung, das die Menschewiki im weiteren Verlauf der Entwicklung den Einfluß in den Massen kostet: „Die Revolution kann nur solange erfolgreich gegen die Reaktion ankämpfen und sie aus ihrer Position verdrängen, wie sie es schafft, innerhalb jener Grenzen zu verbleiben, die ihr durch die objektiven Notwendigkeiten vorgegeben sind (der Zustand der Produktivkräfte, die Denkweise der Massen in bezug auf die Revolution usw.). Man könnte der Reaktion keinen besseren Dienst erweisen, als diese Grenzen zu mißachten und zu versuchen, sie niederzureißen.“ (13)

Krieg oder Frieden?

Anfang Mai ist die erste große Regierungskrise da. Kriegsminister Gutschkow und Außenminister Miljukow treten zurück. Von den großen Veränderungen, die die Massen erhoffen, ist keine eingetreten, kann unter den Bedingungen des Krieges und eines Waffenstillstands mit der eigenen Bourgeoisie auch nicht eintreten. Weder verbessert sich die Versorgung, noch gibt es eine Bodenreform, noch einen Termin für die konstituierende Versammlung. Vor allem aber tritt Enttäuschung ein über die Illusion eines vor der Tür stehenden Friedens.

Noch am 14. März hatte sich der Petrograder Sowjet in einem Friedensaufruf enthusiastisch „An die Völker der ganzen Welt“ gewandt, einen „Frieden ohne Annexionen und Kontributionen“ und die Einigung der Proletarier gegen ihre kriegführenden Regierungen gefordert. Am 11. April versucht die Provisorische Regierung noch einen Schlingerkurs. Einerseits, teilt sie in einer Erklärung über die Kriegsziele mit, wolle man keine anderen Völker beherrschen, keine fremden Gebiete besetzen oder irgendein Volk unterjochen oder erniedrigen. Andererseits wolle man „die Verpflichtungen, die wir gegen unsere Verbündeten eingegangen sind“, einhalten. In einer zusätzlichen Note erläutert Außenminister Miljukow am 18. April den englischen und französischen Verbündeten, was damit gemeint ist. Statt Schwächung des Kriegseinsatzes, behauptet er dort, habe die Revolution „das Bestreben des ganzen Volkes, den Weltkrieg bis zum entscheidenden Sieg weiterzuführen, durch das Bewußtwerden der gemeinsamen Verantwortlichkeit aller nur gestärkt.“ Ausdrücklich wird noch einmal die Treue zu den Geheimverträgen erklärt, die der Zar mit den Verbündeten abgeschlossen hat. (14)



„Es lebe die Bildung des Volkes“



Kerenski (r.) an der Front mit Stankewitsch

Alle Macht den Sowjets!

Am 20. April kommt es daraufhin zu erregten, von den Bolschewiki organisierten Demonstrationen unter den Parolen „Nieder mit dem Krieg“, „Nieder mit Miljukow“ und „Nieder mit der Provisorischen Regierung“, vereinzelt auch „Alle Macht den Sowjets“. In der Petrograder Innenstadt gibt es Zusammenstöße mit bürgerlichen Demonstranten, die „Es lebe Miljukow“ propagieren. Am nächsten Tag stoßen wieder Demonstrationen aufeinander, u.a. fordern Regierungsanhänger „Nieder mit Lenin“. Am Abend wird aufeinander geschossen, es gibt Tote und Verwundete. Wer daran die Schuld hat, wird nicht geklärt, wenngleich diese selbstverständlich den Bolschewiki in die Schuhe geschoben wird. Die Sowjet-Deputierten bemühen sich um Entspannung und akzeptieren mit 34 gegen 19 Stimmen eine Einigung mit der Regierung, die den Widerspruch zwischen Nichteroberungspolitik und Bekenntnis zu den zaristischen Verträgen mit den Bündnispartnern verschleierte. Der Sowjet verbietet für zwei Tage alle Demonstrationen. Das Zentralkomitee der Bolschewiki ruft am 22. April dazu auf, diesem Verbot zu folgen und warnt vor unbesonnenen Aktionen. „Nieder mit der Provisorischen Regierung“ sei solange die falsche Parole, solange es dafür keine Mehrheit unter den Arbeitern und Soldaten gebe.

Zersetzung der militärischen Disziplin

Mit Erfolgen an der Front wollte sich der Chef der provisorischen Regierung, Kerenski, den Rücken für strafferes Regieren im Inneren freihalten. W.B. Stankewitsch — Offizier, Soldatendelegierter und Kommissar beim Oberbefehlshaber — beschreibt in seinen „Erinnerungen 1914-1919“ einen Frontbesuch Kerenskis und warum die Offensive bereits gescheitert war, bevor sie begann.

(...) Der Angriff wurde auf den 10. Juni festgelegt, dann aber auf den 15. Juni verschoben. Es wurde vereinbart, daß Keneski sich an die Front begeben sollte. Ich begleitete ihn. Wir kamen in Tarnopol am Tage an, an dem die Artillerie-Vorbereitungen einsetzen sollte. Das Oberkommando war entschlossen, die Anwesenheit Kerenskis an der Front zur Agitation in der Armee auszunutzen. Man fuhr mit ihm gleich am ersten Tage zum 1. Gardekorps.

Es versammelte sich eine riesige Menge Soldaten, wohl um 15.000. Das war die größte Versammlung, die ich je gesehen hatte. Alle lagerten in einer Schlucht mit sacht ansteigenden Abhängen, die von einem Meer von Soldaten bedeckt waren. In der Mitte stand der Kraftwagen von Kerenski. Die Versammlung verlief im allgemeinen reibungslos. Die Offiziere waren jedoch aufgeregt: Der bolschewistische Hauptagitator und Meuterer, Hauptmann Dzewaltowski, war nicht auf der Versammlung erschienen. Damit verlor nach Ansicht der Offiziere die Versammlung die Hälfte ihrer Bedeutung:

Die Hauptargumente der Ordnungstörer würden nicht widerlegt werden können. Inzwischen hatte Dzewaltowski zwei besonders ungehorsame und demoralisierte Regimenter etwas abseits aufgestellt und schickte mitten in der Versammlung eine Abordnung zu Kerenski mit der Bitte, zu ihm zu kommen. Die Lage war schwierig. Dzewaltowski wollte offenbar einem Streitgespräch ausweichen oder sich ihm in einer für ihn günstigen Lage stellen, umgeben von einem ihm ergebenen Zuhörer-

schaft. Kerenski erhob sich in ganzer Größe und stellte die Frage zur Abstimmung, wer zu wem gehen sollte: er zur abtrünnigen Korps Einheit oder die abtrünnige Einheit zu allen anderen. Die Arme erhoben sich einstimmig wie die Borstennadeln eines Igels, und die Versammlung beschloß einstimmig: Die Abtrünnigen sollten sich der Gesamtheit anschließen. Die in Verwirrung geratene Abordnung ging geschlagen zurück. Die Versammlung wurde fortgesetzt, verlief aber etwas stürmischer. Der Kommissar der 11. Armee Kirienko ließ man nicht zu Ende reden. Ein Teil der Anwesenden verließ den Versammlungsplatz aus Protest gegen den eigenen Beschluß. Die Versammlung wurde jedoch zu Ende geführt. Dann mischten sich die Vorgesetzten ein. Sie waren dadurch beruhigt, daß Kerenski keine Gelegenheit erhalten hatte, die Argumente Dzewaltowskis vor den Soldaten zu widerlegen. Sie bestanden darauf, daß sich Kerenski trotz seiner feierlichen Weigerung, trotz der Tatsache, daß die Abtrünnigen durch alle verurteilt wurden, zu den Grenadi-

dieren begab. Besonders beunruhigt war der Korpskommandeur, General Ilkewitsch. (...)

(...) Es war Ilkewitsch also doch gelungen, Kerenski zu überreden. Und nun bot sich das schändliche Bild eines Wortstreits mit Menschen, die offenkundig im voraus nicht einverstanden sein wollten. Zuerst sprach Dzewaltowski im Ton eines Anklägers selbstbewußt und herausfordernd, wobei er alle Angriffe der bolschewistischen Presse wiederholte. Kerenski antwortete Punkt für Punkt. Dann sprach wieder Dzewaltowski. Die Soldaten verhielten sich unentschieden: Ein Teil klatschte Dzewaltowski Beifall, ein anderer nicht kleinerer Teil spendete seinen Beifall Kerenski, die Mehrheit hörte aber schweigend zu, in Gedanken versunken, offenbar ohne klar zu verstehen, worum es bei diesem Streit ging, jedoch undeutlich fühlend, daß es um die für jeden entscheidende Frage ging: Ob es einen Offensiven geben sollte oder nicht ... Das Ganze war natürlich ein Rainfall. Der Eindruck der Nachgiebigkeit, der Unentschiedenheit der Regierung vor dem Hintergrund der Verwirrung der militärischen Vorgesetzten kündigte nichts Gutes an.

(...) Der zweite Tag unseres Aufenthalts an der Front verlief bei kleineren Kundgebungen in verschiedenen Truppenteilen. Eins wurde dabei klar: Wenn die Rede an den entscheidenden Punkt herankam, sank die Stimmung der Soldatenmassen schnell. Argumente und Überredungen konnten die Lage nicht bessern, sie verschlechterten sie sogar, da sie den Gedan-

ken hervorriefen, es stehe dem Soldaten frei, sich durch Argumente überzeugen zu lassen oder nicht. Dadurch wurde die Disziplin nicht gestärkt, sondern zerrüttet. Man wird aber kaum jemanden für die entstandene Lage verantwortlich machen. In dem Augenblick, als desorganisierte Massen von Soldaten auf die Straßen Petersburgs hinausgingen, lagen vor der russischen Öffentlichkeit zwei mögliche Wege: Entweder hätte man diese Menge sofort in die Kasernen zurückjagen und dabei zusammen mit auf Dachböden versteckten Polizisten schießen müssen, oder man mußte die Soldaten überreden ... Man begann mit dem Überreden, zuerst in Petersburg, dann auf Biten des Kommandokorps auch an der Front. Und der erste, der begriffen hatte, daß Überredungen in der Armee nicht zum Ziele führten, daß die revolutionäre Regierung, wenn sie eine Armee haben will, zuerst lernen muß, ihr zu befehlen, und dann die Armee zum Gehorsam ohne Diskussionen erziehen muß, war Kerenski. Einige Tage später antwortete Kerenski auf die Bitte des Oberbefehlshabers der Westfront Denikin, zur Agitation in der Armee zu kommen, mit einem Telegramm etwa folgenden Wortlauts: „Die Zeit für Überredungen und Gespräche in der Armee ist vorbei. Man muß befehlen und nicht große Reden führen.“

Quelle: David Anin, Die russische Revolution von 1917 in Berichten ihrer Akteure, München 1976

Die auf die Miljukow-Note folgende Regierungskrise kündigt sich am 26. April durch von ihm selber öffentlich gemachte Briefe Kerenskis an die Menschewiki und Sozialrevolutionäre an, in denen er diese zum Regierungseintritt auffordert. Fürst Lwow bietet einen Tag später den sozialistischen Parteien eine Koalition an. Das Petrograder Sowjet-Exekutivkomitee lehnt dies am 29. April mit 23 gegen 22 Stimmen ab. Als mit Außenminister Miljukow und Kriegsminister Gutschkow Anfang Mai die wichtigsten Vertreter der Bourgeoisie aus der Regierung zurücktreten, schafft es Kerenskij, den Sowjet zur Zustimmung zum Regierungseintritt zu bewegen. Mit 41 gegen 18 Stimmen gibt dieser grünes Licht für einen Kriegsminister Kerenskij, Arbeitsminister Skobelev (Menschewik) und Landwirtschaftsminister Tschernow (Sozialrevolutionär) sowie Zereteli (Menschewik) als Postminister.

„Revolutionäre Vaterlandsverteidigung“

Für die Linksparteien der Menschewiki und Sozialrevolutionäre ist dieser Schritt in die Regierung unter Fürst Lwow am 6. Mai 1917 von entscheidender Bedeutung. Mit dem Regierungseintritt übernehmen sie nicht nur allgemein die Verantwortung für die Verwirklichung der Forderungen nach Frieden, Boden für die Bauern und mehr Arbeiterrechten, sondern sogar direkt als Minister für ausgerechnet jene Arbeitsbereiche, in denen die in Bewegung geratenen Massen die weitestgehenden, gegen die Herrschenden gerichteten Forderungen stellen. Zusätzlich signalisiert der Rückzug von Gutschkow und Miljukow, daß die Bourgeoisie auf Distanz geht. Dabei enthält die von der Sowjetmehrheit unterstützte Deklaration über ihr Programm bereits alle die Konfliktpunkte der Zukunft. Zwar wird der Frieden ohne Annexionen und Kontributionen gewünscht, doch den Verbündeten das Versprechen gegeben, „daß die revolutionäre Armee Rußlands nicht zulassen wird, daß die deutschen Truppen unsere Verbündeten im Westen niederwerfen, um dann mit ganzer Kraft ihre Waffen gegen uns zu richten.“ Auf der Basis dieserart „revolutionärer Vaterlandsverteidigung“ wird die „Verstärkung der Kampfkraft im Hinblick auf die Verteidigung“ zur „wichtigsten Aufgabe“ der zweiten Provisorischen Regierung erklärt. Die Landverteilung wird in die Hände der Verfassungsgebenden Versammlung gelegt, deren Einberufung „sobald als möglich“ erfolgen soll (15). Kerenskij will und muß den Bürgerlichen beweisen, daß eine von der gemäßigten Linken mitgetragene Regierung die Disziplin der Armee zur Erfüllung der Kriegspflichten wiederherstellen könne. Eine seiner ersten Regierungshandlungen als Kriegsminister ist eine Rede vor dem Bauernkongreß, in der er „eiserne Disziplin“ an der Front durchzusetzen verspricht. Mit und nach der Februarrevolution ist die Bereitschaft der Soldaten weiterzukämpfen rapide gesunken. Die Autorität der alten Befehlshaber zerfällt immer mehr und wird vom Sowjet durch die Propagierung von Soldatenrechten gestützt. Die bolschewistische Anti-Kriegspropaganda tut das ihrige. Das Simulacrum an der Front steigt sprunghaft an, die Zahl der Deserteure wird im Mai/Juni auf ungefähr zwei Millionen geschätzt. Die baltische Flotte und die Petrograder Garnison sind dem Befehl des Hauptquartiers praktisch entzogen. In ihnen dominieren die Bolschewiki außerdem haben, wie in Kronstadt, Anarchisten starken Einfluß. Fünf Oberbefehlshaber der Armee wechseln sich in den Monaten Februar bis September ab.

Die militärische Offensive an der Südwestfront ist für den 18. Juni geplant. Die gemäßigten Sozialisten bemühen sich nach Kräften, die Autorität des Sowjets hierfür zu mobilisieren. Der vom 3. bis 24. Juni tagende Erste Allrussische Sowjetkongreß in Petrograd soll Zustimmung signalisieren.

Kerenskij-Offensive

Kerenskij teilt General Brussilow mit, daß er beabsichtige, zur Eröffnung der Offensive persönlich an die Front zu fahren. Allerdings brauche er „zur moralischen Unterstützung und um dem Angriffsbefehl Gewicht zu verleihen“, ein positives Votum des Sowjetkongresses. „Ich kann nur fahren, wenn ich diese Resolution in Händen habe und bitte darum, im äußersten Falle, den Befehl zur Offensive zurückzuhalten.“ (16) Auf dem Kongreß haben die Menschewiki (248 Delegierte) und Sozialrevolutionäre (285) eine klare Mehrheit der 822 stimmberechtigten Delegierten. Die Bolschewiki sind mit 105 Delegierten in deutlicher Minderheit. Die Zustimmung des Kongresses wird gegeben, Kerenskij reist an die Front und appelliert an den Patriotismus der Soldaten. Doch bereits im Vorfeld der Offensive erweist sich, daß Teile der Truppen meutern. Jedoch täuscht der erfolgreiche Beginn der dreiwöchigen Juni-Offensive hierüber noch hinweg. Der Vormarsch der russischen Truppen wird aber schon am zweiten Tag gestoppt.

Kerenskij teilt der Regierung telegraphisch die Schwierigkeiten mit und sieht die Gründe vor allem im schlechten Zustand der Armee und in der Wehrkraftzersetzung: „Zur Hebung der Stimmung in der Armee wird alles getan, was nur möglich ist, aber der niedrige Bewußtseinsgrad der Soldaten, die gute Gelegenheit, die eigene Feigheit und niedrigen Instinkte durch die perversen Parolen des Bolschewismus zu maskieren, die Straflosigkeit der Anstiftung zur Gehorsamsverweigerung, die sich unter der Maske einer ideellen Agitation verbirgt, die Unfertigkeit, die Formlosigkeit der Soldatenorganisation und die schlechte Eignung des Offizierskorps machen die Arbeit in der Armee unendlich schwierig.“ (17) Spätere Berichte auch aus Militärkreisen bezeugen, daß die Offensive gescheitert war, bevor sie begonnen hat. Ganze Truppenteile weigern das Vorrücken. Noch vor dem endgültigen Scheitern der Offensive versucht die Provisorische Regierung mit der Einführung der Todesstrafe an der Front und der Einrichtung von Kriegserichtern zu retten, was zu retten ist. Am 2. Juli ist die Offensive gescheitert. Das Scheitern löst eine neue Regierungskrise aus. Fürst Lwow und die Kadetten-Minister treten zurück. Die Niederlage eröffnet den endgültigen Zerfall der russischen Armee. Die, die Angriffsdisziplin zersetzenden Kriegsverweigerungs-Parolen der Bolschewiki finden immer mehr Gehör.

Die Auseinandersetzung um die Offensive wird heftig geführt. Die Bolschewiki haben im Rahmen des Sowjetkongresses für den 10. Juni — acht Tage vor der Offensive — eine ausdrücklich als „friedlich“ deklarierte Demonstration in Petrograd geplant, die den Protest gegen den Krieg und die Forderung „Alle Macht den Sowjets“ eindrucksvoll vortragen soll. Einen Tag vorher beschließt die Mehrheit des Allrussischen Sowjetkongresses ein Demonstrationsverbot für drei Tage und legt ihrerseits eine Demonstration für den 18. Juni — den Tag des Beginns der Offensive — fest. Die Bolschewiki beugen sich gegen Proteste ihrer Anhänger diesem Verbot. Laut Lenin sind hierfür zwei Gründe ausschlaggebend. Zum einen will man nicht gegen Beschlüsse eines „halben Machtorgans“ verstoßen, zum anderen gehört zur Verbotsbegründung die Behauptung von konterrevolutionären Gegenaktionen, die die Demonstration der Bolschewiki ausnutzen wollen.

Selbstentlarvung der Menschewiki

Führer der Menschewiki betreiben auf dem Sowjetkongreß eine Isolierung der Bolschewiki. Minister Zereteli versucht eine Mehrheit nicht nur zur Verurteilung sondern auch zur Entwaffnung der Bolschewiki zustandezubekommen, was

eigentlich nur Entwaffnung der Arbeiter heißen kann. Damit allerdings scheitert er. In seinen Erinnerungen beschwert er sich darüber, daß menschewistische Führer wie Theodor Dan diese Notwendigkeit nicht erkannt hätten. Vor dem Kongreß erklärt er: „Augenblicklich ist die Gegenrevolution im offenen Kampf nicht zu fürchten, aber sie kann in unsere Festung der Revolution durch das bolschewistische Tor eindringen.“ (18) Die Schärfe im Vorgehen gegen die Bolschewiki korrespondiert mit dem Einschwenken maßgeblicher Führer der Menschewiki auf den Kurs der Koalitionsregierung. Zereteli begründete vor dem Sowjetkongreß die ausdrückliche Zustimmung zum Front-

Offensive — eine Position, die vor dem Regierungseintritt nicht mehrheitsfähig gewesen war. „Wir glauben, daß die Maßnahmen des Genossen Kerenskij darauf gerichtet sind, die Revolution zu stärken, und den Weg für die Erreichung unserer Ziele auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen und des allgemeinen Friedens ebnen werden“, erklärt Zereteli für die Menschewiki vor dem Sowjet am 19. Juni, dem zweiten Tag der Kerenskij-Offensive. Ausdrücklich begründet er die weitere Kriegführung mit der Notwendigkeit, die „ökonomischen und finanziellen Verbindungen“ zu den Alliierten Frankreich und England nicht abreißen zu lassen (19).

Die politische Mitte — zerrieben zwischen den Klassenfronten

Die Niederlagen in den Abstimmungen des Sowjetkongresses verwandeln sich auf der Sowjetedemonstration am 18. Juni in einen Sieg für die Bolschewiki. Unter den fast einer halben Million Demonstranten dominieren ihre Parolen und Forderungen gegen den Krieg und für die Sowjetmacht. Lenin sieht darin begeistert „einen Wendepunkt“ der Revolution. Eine weitere Wende ist für ihn die Rolle von Menschewiki und Sozialrevolutionären in der Regierung. Was „die imperialistischen Minister Gutschkow und Miljukow nicht fertigbringen konnten“, das haben die „sozialistischen Minister“ vollbracht: sie haben „die Verfügungsgehalt über die russische Armee den Generalstäben und Diplomaten gegeben, die im Namen und auf der Grundlage der nicht aufgehobenen Geheimverträge handeln, um der Ziele willen, die von Ribot (Anm.: Frankreich) und Lloyd George (Anm.: England) offen verkündet worden sind. Doch konnte die Regierung diese Aufgabe nur lösen, weil die Armee ihr vertraute und ihr folgte. Die Armee ging in den Tod, im Glauben, sich für die Freiheit, für die Revolution und für einen baldigen Frieden zu opfern.“ (20) Die Überwindung dieser „kleinbürgerlichen Illusionen“, „möglichst rasch und schmerzlos“, sei realistisch.

Nur 14 Tage später entläßt sich mit ganzer Gewalt die Unzufriedenheit mit der Regierung und dem Sowjet in bewaffneten Massenaktionen in Petrograd, ausgelöst wahrscheinlich durch den Rücktritt der Kadettenminister am 2. Juli aus der Regierung. Gefordert wird die ganze Macht für die Sowjets. Die Basis von Bolschewiki, Anarchisten und der linken Flügel der sozialistischen Parteien drängt am 3. und 4. Juli auf die Straße. Vor allem die Arbeiter der Putilow-Werke und die Kronstädter Matrosen protestieren heftig gegen die Entwicklung im Sowjet und in der Provisorischen Regierung. Erstmals werden menschewistische und sozialrevolutionäre Sowjet-Führer direkt bedroht. Kronstädter halten zeitweise den Minister Tschernow gefangen, radikale Putilow-Arbeiter fordern die Auslieferung von Zereteli. Die Parolen werden gegen die Regierung und die sie unterstützenden Sowjet-Führer gerichtet, die Sowjets zur alleinigen Machtübernahme aufgefordert. Das bolschewistische Zentralkomitee sieht einerseits den Zeitpunkt für einen erfolgreichen Sturz der Regierenden noch nicht gekommen, kann sich andererseits aber nicht gegen die Demonstranten stellen, die zunehmend die Losungen und Parolen der Bolschewiki aufgreifen. Es beschließt daher, die Demonstration zu unterstützen und ihr einen organisierten, aber friedlichen Charakter zu geben. Es kommt dennoch wiederholt zu Schießereien, bei denen häufig nicht auszumachen ist, ob sie von Provokateuren verursacht werden oder Zeichen ungezügelter Radikalisierung sind.

Die provisorische Regierung verhängt am 4. Juli über Petrograd den Kriegszustand und läßt Truppen von der Front holen. Sie setzt Kosaken und Offiziersschüler gegen die Aufständischen ein, von denen Teile nur widerwillig dem Beschluß des ZK der Bolschewiki folgen, sich zurückzuziehen.

Noch in der Nacht vom 4. auf den 5. Juli beginnt die Verfolgung der Bolschewiki. Die Redaktion ihrer Zeitung „Prawda“ und ihre Druckerei werden demoliert, ein Arbeiter wird ermordet, Führer der Bolschewiki verhaftet (u.a. Trotzki, Alexandra Kollontai, Kamenew, Lunatscharski). In der Folge werden beteiligte Truppenverbände aufgelöst, Arbeiter entworfen, Massenverhaftungen vorgenommen, die Zeitungen der Bolschewiki verboten, die Todesstrafe an der Front eingeführt. Teile der Bolschewiki gehen in die schon unter dem Zarismus eingeübte Illegalität, Lenin und Sinowjew entziehen sich der Verhaftung durch Untertauchen. Im August geht Lenin nach Finnland. Gegen die Bolschewiki, vor allem aber gegen Lenin, wird seit seiner Rückkehr im April eine bis zur Pogromhetze gesteigerte Kampagne geführt, er sei Agent der Deutschen, Spion, Vaterlandsverräter.

Die demokratische Februarrevolution hat endgültig ihre „Unschuld“ verloren. Es gehört zur Tragik der gemäßigten linken Parteien, daß ausgerechnet die ersten Wochen einer von ihnen geführten Regierung charakterisiert werden durch die Front-Offensive, rigide Disziplinierungsversuche in der Armee und Verfolgung und Verhaftung der linken Opposition, während Herrschaft und Privilegien der besitzenden Klassen unangetastet bleiben.

In seinen Erinnerungen hat der spätere erste sowjetische Volkskommissar für Bildung, A. Lunatscharski, diese Tragik am Auftritt eines der maßgeblichen menschewistischen Führer während des gescheiterten Juli-Aufstands geschildert: „Als der Menschewik Dan, nicht ohne Pose, aber sicher aufrichtig erklärte, daß seine Genossen lieber unter den Kugeln der Aufständischen fallen, als die Parole der Juli-Demonstration übernehmen würden, war dies im wahrsten Sinne des Wortes tragikomisch. Es lag eine gewisse Tragik darin, es lag darin wirkliche Tapferkeit; ich bezweifle nicht, daß Dan und einige seiner Genossen in diesem Augenblick wirklich bereit waren, heldenhaft zu sterben. Ihr Heldentum bestand darin (hier zeigte sich die revolutionäre Schule dieser Männer, die vor so kurzer Zeit noch unsere Genossen in der unterirdischen Arbeit waren), daß sie tatsächlich bereit waren, für ihre Überzeugung zu sterben; die Komik aber darin, daß sie diesen Märtyrertod aus Angst vor der revolutionären Macht, die die Volksmassen in ihre Hände legten, auf sich nehmen wollten. Sie waren bereit, auf ihrem Posten

zu sterben, den Gedanken der Koalition mit der Bourgeoisie verteidigend, bis zum letzten Atemzug kämpfend gegen die Parole „Nieder mit den kapitalistischen Ministern“.

Kerenskij im Machtrausch

Infolge der Juli-Ereignisse tritt Fürst Lwow an der Spitze der Provisorischen Regierung zurück, weil er die sich herausbildende stärkere Präsenz der linken Parteien in der Regierung nicht mittragen will. Die Bourgeoisie ist gespalten, nur noch ein Teil ist bereit, mit den Sozialisten und ihrer Mehrheit im Sowjet zusammenzuarbeiten. Den trügerischen Sieg über die Bolschewiki vor Augen, verspricht die Restregierung in einer Deklaration am 8. Juli eine Friedenskonferenz mit den Alliierten, Boden für die Bauern und Achtundtag und es wird erstmals ein Termin für die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung genannt (17. September), der kurze Zeit danach aber bereits verschoben wird (20. November). Doch die — mit der vollen Unterstützung der Sowjet-Mehrheit — am 21. Juli neugebildete „Regierung zur Rettung des Vaterlandes und der Revolution“ übernimmt das Programm nicht. Lwows Nachfolger wird Kerenskij, der eine neue Koalitionsregierung aus 7 Ministern der Bürgerlich-Liberalen und 8 der Sozialrevolutionäre/Menschewiki bildet. Mit General Kornilow wird der Mann zum neuen Oberbefehlshaber gemacht, auf den sich alle Hoffnungen der Bourgeoisie richten. In der Regierungserklärung kommt bereits das für Kerenskij typisch werdende Pathos vom Appell an die „rückhaltlose und begeisterte Hilfe aller lebendigen Kräfte des Landes“ zum Ausdruck.

In den nachfolgenden Wochen im Juli und August formieren sich die Kräfte neu. Kerenskij ist von der Mission beiseit, als Retter Rußlands „alle staatschöpferischen Kräfte ohne Unterschied ihrer Partei- und Klassenzugehörigkeit zu vereinigen“, wie er in seinen Erinnerungen formuliert (21). Die von ihm initiierte Moskauer Staatskonferenz vom 12. bis 15. August scheint ihm dafür der Durchbruch. Nach seiner Überzeugung war die Macht der Sowjets im Sinken, auf der Rechten ein isoliertes Häuflein von Monarchisten und auf der Linken — ebenfalls zu vernachlässigen — die in den Untergrund gejagten Bolschewiken. Gestärkt worden sei aber das „Staatsbewußtsein“. Dieses sieht er in der Moskauer Beratung von 2.500 Vertretern alter und neuer Parteien, Ständevertretungen, Selbstverwaltungsorganen repräsentiert. Die Vertreter von Organen aus der Zarenzeit überwiegen, Delegierte aus den nach der Februarrevolution geschaffenen Sowjets und neuen Organen sind in der deutlichen Minderheit. Doch wird die Staatsberatung vor allem zum Triumph des neuen starken Mannes der Rechten, General Kornilow, der die Vertreter der Bourgeoisie um sich sammeln kann. Während Kerenskij von dem symbolischen Händedruck zwischen dem Industriellen Bublikow und dem Menschewiken Zereteli schwärmt, treffen sich am Rande der Konferenz Vertreter der Kadetten und ehemaliger bürgerlicher Koalitionsparteien, Industrielle und Befehlshaber der Armee und verabreden eine Sammlung der bürgerlichen Kräfte. Während die Mehrheitsparteien aus den Sowjets auf der Beratung in deutlicher Minderheit sind, haben die Bolschewiki sie boykottiert und stattdessen die Moskauer Arbeiter zum Proteststreik aufgerufen, der auch von großen Teilen der Arbeiter befolgt wird.

Die Parteien der Linken

Bei den Parteien der Linken haben die Auseinandersetzungen der Monate seit der Februarrevolution erhebliche Differenzierungen gebracht. Die Führungsgruppe der Mehrheits-

strömung der Menschewiki hat sich mit Haut und Haaren dem Bündnis mit der Bourgeoisie zur Vervollkommnung der bürgerlich-demokratischen Revolution verschrieben. Als die Kadetten Anfang Juli aus der Regierung austreten und auf Distanz gehen, werfen die Menschewiki ihnen „Verrat an den Erfordernissen der Demokratie“ vor. Die Position der „revolutionären Vaterlandsverteidigung“, längst schon von der Führungsgruppe propagiert und in den Sowjets durchgesetzt, erhält auf dem August-Parteitag der Menschewiki 55% Zustimmung. (Der Vorsitzende des Petrograder Sowjets, der Menschewik Tscheidse, erklärt auf der Moskauer Beratung namens des Sowjets, daß „das Schicksal des Landes und der Revolution von der Wiedergeburt der Kräfte der Armee abhängt“.) Fast 10% der Menschewiki unterstützen die Rechten, die sich zur Vaterlandsverteidigung ohne Zusatz „revolutionär“ bekennen oder wie die „Jedinstwo“-Gruppe (nach dem Namen der Zeitung Plechanows) die Entwicklung zur Demokratie von den Kriegserfordernissen abhängig machen will. Die übrigen rechnen sich zum größeren Teil (über 20%) den Menschewiki-Internationalisten um Martow zu, die die Vaterlandsverteidigung und den Eintritt in die Koalitionsregierung mit den Kadetten ablehnen. Nach der Juli-Krise greifen sie zwar nicht die Parole von der Sowjetmacht auf, halten aber die Machtübernahme durch die Parteien der „revolutionären Demokratie“ für notwendig. Knapp 10% der Menschewiki stimmen für Positionen der Vereinigten Sozialdemokraten-Internationalisten, die sich um die von Maxim Gorki herausgegebene Zeitung „Nowaja Shisn“ sammeln. Sie verstehen sich als zwischen den gespaltenen Flügeln der SDAPR (den Menschewiki und Bolschewiki) stehend. Zwar verbleiben auf dem Augustparteitag alle Flügel innerhalb einer Partei, doch kommt es zu keiner Einigung auf gemeinsame Politik.

Im Mehrheitsbündnis aus Sozialrevolutionären und Menschewiki in den Sowjets geben Letztere den politischen Kurs an. Die Führer der (größeren) Partei der Sozialrevolutionäre ordnen sich weitgehend den Überlegungen der Menschewiki-Mehrheit unter, bzw. begrüßen die Politik des früheren Mitgliedes der SR und jetzigen Trudowiki Kerenskij. Doch innerhalb der Sozialrevolutionäre hat sich auf dem Parteikongreß Anfang Juni ein linker Flügel um Maria Spiridonowa gebildet, der sich immer weiter vom Parteizentrum entfernt und den Bolschewiki annähert.

Anfang Juli schließt sich die bis dahin eigenständige sozialdemokratische Gruppe der Mejrakoncy um Trotzki, Lunatscharski u.a. den Bolschewiki an.

Für Lenin ist nach den Juli-Ereignissen klar: „Die Führer der Sowjets und der Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki (...) haben die Sache der Revolution endgültig verraten, haben sie den Konterrevolutionären ausgeliefert und sich und ihre Parteien sowie die Sowjets zum Feind der Konterrevolution gemacht“, schreibt er am 10. Juli (22). „Der labile Zustand der Macht ist zu Ende“, eine friedliche Weiterentwicklung der Revolution sieht er als verpaßt an: „Die friedliche Entwicklung wäre damals möglich gewesen, sogar in der Beziehung, daß der Kampf der Klassen und Parteien innerhalb der Sowjets, wenn die ganze Fülle der Staatsmacht rechtzeitig an die Sowjets übergegangen wäre, sich möglichst friedlich und schmerzlos hätte abspielen können.“ (24) Den Menschewiki wirft er vor, daß gerade ihre Politik und die Verweigerung der Machtübernahme durch die Sowjets die Situation der Drohung einer Konterrevolution herbeigeführt hat: „Bis zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung hätte es im Staate keine andere Macht als die der Sowjets geben dürfen. Nur dann wäre unsere Revolution eine wirkliche Volksrevolution (...) geworden.“ (25). Die Politische Lage erfordere die Alternative: Konterrevolution „oder Sieg des bewaffneten Aufstands“ ins Auge zu fassen und sich von „konstitutionellen und

friedlichen Illusionen“ zu verabschieden. Ziel dieses Aufstands „kann nur der Übergang der Macht an das von der armen Bauernschaft unterstützte Proletariat sein.“ (26) Damit ist das Stichwort für die Diskussion der nächsten Wochen um den Aufstand und seine Vorbereitung gegeben.

Kornilows Putschversuch gescheitert

Am 21. August durchbrechen die Deutschen bei Riga die russische Front und marschieren Richtung Petrograd. Der Oberbefehlshaber und neue „Retter“ des alten Rußland, General Kornilow, nutzt die Situation, Truppen zum Schutz nach Petrograd zu schicken und die dortige Garnison, die seit dem Februar selbständig ist, wieder dem Befehl des Hauptquartiers zu unterstellen. Am 25. August läßt die Provisorische Regierung Petrograd evakuieren. Kornilow stellt der Regierung Kerenskij ein Ultimatum, in dem er sich zur höchsten Autorität im Staat erklärt. Gleichzeitig münzt er den Marsch der Truppen nach Petrograd in die Drohung um, die Februarrevolution zu kippen. Sein Putsch soll Rußlands letzte Rettung sein, weil „die Provisorische Regierung unter dem Druck der bolschewistischen Mehrheit der Sowjets in vollem Einverständnis mit den Plänen des deutschen Geheimstabes handelt“. (27)



Putsch-General Kornilow

Doch Kornilow und die hinter ihm stehenden Kräfte der Bourgeoisie — bedeutender als die Unterstützung durch die versammelte Anhängerschaft des Zaren ist die durch den abgetretenen Außenminister Miljukow und große Teile seiner Kadetten-Partei — haben sich getäuscht. Kerenskij gibt nicht nach, sondern erklärt Kornilow für abgesetzt, erläßt den Befehl an die Truppen zum Rückmarsch und duldet nicht nur, sondern begrüßt die Bewaffnung der Bolschewiki und der Arbeiter. Selbst die intensive (und erfolgreiche) Zer-

setzungsarbeit der Bolschewiki unter den vorrückenden Kornilow-Truppen wird begrüßt. Die Bolschewiki mobilisieren und rufen zum Kampf gegen die Konterrevolution um jeden Preis auf. Kornilows Putschversuch bricht überall dort zusammen, wo seine vorrückenden Truppen in Kontakt mit der Bevölkerung kommen. Kerenskij hat gesiegt, aber nur, weil die Bolschewiki so entschlossen reagiert haben. Sie sind die eigentlichen Sieger. Innerhalb weniger Tage hat sich gezeigt, daß ihr erzwungenes Abtauchen in den Untergrund ihnen nicht den Einfluß genommen hat, sondern daß dieser im Gegenteil weiter angestiegen ist.

Die politische Mitte wird zerrieben

Noch während des Putsches — am 28. August — treten die bürgerlichen, den Kadetten nahestehenden Minister zurück. Entweder, weil sie mit dem Putsch sympathisieren oder weil sie nicht die Verantwortung für Kerenskij's Aufruf zur Unterdrückung des Putsches tragen wollen. Menschewiki wie auch Sozialrevolutionäre versuchen vergeblich, die neue Regierung an ein „Vorparlament“ zu binden, das als Übergang zur Konstituierenden Versammlung auf der Petrograder „Demokratischen Konferenz“ vom 14. bis 22. September gebildet wird. Aufgerufen zu dieser Konferenz hat das von den gemäßigten Sozialisten beherrschte Zentralexekutivkomitee der Sowjets. Es ist ihr letzter Versuch, im Bündnis mit Teilen der Bourgeoisie zu retten, was noch zu retten ist. Auf der Konferenz erhält der Vorschlag einer erneuten Koalitionsregierung zwar noch eine knappe Mehrheit mit 766 gegen 688 Stimmen, doch eine Koalition mit den Kadetten wird abgelehnt. Damit bleibt aber auch im Nebel, mit wem denn eine solche bürgerlich-demokratische Koalition gebildet werden soll.

Kerenskij, der in der Zeit zwischen dem Kornilow-Putsch und der Regierungsneubildung am 25. September (so lange dauert das Ringen um eine neue Koalition) mit einem fünfköpfigen Direktorium wie ein Alleinherrscher regiert, brüskiert die gemäßigten Linksparteien. Die haben in Anlehnung an die „Demokratische Konferenz“ beschlossen, nur noch an einer Koalitionsregierung ohne Kadetten teilzunehmen. Dies lehnt Kerenskij ebenso ab, wie die Bedingung, seine Regierung an das „Vorparlament“ anzubinden. Der dritten (und letzten) Koalitionsregierung Kerenskij gehören zwar mehrheitlich Minister der Menschewiki und Sozialrevolutionäre an, aber auch vier Kadetten-Minister. Die Menschewiki behelfen sich — gegen ihren eigenen Beschluß — damit, ihre vier Ministerposten mit weniger prominenten Parteileuten zu besetzen.

Die dritte Koalitionsregierung nach der Februarrevolution wird die mit der geringsten Autorität und Unterstützung. Teile der Bourgeoisie haben sich nach dem Kornilow-Putsch zurückgezogen und sinnieren auf einen neuen konterrevolutionären Schlag.

Menschewiki und Sozialrevolutionäre sind hoffnungslos hin- und hergerissen zwischen dem Wunsch nach einer starken Regierung und der Erkenntnis, daß ihre Stellung in den Sowjets schwindet. Dafür werden die Bolschewiki immer stärker und beschließen zudem, nach der „Demokratischen Beratung“ noch schwankend, einen Tag vor der Eröffnung des „Vorparlaments“ am 7. Oktober denselben Boykott. Es ist das eingetreten, was Lenin zwei Monate vorher in seiner Schrift „Drei Krisen“ das „Hinwegspülen der Elemente der Mitte in Verbindung mit einem stürmischen Hervortreten der bürgerlichen und der proletarischen Elemente“ nennt (28), ihr Zerreiben in der Klassenkonfrontation.

Bolschewiki werden stärker

Die Schwäche der gemäßigten Linken korrespondiert mit der wachsenden Stärke der Bolschewiki in den Räten. Zwar besetzen Menschewiki und Sozialrevolutionäre mit ihren Mehrheiten noch die zentralen Rätegremien wie im Zentralexekutivkomitee aller russischen Sowjets. Doch entsprechen diese in der Entwicklung von August bis Oktober längst nicht mehr den Mehrheitsverhältnissen im Proletariat.

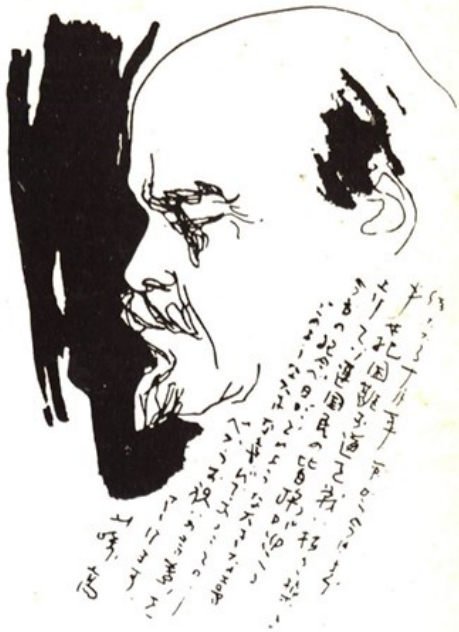
Vorreiter der veränderten Mehrheitsverhältnisse ist die Arbeiterbewegung in Petrograd, die sich außer dem Sowjet eigene Fabrikkomitees gebildet hat. Auf ihrer ersten Petrograder Stadtkonferenz im Mai repräsentierten die Bolschewiki bereits drei Viertel der 568 Delegierten, die 337.000 Arbeiter vertreten. Die Fabrikkomitees haben bereits seit Ende April in Petrograd und anderen Städten begonnen, bewaffnete Arbeitermilizen aufzubauen, die eine wichtige Funktion bei der Niederschlagung des Kornilow-Putsches ausüben. Am 14. September werden die Petrograder Milizen in „Rote Garden“ umbenannt, die den Oktober-Aufstand militärisch mit absichern.

In den nach dem Februar neugegründeten Gewerkschaften erringen die Bolschewiki seit dem Sommer die Mehrheit. Auf der „Demokratischen Konferenz“ stellen sie bereits knapp 60% aller Gewerkschaftsdelegierten gegen 38% Menschewiki und Sozialrevolutionäre. Im Oktober haben sie mit Ausnahme so wichtiger Gewerkschaften, wie die der Eisenbahner, Drucker und Post/Telegraphenarbeiter, überall deutliche Mehrheiten.

Bei den Bezirksdumawahlen in Petrograd im Juli werden die Bolschewiki mit 67 (vorher 37) Abgeordneten fast so stark wie die Sozialrevolutionäre (75), während die Menschewiki auf 8 (vorher 40) absinken. Noch krasser die Entwicklung bei der Moskauer Bezirksdumawahl am 24. September: die Bolschewiki steigern sich gegenüber Juni von 12 auf 51%, die Sozialrevolutionäre (von 58 auf 14%) und Menschewiki (von 12 auf 4%) verlieren erheblich. Demgegenüber — ein deutliches Zeichen der Polarisierung — verbessern sich die Kadetten von 17 auf 26%.

In den Sowjets ist der Stimmungsumschwung ebenfalls deutlich: Kronstadt ist seit Mai fest in der Hand von Bolschewiki und linken Sozialrevolutionären, in Finnland erklären die Räte am 21. September, daß sie über Annahme oder Ablehnung von Verordnungen der Koalitionsregierung entscheiden. Im Estland stellen die Bolschewiki die absolute Mehrheit in den Stadtsowjets (u.a. Reval) und dem Gebietsowjet. In Petrograd wird erstmals am 31. August — noch unter dem Eindruck des Kornilow-Putsches — mit 279 gegen 115 Stimmen (51 Enthaltungen) eine Resolution der Bolschewiki angenommen: ein Mißtrauensantrag gegen die Regierung und die Forderung nach der Sowjetmacht. Am 9. September erreichen die Bolschewiki trotz voller Gegenmobilisierung von Menschewiki und Sozialrevolutionären in einer Kampfabstimmung mit 519 gegen 414 Stimmen erneut die Mehrheit, knapp drei Wochen später wird Trotzki zum Vorsitzenden des wichtigsten, des Petrograder Sowjets gewählt. Er löst den Menschewiki Tscheidse ab und nimmt damit eine Position ein, die er schon einmal im Jahre 1905 gehabt hat. In Moskau wird am 5. September die Resolution über die Sowjetmacht mit 355 gegen 254 Stimmen im Sowjet angenommen, im Exekutivkomitee bleiben die Sozialrevolutionäre in der Mehrheit, im Plenum dominieren zukünftig die Bolschewiki. In den Umgebungssowjets Moskaus haben die Bolschewiki die Mehrheit.

Im Oktober verändern sich die Mehrheitsverhältnisse in den Sowjets rapide. Die Bolschewiki und linken Sozialrevolutionäre stellen deutliche Mehrheiten in Petrograd und weiter Umgebung, in Moskau und Umgebung, vielen Stadt-



(Zeichnung des japanischen Künstlers Ko Jamadzaki)



und Gebietssowjets und den meisten Armeesowjets, die nicht zur Front gehören. Sie bleiben eine Minderheit vor allem in den Bauernsowjets, in den Soldatenräten an der Front und den Sowjets einer Reihe größerer Städte, vor allem in Georgien. Heftig bekämpfen Menschewiki und Sozialrevolutionäre das Vorhaben, einen Sowjetkongreß vor den Wahlen und der Eröffnung der Konstituierenden Versammlung abzuhalten, in der Befürchtung, dadurch könnten die Räte sich über die Konstituante erheben. Der Petrograder Sowjet beschließt am 21. September zum 2. Allrussischen Sowjetkongreß aufzurufen. Nur widerwillig folgt das Zentralexekutivkomitee und legt den Kongreß für den 20.

Am Vorabend der Oktoberrevolution

Das Vertrauen in die Provisorische Regierung und die alten Mehrheitsparteien der Sowjets nimmt ab. Keine der Erwartungen können sie erfüllen, in allem wird deutlich, daß sie zugunsten des Bündnisses mit der Bourgeoisie auf einschneidende Reformen verzichten. Die Wahlen, auf die alle Hoffnungen geschoben werden, werden mit Rücksicht auf die Bürgerlichen immer wieder verschoben.

Die sich verschlechternde Versorgungslage und die massive Rückwanderung von der Front in die Städte, vor allem aber in die Heimatdörfer, führt zu immer heftigeren Auseinandersetzungen auf dem Lande. Die Geduld der armen und landlosen Bauern, immer wieder auf die Bodenreform nach der Konstituierenden Versammlung vertröstet, ist kaum noch zu zügeln. „Auf den Grund und Boden wartet bis zur Konstituierenden Versammlung! Auf die Konstituierende Versammlung wartet bis zum Kriegsende! Auf das Kriegsende wartet bis zum vollen Sieg! Das ist es, was dabei herauskommt“, charakterisiert Lenin Ende Juli diese „Verhöhung“ der Bauern durch ihre eigene Partei, die Sozialrevolutionäre, und die Provisorische Regierung („Die Lehren der Revolution“ (30)). Im August und September häufen sich gewaltsame Landnahme, Raub, Vertreibung oder Ermordung der Landbesitzenden. Die vom Großgrundbesitz aus durchsichtigem Interesse bewirkte Verschiebung einer Umverteilung des Landes führt immer häufiger zu gewaltsamer Landnahme und regionalen Bauernaufständen, so daß die Provisorische Regierung mit Militär gegen die Bauern vorgeht. Anders als in den Städten bleibt aber die Organisation der Bauernsowjets zurück, dominieren auf dem Land nach wie vor die Sozialrevolutionäre. Doch nimmt innerhalb der SR der Einfluß ihres linken Flügels im September und Oktober zu.

In den Städten haben die gutorganisierten Arbeiter und ihre Fabrikkomitees kürzere Arbeitszeiten und höhere Löhne erkämpfen können. Streiks sind — in Kriegszeiten — zum normalen Kampfmittel geworden. Gleichzeitig reagieren die Unternehmer mit Rückendeckung des (menschewistischen) Arbeitsministers immer häufiger mit Aussperrungen und Betriebsstillegungen. Die Forderung nach Arbeiterkontrolle über Betriebe und Produktion wird immer populärer.

Gleichzeitig wird die Versorgungslage immer katastrophaler, nimmt die Kriegsbereitschaft immer mehr ab, droht das Land im Chaos zu versinken. Man kann es kaum kras-

se Oktober fest. Im folgenden Ringen um Zustimmung und Absage setzen sich die Bolschewiki schließlich durch. Um Zeit zu gewinnen, legt das Zentralexekutivkomitee den 25. Oktober als endgültigen Termin fest.

Deutlich werden die Bolschewiki die Partei des Proletariats, das zwar die aufstrebende Klasse ist, in der überwiegend agrarischen Bevölkerung Rußlands aber eine deutliche Bevölkerungsminderheit bildet (siehe Einleitung). Die Mitgliederzahl der Bolschewiki entwickelt sich stürmisch von schätzungsweise 20.000 Anfang 1917 auf 80.000 im April, 240.000 im August und ca. 350.000 im Oktober. (29)

ser schildern, als der Kriegsminister Werchowskij wenige Tage vor der Revolution in einer vertraulichen Versammlung des „Vorparlaments“ über die Lage der Armee, die vermutlich sogar noch geschönt wird: „Der Minister nannte als Gesamtstärke der russischen Streitkräfte 10,2 Millionen Mann, davon standen sechs Millionen an der Front, die übrigen im rückwärtigen Gebiet und in verschiedenen Gliederungen. Der Staat kann zahlenmäßig eine so große Armee nicht unterhalten. Man müßte sie zur Demobilisierung auf 9 Millionen reduzieren. Nach dem Bericht des Ernährungsministers kann das Land jedoch nicht mehr als 7 Millionen ernähren. Die Verminderung der Armee stößt jedoch auf den Widerstand des Generalstabes. Der Minister nennt dann Zahlen, welche davon zeugen, daß die Verpflegung in der Armee immer schlechter wird; besonders an der Nordfront wird die Lage äußerst kritisch. In einem beklagenswerten Zustand ist auch die Versorgung der Armee mit Kleidung und Schuhwerk. Was den Geist der Armee betrifft, ist er sehr tief gesunken, nicht nur unter den Soldaten, sondern auch unter den Offizieren. Die Zahl der Deserteure hat mindestens 2 Millionen erreicht (...) Der Minister weist darauf hin, daß besonders willensschwache und am wenigsten strenge Offiziere unter den Soldaten besonders beliebt sind.“ (31) Wechowskij kommt zu dem Schluß, „daß wir den Krieg nicht fortsetzen können.“ Wie sich zeigt, ist die Armee dermaßen von der Kriegsunwilligkeit zersetzt, daß sie sich für die Interessen der Herrschenden weder an der Front, noch im Inneren einsetzen läßt.

In der russischen Bourgeoisie sind die Zweifel seit dem Februar gewachsen, ob die Revolution angesichts der Frontlage noch aufzuhalten ist. Doch ist sie zu keiner Entscheidung in der Lage. Der britische Botschafter in Rußland, Buchanan, behauptet in seinen Erinnerungen, daß er dem englischen Außenministerium nach der Revolution telegraphiert habe: „Der einzige noch verbleibende sichere Weg ist, Rußland von seinem Versprechen zu entbinden und dem russischen Volk zu sagen, da wir sehen, wie erschöpft es durch den Krieg und durch die mit einer großen Revolution unvermeidlich einhergehenden Wirren sei, überließen wir die Entscheidung, ob es den Frieden zu deutschen Bedingungen erkaufen oder mit den Alliierten weiterkämpfen wolle (...) Wenn wir auf unserem Recht bestehen und verlangen, daß Rußland die 1914 eingegangenen Verpflichtungen einhält, spielen wir nur Deutschlands Spiel.“ Sechs Monate eher die-

se Erkenntnis, schreibt der Journalist Louis Fischer in seiner Lenin-Biografie, „so hätte es vielleicht keine Sowjetregierung gegeben“ (32).

So aber steuert alles auf eine solche Regierung zu. Und der Krieg, der ja kein wegzudenkender Zufall ist, genauso wenig wie seine Unterstützung durch Teile der sozialistischen Bewegung, hat sicherlich maßgeblich dazu beigetragen, daß die Bolschewiki ernsthaft über die Vorbereitung eines Aufstands gegen die Provisorischen Organe diskutieren und die Machtübernahme vorbereiten können.

Kontroverse Diskussion um den Aufstand

Am 10. Oktober tritt das Zentralkomitee der Bolschewiki in Petrograd zusammen, um über die konkrete Vorbereitung des Aufstands zu beschließen. Mit 10 gegen 2 Stimmen wird eine Resolution Lenins angenommen, die formuliert, daß der Aufstand „unumgänglich und völlig herangereift“ ist. Die Parteioorganisationen sollen an die praktische Vorbereitung gehen. Als Begründung wird das Heranreifen der sozialistischen Weltrevolution in ganz Europa beschworen, vor allem aber werden zur Begründung die innere Lage — Bauernaufstände, verstärkte Zustimmung für die Bolschewiki — und die Gefahr eines zweiten Kornilow-Putsches angegeben. Über die Kontroverse und ihren Verlauf bei den Bolschewiki ist viel spekuliert worden. Im Kern handelt es sich um den seit der Februarrevolution angelegten strategischen Streit zwischen vor allem Lenin und Kamenew, welchen Charakter die Umwälzung hat, haben kann. Dieser Streit bricht am Vorabend der Revolution voll auf. Untergeordneter taktischer Art ist der Streit um den Zeitpunkt des Aufstands, vor allem zwischen Lenin und Trotzki, der besonders in der späteren sowjetischen Geschichtsschreibung zu einem grundsätzlichen aufgebauscht worden ist.

Kamenew (er und Sinowjew stimmen im ZK gegen den Aufstand) fürchtet einen solchen Aufstand als zu früh. Eine bewaffnete Aktion der Bolschewiki könne ein provozierter Vorwand sein, sie zu isolieren. Bei den Bauern fehle die Mehrheit, an der Front drohe die Niederlage gegen die Deutschen, da die erschöpften Soldaten keine Kraft zum Widerstand mehr finden könnten, Teile der Arbeiter (Eisenbahner, Post und Telegrafisten) hielten zu den Bolschewiki. Nur im Fall eines rechten Putsches sei ein bewaffneter Aufstand gerechtfertigt. Jetzt stehe eine andere Aufgabe bevor: „Die konstituierende Versammlung plus die Räte ist jener kombinierte Typ staatlicher Institutionen, dem wir entgegengehen.“ Die starke Stellung in den Räten, auf die sich eine Konstituante stützen müsse, sowie ein Wahlschwung für die Bolschewiki seien „ausgezeichnete Aussichten.“ (34) Diese Argumente tragen die beiden in der ZK-Diskussion vor und werden überstimmt. Die Tatsache allerdings, daß Kamenew das Sondervotum vor dem Aufstand am 17. Oktober in Gorkis Zeitung „Nowaja Shisn“ als Warnung vor dem bevorstehenden Aufstand veröffentlichten läßt, ruft heftige Diskussionen innerhalb der Bolschewiki hervor. Lenin nennt die beiden „Streikbrecher“, spricht von schwerem „Verrat“ und beschuldigt sie der „verlogenen Denunziation“, da die Partei — nimmt sie ihre Aufstandsvorbereitungen ernst — auf die öffentliche Kritik nicht antworten könne, ohne dem Feind ihre Pläne offenzulegen. Lenin in einem Brief an die Mitglieder der Bolschewiki: „Ich sage offen, daß ich beide nicht mehr als Genossen betrachte und mit aller Kraft sowohl im ZK als auch auf dem Parteitag für den Ausschluß der beiden aus der Partei kämpfen werde.“ (35) Damit scheitert Lenin in der Partei, Kamenew tritt zwar aus dem ZK zurück, doch er und Sinowjew beteiligen sich trotzdem aktiv am Aufstand und den ersten Maßnahmen nach der Eroberung der Macht.

Lenins grenzenlose Wut erklärt sich aus den Wochen vor dieser Entscheidung. Seit Anfang September ist er von dem Heranreifen der Notwendigkeit zum Aufstand, zum bewaffneten Sturz der Provisorischen Regierung, überzeugt. Seit Ende September ist er der Meinung, daß jeder Tag der entscheidende sein könne. Bereits am 22. notiert er „Schwankungen in der Partei“, die „die Sache zugrunde richten können“. Am 29. September kündigt er seinen „Austritt aus dem ZK“ und die Agitation für den Aufstand an der Parteibasis an. Die Teilnahme an der „Demokratischen Beratung“ hält er für einen taktischen Fehler, sie sei Beteiligung am parlamentarischen Betrugsspiel der gemäßigten Sozialisten, wobei es doch darauf ankomme, alle Kräfte auf den Aufstand zu konzentrieren. Sein Antrag auf Boykott wird von den bolschewistischen Teilnehmern mehrheitlich abgelehnt. Erst einen Tag vor der Eröffnung des „Vorparlaments“ am 7. Oktober kann er sich mit seiner Boykottforderung durchsetzen.

„Aufstand als Kunst“

Die Entwicklung der Klassenkräfte in Rußland hat bei Lenin seit der Juli-Niederlage die Konfrontation zwischen den beiden Hauptklassen, Bourgeoisie und Proletariat, immer wahrscheinlicher gemacht. Einen Mittelweg der friedlichen



Entwicklung hält er für ausgeschlossen, für Selbstbetrug, für eine verdeckte Machtausübung der Bourgeoisie vermittelt über Parteien wie die Bolschewiki und Sozialrevolutionäre, die in Worten für die unterdrückten Klassen reden, in Taten deren Interessen verraten. Der Sieg der Konterrevolution, entweder über einen Putsch à la Kornilow oder über bürgerlich-parlamentarische Entwicklung nach dem Vorbild westlicher Demokratien, ist für ihn ausgemacht. Andererseits erkennt er die einmalige Gelegenheit, eine revolutionäre Situation zu einem radikalen Umsturz zu nutzen und eine ganz andere Gesellschaftsordnung, die Diktatur des Proletariats, die revolutionäre Sowjetrepublik, zu errichten. Die Vorstellungen hiervon hat er zum Teil ideal im Sinne direkter Demokratie, zum Teil vage in seiner Schrift „Staat und Revolution“ im August/September 1917 beschrieben (37). Andererseits fürchtet Lenin, daß durch zu langes Zögern entweder der Zeitpunkt eines erfolgreichen Aufstandes verpaßt wird oder aber die Opfer zu groß werden. In seiner Schrift „Marxismus und Aufstand“ vom 14. September entwickelt er unter Berufung auf Karl Marx seine Vorstellung vom „Aufstand als eine Kunst“ (38). Aufstandsvorbereitung in einer revolutionären Situation sei nicht Blanquismus (Putschismus, Verschwörung), sondern revolutionäre

Aufgabe für Marxisten, wenn „die objektiven Voraussetzungen“ gegeben sind. Der Aufstand dürfe sich nicht allein auf eine revolutionäre Partei stützen, sondern, „auf die fortgeschrittenste Klasse“ und den „revolutionären Aufschwung des Volkes“. Er müsse zum Zeitpunkt der entwickeltesten Massenaktivität, der größten Schwankungen beim Gegner und in den Reihen der Unentschlossenen erfolgen. All dies sei im Unterschied zum Juli gegeben. Die Bolschewiki können sich auf die Mehrheit des Volkes berufen, sie können den Krieg beenden. Sie müssen, statt jetzt noch an so etwas wie einem „Vorparlament“ teilzunehmen, die konkrete Aufstandsplanung machen und ihn propagieren.

Während Lenin aus Finnland auf die Durchführung des Aufstandes drängt, gehen Trotzki und die militärischen Führer der Bolschewiki an die konkrete Planung. Trotzki, der auf der „Demokratischen Beratung“ (deren Boykott er befürwortet hat) unverblümt die Notwendigkeit des bewaffneten Umsturzes gegen die Konterrevolution gefordert hat, orientiert auf den 25. Oktober, den Tag des 2. Sowjetkongresses. Lenin hält die bolschewistische Diskussion darum für „Idiotie“ und fürchtet „Verrat“, zumal Menschewiki und Sozialrevolutionäre ständig um Terminverschiebung des Kongresses bemüht sind. Seine Sorge, daß die Orientie-

rung auf den Sowjetkongreß der Gegenseite den Zeitpunkt verrät, und ihr erleichtere Truppen bereitzustellen, erweist sich als ebenso unbegründet, wie die Veröffentlichung des Widerspruchs von Kamenew und Sinowjew diese Reaktion hervorgerufen hat. Offensichtlich hat er die Kräfte der Gegenrevolution zu diesem Zeitpunkt überschätzt. Weniger wohl, was ihre Menge angeht, als vielmehr ihre Fähigkeit, sich noch zu einem gemeinsamen Vorgehen zusammenzufinden.

Die Vertreter der Bourgeoisie haben die Bolschewiki offensichtlich unterschätzt. Am 16. September schreibt ihre Zeitung „Retsch“: „Aber trotz ihres ganzen rhetorischen Draufgängertums, ihrer prahlerischen Phrasen, ihres zur Schau getragenen Selbstvertrauens sind die Bolschewiki, mit Ausnahme weniger Fanatiker, bloße Maulhelden (...) sind sie im Grunde Feiglinge (...) Die beste Art, den Bolschewismus auf lange Jahre loszuwerden, wäre es, die Geschehnisse des Landes in die Hände seiner Führer zu legen.“ (39) Von Kerenskij wird berichtet, daß er im Falle eines Aufstandes einen „Dankgottesdienst“ versprochen hat. Die gemäßigten Sozialisten spotten über die Isolierung der Bolschewiki oder sind wie die „Nowaja Shisn“ besorgt, daß eine bewaffnete Aktion die Kornilows hervorlocke.

Der Oktoberaufstand

Auf Antrag der (linken) Menschewiki wird am 9. Oktober im Petrograder Sowjet ein „Revolutionäres Militärkomitee“ (RMK) gegründet. Hintergrund dafür sind nie ganz aufgeklärte Gerüchte, daß die Hauptstadt Petrograd den angeblich vorrückenden deutschen Truppen geopfert werden soll und sich die Regierung nach Moskau zurückziehen will. Zum Zweck der Verteidigung solle, so die Gerüchte, die Petrograder Garnison abgezogen werden. Die Bolschewiki befürchten, daß damit die zuverlässigsten Truppenteile aus der Hauptstadt weggelockt werden sollen. Das Komitee nimmt am 21. Oktober die Befehlsgewalt in die eigenen Hände und organisiert die Verteidigung der Stadt. Dem Garnisonsstab wird mitgeteilt, daß Kommissare die Truppenbewegungen überwachen werden. Befehle des Stabs an die Truppen sind nur mit Gegenzeichnung des RMK zu befolgen. Faktisch werden diese Vorbereitungen zum Beginn des Aufstands. Kerenskij reagiert auf diese Machtanmaßungen am 24. Oktober mit der Schließung der bolschewistischen Zeitungen und Haftbefehlen gegen einige ihre Führer. Während Kerenskij sich um Truppen bemüht, treten alle Vertreter der Petrograder Garnison und die Kronstädter Matrosen zum RMK über. Am Abend und in der Nacht vom 24. auf den 25. Oktober nehmen revolutionäre Truppen und „Rote Garden“ nach einem präzise ausgearbeiteten Plan die strategisch wichtigsten Punkte der Stadt ein. Post- und Telegrafennämter, Elektrizitätswerke, Eisenbahnstationen, die Staatsbank und das Vorparlament werden besetzt. Der Kreuzer „Aurora“ wirft nachts die Anker an der strategisch wichtigen Nikolai-Brücke Petrograds, die von Matrosen besetzt wird.

Am 25. Oktober um 10 Uhr morgens erläßt das Revolutionäre Militärkomitee seinen Aufruf

„An die Bürger Rußlands!“

Die provisorische Regierung ist gestürzt. Die Staatsmacht ist in die Hände des Organs der Petrograder Sowjets der Arbeiter und Soldatendeputierten, des Revolutionären Militärkomitees, übergegangen, das an der Spitze des Petrograder Proletariats und der Petrograder Garnison steht.

Die Sache, für die das Volk gekämpft hat: das sofortige Angebot eines demokratischen Friedens, die Aufhebung des Eigentums der Gutsbesitzer am Grund und Boden, die Arbeiterkontrolle über die Produktion, die Bildung einer Sowjetregierung — sie ist gesichert.

Es lebe die Revolution der Arbeiter, Soldaten und Bauern!“

Dieser 25. Oktober (nach dem neuen Kalender der 7. November) wird seit 1917 als Tag der siegreichen Oktoberrevolution gefeiert.

Um den Winterpalast, den Sitz der Provisorischen Regierung, herrscht eine gespannte Atmosphäre. Tausende bewaffnete Arbeiter und Soldaten belagern den Palast, auf den Geschütze gerichtet sind. Offizierschüler stehen zum Gegenschlag bereit. Die Kosakentruppen beschließen den Schutz der Regierung. Gerüchte über eine Armee mit Kerenskij an der Spitze machen die Runde. Abends um 22 Uhr gibt die „Aurora“ mit einem Blindschuß das Angriffssignal. Etwa eine Stunde lang wird geschossen. Das wiederholt sich bis in die Nacht hinein. Um 2 Uhr nachts wird der Winterpalast erfolgreich gestürmt und besetzt, die anwesenden Minister werden verhaftet. Der Widerstand ist gering. Ministerpräsident Kerenskij ist seit dem Nachmittag flüchtig und versucht Truppen zu mobilisieren. Bereits am 26. Oktober gründen Mitglieder der abgesetzten Regierung, Menschewiki, Sozialrevolutionäre und ihnen nahestehende Organisationen und Sowjets ein „Komitee zur Rettung des Vaterlandes und der Revolution“. Teile davon unterstützen am 28. Oktober Offizierschüler, die einen bewaffneten Aufstand beginnen, der einen Tag später niedergeschlagen wird. Damit ist der Widerstand in Petrograd gebrochen.

Am 26. Oktober beginnt in Moskau der bewaffnete Aufstand der Bolschewiki. Die Kämpfe halten bis zum 3. November an, bis der Widerstand zerschlagen und der Kreml erobert ist. Kerenskij scheitert am 2. November vor den Toren Petrograds mit dem Versuch, das Ruder in der Hauptstadt herumzureißen. Seine und General Krasnows Truppen werden von der revolutionären Armee gestoppt, und legen



Der bewachte Haupteingang des Smolnyj während des Aufstands vom Oktober 1917

nach den ersten Schärmützel die Waffen nieder. Der Stab wird verhaftet, Kerenskij kann abermals fliehen. Nach und nach vollzieht sich in den meisten Teilen Rußlands die Machtübernahme durch Sowjets, revolutionäre Truppenteile und die Bolschewiki. Der Aufstand ist vollbracht.

Frieden, Boden, Sowjetregierung

Am Abend des 25. Oktober beginnt in Petrograd der 2. Allrussische Sowjetkongreß. Er steht ganz im Zeichen des Aufstands und der Belagerung des Winterpalastes. Auf diesem Kongreß haben die Bolschewiki mit 300-390 von 650 Delegierten die Mehrheit. 160-190 sind Sozialrevolutionäre (eine Mehrheit linke SR), 80 Menschewiki (davon 14 Internationalisten) und 14 Anhänger der „Nowaja Shisn“ (40). Die rechten Sozialrevolutionäre und die Menschewiki verlassen aus Protest gegen den Aufstand den Kongreß, auf dem nur noch die Bolschewiki, die linken Sozialrevolutionäre und die Anhänger der „Nowaja Shisn“ verbleiben. Doch die Begeisterung über den Aufstand und die Errichtung der Sowjetmacht ist einhellig. Lenin, der seit dem 10. Oktober wieder in Rußland ist, hat seinen ersten öffentlichen Auftritt seit Juli und verkündet die Errichtung der Sowjetmacht. Trotzki, der Leiter des militärischen Aufstands, erklärt am zweiten Tag des Kongresses (26. Oktober/8. November): „Offen angesichts des ganzen Volkes haben wir das Banner des Aufstands entfaltet. Die politische Formel dieses Aufstands ist: Alle Macht den Sowjets (...) Man sagt uns: ihr habt nicht den Sowjetkongreß abgewartet (...) Wir als Partei sahen unsere Aufgabe darin, eine reale Möglichkeit für den Sowjetkongreß zu schaffen, damit er die Macht in seine Hände nehmen kann. Wenn der Kongreß von Junkern umringt gewesen wäre, auf welche Weise hätte er die Gewalt in seine Hände nehmen können? Um diese Aufgabe zu verwirklichen, war eine Partei nötig, welche die Macht aus den

Händen der Konterrevolution reißen und euch sagen konnte: Hier ist sie — und ihr seid verpflichtet, sie zu übernehmen.“ (41)

Aus Lenins Feder stammt das einstimmig verabschiedete „Dekret über den Frieden“. Es bietet allen Regierungen und Völkern den Frieden an und schlägt den sofortigen Waffenstillstand für drei Monate vor, innerhalb derer Friedensverhandlungen stattfinden sollen. Es kündigt die Aufgabe der Geheimdiplomatie an und erklärt den Verzicht auf jegliche Gebietsansprüche. Gleich nach seiner Verabschiedung wird es in alle russischen Landesteile und anderen Staaten gefunkt. Ebenfalls von Lenin stammt das „Dekret über den Grund und Boden“, das die entschädigungslose Enteignung von Grundbesitz und die Landverteilung an die Bauern verkündet. Die Frontsoldaten werden vom Kongreß zur Bildung von revolutionären Komitees aufgefordert, die Todesstrafe wird abgeschafft, die verhafteten Mitglieder der Landnahme-Komitees sollen freigelassen werden. Der Sowjetkongreß endet mit der Bildung des „Rates der Volkskommissare“, dem 15 Personen, alle Bolschewiki, angehören. Darunter Lenin als Vorsitzender, Trotzki (Auswärtiges) und Stalin (Nationalitäten). Die Sowjetunion hat ihre erste Regierung.

„Ich kenne in der Geschichte kein anderes Beispiel einer Revolution, in welche so ungeheure Massen einbezogen waren und welche so unblutig verlaufen wäre.“ Diese Aussage Trotzki am Nachmittag des 25. Oktober (42) stimmt auch heute noch. Gegenüber der Februarrevolution hat die im Oktober erheblich weniger Opfer gekostet. War die erste spontan, so verlief die zweite bis in Details durchorganisiert, ja ganz nach der Devise, den Aufstand als Kunst zu behandeln. Gemeinsam war beiden Revolutionen, daß die gestürzten Klassen für die Übergabe der Macht reif, überreif waren. Und das erstemal schien die Utopie Lenins aus „Staat und Revolution“ Wirklichkeit zu werden: „Der Staat, das heißt das als herrschende Klasse organisierte Proletariat“ —

oder auch die „Diktatur des Proletariats“; dieser Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus; dieser nach der proletarischen Revolution hinüber ins „Reich der Freiheit“ absterbende Staat; die Utopie von der Gleichheit, sie ist in Rußland, in der Sowjetunion nicht real geworden.

So unblutig die Revolution auch verlief, die Opfer wurden in den Jahren danach gebracht, in Krieg, Bürgerkrieg, beim wirtschaftlichen Aufbau, den politischen Verfolgungen und dem Terror und wieder im Krieg. Die Februarrevo-

Anmerkungen

Alle Daten in diesem Artikel — sofern nicht anders angegeben — richten sich nach dem alten Stil, dem Julianischen Kalender, der bis zum 31. Januar 1918 galt. Danach bleibt die Datierung 13 Tage hinter dem bei uns gebräuchlichen Gregorianischen Kalender zurück, der seither auch in der Sowjet-

Quellen:

- 1) Zahlen nach: Bettelheim, Die Klassenkämpfe in der UDSSR
- 2) Diese und die folgenden Angaben nach: Deutscher, Die unvollendete Revolution
- 3) Alle aus: Astrow/Slepkow/Thomas, Illustrierte Geschichte der russischen Revolution
- 4) Dokumentiert bei: Hellmann, Die russische Revolution 1917
- 5) Dokumentiert bei: David Anin, Die russische Revolution 1917
- 6) Zitiert bei: Roy A. Medwedjew, Oktober 1917, Seite 42
- 7) Lenin, Werke Band 24, Seite 20
- 8) Zitiert in: Sozialistische Revolution in einem unterentwickelten Land? Texte der Menschewiki, Seite 49
- 9) Ebda., S. 39/40
- 10) Lenin, Werke Band 24, S. 32
- 11) Ausführlich dazu: Fritz Platten, Lenins Reise durch Deutschland im plombierten Wagen
- 12) wie 3., S. 143
- 13) wie 8., S. 50
- 14) Alle drei Erklärungen u.a. in: Illustrierte Geschichte (siehe 3.), Seiten 139/174/175
- 15) Dokumentiert bei: Hellmann, S. 210
- 16) wie 3., S. 203
- 17) wie 3., S. 207
- 18) wie 5., S. 231 und 409
- 19) wie 8., S. 253

Verwendete Literatur:

- Abosch, Heinz, Trotzki und der Bolschewismus, Frankfurt 1984
- Altrichter, H., Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod, Band 1: Partei und Staat, München 1986
- Anin, David, Die russische Revolution 1917 in Berichten ihrer Akteure, München 1976
- Anweiler, Oskar, Die Rätebewegung in Rußland 1905-1921, Leiden 1958
- Astrow/Slepkow/Thomas, Illustrierte Geschichte der russischen Revolution, Berlin 1928. Reprint, Frankfurt 1970
- Bettelheim, Charles, Die Klassenkämpfe in der UDSSR, Band I: 1917-1923, Westberlin 1975
- Carr, Edward Hallett, Die Russische Revolution. Lenin und Stalin 1917-1929, Stuttgart 1980
- Dan, Theodor, Die Sozialdemokratie Rußlands nach dem Jahre 1908, Reprint, Erlangen 1973
- Daniels, Robert Vincent, Das Gewissen der Revolution. Kommunistische Opposition in Sowjetrußland, Köln 1962
- Deutscher, Isaac, Die unvollendete Revolution, Frankfurt 1967
- Deutscher, Isaac, Trotzki, Bd. I: Der bewaffnete Prophet, 1879-1921, Stuttgart 1962
- Deutscher/Novack/Dahmer (Hsg.), Leo Trotzki, Denktzettel. Politische Erfahrungen im Zeitalter der permanenten Revolution, Frankfurt 1981
- Erlor, Gernot/Schramm, Gottfried, Acht Übergangsmonate: Februar bis Oktober 1917, Dieselben; Die Bolschewiki an der Macht: Herbst 1917 bis Sommer 1918. Aus: Gottfried Schramm (Hsg.), Handbuch der Geschichte Rußlands, Band 3: Von den autokratischen Reformen zum Sowjetstaat (1856-1945)
- Fischer, Louis, Das Leben Lenins, 2 Bände, München 1970
- Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang. Nachdruck, ohne Jahr
- Geschichte der UDSSR, Teil II: Von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bis zum Großen Vaterländischen Krieg, Köln/Moskau 1977
- Heller/Nekrich, Geschichte der Sowjetunion Band 1: 1914-1939, Königstein 1981
- Hellmann, Manfred (Hsg.), Die russische Revolution. Von der Abdankung des Zaren bis zum Staatsstreich der Bolschewiki, München 1964
- Hösch/Grabmüller, Daten der russischen Geschichte. Von den Anfängen

lution und ihr Ende, die Oktoberrevolution, haben das dumpfe und faulende Rußland der Zarenherrschaft entrissen, haben es einen großen Sprung in der Geschichte nach vorne gebracht. Das riesige, rückständige Rußland, es war überreif für die Revolution, aber nicht reif für den Sozialismus. Rückständigkeit und Mangel sind kaum Geburtshelfer für Freiheit und Gleichheit. Der Traum, er ist bis heute unerfüllt. Die Sowjetunion ist nicht da, wo Kommunisten hinwollen. Der Traum, er bleibt weiterzuträumen.

union gilt. So wird das Datum der Oktoberrevolution, der 25.10., nach heutiger Zeitrechnung am 7.11. begangen, die Februarrevolution vom 27. Februar datiert heute auf dem 11. März.

- 20) Lenin, Werke Bd. 25, S. 101 und 105
- 21) Kerenskij, dokumentiert bei Anin, S. 263
- 22) bis 26) Lenin, Werke Bd. 25, Seiten 175/231/182/234/175
- 27) wie 4., S. 272
- 28) Lenin, Werke Bd. 25, S. 168
- 29) Zahlen und Angaben nach: Otto Anweiler, Rätebewegung in Rußland und: Charles Bettelheim (siehe 1.) sowie Illustrierte Geschichte (siehe 3.)
- 30) Lenin, Werke Bd. 25, S. 231
- 31) Bericht zitiert bei Anin, S. 291
- 32) Zitiert bei Louis Fischer, Das Leben Lenins, Band 1, S. 235
- 33) Lenin, Werke Bd. 26, S. 178
- 34) Das Sondervotum Sinowjews und Kamenews, auszugsweise zitiert bei Hellmann, S. 294
- 35) und 36) Lenin, Werke Bd. 26, Seiten 204 und 211 sowie 41 und 67
- 37) Lenin, Werke Bd. 25, S. 393
- 38) Lenin, Werke Bd. 26, S. 4
- 39) Zitiert bei: Lenin, Werke Bd. 26, S. 73
- 40) Die Zahlenangaben über die Delegiertenzusammensetzung differieren in den unterschiedlichen Quellen stark; je nach politischem Interesse werden die Zahlen zu Beginn oder am Ende des Kongresses erwähnt.
- 41) Zitiert bei: Anweiler, S. 241
- 42) Dokumentiert in: Illustrierte Geschichte (siehe 3.), S. 283

- bis 1917. Dieselben: Daten der sowjetischen Geschichte. Von 1917 bis zur Gegenwart, München 1981
- Kohl/Oberländer (Hsg.), Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur, Olten 1967
- Lenin, W. I., Werke Band 24, Berlin (DDR) 1972; ders. Werke Band 25, 1974; ders. Werke Band 26, 1970
- Lieber/Ruffmann (Hsg.), Der Sowjetkommunismus. Dokumente Band 1: Die politisch-ideologischen Konzeptionen, Köln 1963
- Lorenz, Richard, Sozialgeschichte der Sowjetunion, Frankfurt 1976
- Luxemburg, Rosa, Zur russischen Revolution, in: Werke Band 4, Berlin (DDR) 1974
- Marlow, Julius, Geschichte der russischen Sozialdemokratie, 1926. Reprint, Erlangen 1973
- Medwedjew, Roy A., Oktober 1917, Hamburg 1979
- Payne, Robert, Lenin, Sein Leben und sein Tod, München 1965
- Price, M. Phillips, Die russische Revolution. Erinnerungen aus den Jahren 1917-1919, Nachdruck, Westberlin 1977
- Platten, Fritz, Lenins Reise durch Deutschland im plombierten Wagen, Nachdruck, Frankfurt 1985
- von Rauch, Georg, Geschichte des bolschewistischen Rußland, Wiesbaden 1965
- Reed, John, 10 Tage, die die Welt erschütterten, Berlin (DDR) 1957
- Reisberg, Arnold, Wladimir Iljitsch Lenin, Dokumente seines Lebens, Frankfurt 1977
- Scholz, Bernd, Maxim Gorkij. Gedanken über Kultur und Revolution, Frankfurt 1972
- Serge, Victor, Erinnerungen eines Revolutionärs, Nachdruck, Wien 1974
- Serge, Victor, Leo Trotzki. Leben und Tod, München 1981
- Sinowjew, Grigorij, Geschichte der KPR (B), Nachdruck, Erlangen 1972
- Stalin, Josef, Fragen des Leninismus, Berlin (DDR) 1951
- Suchanow, N.N., 1917. Tagebuch der russischen Revolution, München 1967
- Sozialistische Revolution in einem unterentwickelten Land? Texte der Menschewiki zur russischen Revolution und zum Sowjetstaat 1903-1937, Hamburg 1981
- Trotzki, Leo, Geschichte der russischen Revolution. Erster Teil: Februarrevolution. Zweiter Teil: Oktoberrevolution, Frankfurt 1982

Die ersten 100 Tage

Sofortmaßnahmen nach der Revolution

Die Auflösung der Konstituierenden Versammlung

Während am 25. Oktober (7.11.) 1917 die provisorische Regierung im Winterpalast ihrer Verhaftung entgegensah, trat 5 km weiter im Smolny der 2. Allrussische Sowjetkongreß zusammen. Bolschewiki und linke Sozialrevolutionäre verfügten unter den Delegierten mit 390 von 650 über eine deutliche Mehrheit.

In Protestschriften verurteilten Menschewiki und rechte Sozialrevolutionäre den Aufstand als „Putsch“ — und beschworen die drohende Gefahr einer Konterrevolution.

Die linke Gruppe der Menschewiki-Internationalisten um Martow forderte, über die Bildung einer gemeinsamen Regierung zu verhandeln, die sich aus allen „Gruppen der Demokratie“ — wie er es nannte — zusammensetzen sollte.

Obwohl die Mehrheit der Delegierten — auch die Bolschewiki — diesem Vorschlag zustimmte, gingen die Parteien der gemäßigten Sozialisten (Sozialrevolutionäre und Menschewiki-Mehrheit) dennoch nicht darauf ein, als sie merkten, daß sie in einer deutlichen Minderheit mit dieser Position blieben. Denn ein Eintritt in die Regierung hätte bedeutet, daß sie die neu entstandene Sowjetmacht wie auch die Tatsache des Aufstands hätten anerkennen müssen. Dazu waren sie aber nicht bereit. Sie verließen deshalb vor jeglicher Beschlußfassung den Kongreß — auch die linke Martow-Gruppe ging mit.

Zurück blieben die bolschewistischen und unabhängigen Delegierten, mit ihnen der linke Teil der Sozialrevolutionäre und die kleine Gruppe „Vereinigte Internationalisten“ um die Gorki-Zeitung „Nowaja Shish“ („Neues Leben“). Sie waren bereit, die neue Sowjetmacht anzuerkennen und zu unterstützen.

In diesem Kreis wurde als erste Maßnahme das Dekret über den Frieden verabschiedet, in dem alle kriegsführenden Nationen aufgefordert wurden, unverzüglich und ohne Vorbedingungen Friedensverhandlungen einzuleiten.

Angenommen wurde das „Dekret über den Grund und Boden“, in dem der private Grundbesitz ab sofort für abgeschafft erklärt wurde und der Boden in die Hände des Staates überging.

Und es wurde die neue Regierung — der „Rat der Volkskommissare“ mit Lenin an der Spitze gewählt.

Das genaue Programm der neuen Macht in seiner konkreten Ausgestaltung war allerdings — so muß man wohl sagen — noch in mancherlei Hinsicht unklar. Aber ihre Führer waren entschlossen, etwas völlig Neues zu versuchen.

Die Sowjets sollten zu einem „neuen Typ Staat“ ausgebaut werden. Eine Diktatur des Proletariats sollte errichtet werden, für die es galt, die Bauernmassen zu gewinnen, die die Mehrheit der russischen Bevölkerung ausmachten. Das Dekret über den Boden, die Verteilung der riesigen Landmengen an die Bauern, sollte dafür die Grundlage bilden.

Weniger Klarheit bestand z.B. darüber — wie weit die Sozialisierung der Wirtschaft gehen sollte. Sämtliche Banken, aber nur wenige ausgewählte Industriebetriebe sollten zunächst verstaatlicht werden. Die meisten Betriebe blieben zwar noch in den

Händen der Kapitalisten. Aber es wurde die „Arbeiterkontrolle“ eingeführt und die Betriebskomitees gestärkt. Die Arbeiter sollten die Rechnungsführung erlernen und sich vom Kapitalisten die Fähigkeit aneignen, selbst moderne Fabriken leiten und organisieren zu können, um später die Betriebe zu übernehmen.

Neben diesen Zentralformen kam der Veränderungswille aber auch in vielen kleineren Schritten und Maßnahmen zum Ausdruck.

Beispiele der ersten Monate sind

- die Modernisierung der russischen Orthographie
- der Austausch des alten julianischen gegen den westlichen gregorianischen Kalender (1.2.-14.2.)
- die Ziviltrauung wurde zur einzig anerkannten Eheschließung erklärt und die Scheidung erleichtert
- die Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche wurde vollzogen — dazu gehörte
- das Gesetz über die völlige Gewissens- und Konfessionsfreiheit.

Die bisher amtierenden Richter wurden abgesetzt, es wurde bestimmt, daß ihre Nachfolger durch die Sowjets oder durch Volksabstimmung gewählt werden

- In der Armee wurde kurzfristig die Wählbarkeit der Offiziere eingeführt, sowie die Abschaffung aller Rangabzeichen.

Nicht vergessen werden soll aber auch — gerade wo wir uns hier mit der politischen Entwicklung der Sowjetunion beschäftigen werden und dabei im Vordergrund die zunehmende Beschränkung von Freiheiten stehen wird, daß dies auch eine Periode einer noch nie dagewesenen Experimentierfreudigkeit auf zahlreichen künstlerischen und gesellschaftlichen Gebieten war. Das Erziehungswesen, die Literatur, Musik, Malerei — alles schien die engen Ketten zu sprengen, mit denen der Feudalismus jede schöpferische Atmosphäre erstickt hatte.

Aber nicht nur politische und künstlerische Freiheit, auch die Befreiung der eigenen Person spielte eine Rolle. Solche Institutionen wie die bürgerliche „Ehe“ wurde erschüttert. Die freie Liebe war zumindest unter der politischen Intelligenz der großen Städte in Mode. Verschiedene Aufsätze, Romane und Reden wie z.B. von Alexandra Kollontai aus jener Zeit beschäftigen uns durchaus auch heute noch.

Dennoch — so bedeutend diese ersten Maßnahmen auch waren, so fähig die Bolschewiki agierten, mußten sie auch feststellen — und dies oftmals in schmerzhaften Prozessen — daß das, was sie zu entwickeln beabsichtigten, mit der Wirklichkeit nicht immer übereinstimmte und machbar war.

Ich möchte nach diesem groben Überblick über die ersten Maßnahmen unmittelbar nach der Revolution jetzt genauer auf die wichtigsten Auseinandersetzungen in dieser Zeit eingehen — die Debatte um die Bildung einer Koalitionsregierung sowie die Haltung zur konstituierenden Versammlung.

Debatte um Alleinregierung und Koalitionsregierung

Während die Verabschiedung der Dekrete über den Frieden und über den Grund und Boden auf dem 2. Sowjetkongreß bei den zurückgebliebenen Delegierten unumstritten waren — kam es bei der Bildung der Sowjetregierung auch in diesem Kreis zu Auseinandersetzungen.

Auf Vorschlag des ZK der Bolschewiki sollten mit der Leitung der einzelnen Teile des Staatslebens Kommissionen betraut werden, die auf der Grundlage des Programms und der Kontrolle des Sowjetkongresses — sowie dessen Leitungsorgan ZEK (des Zentralen Exekutivkomitees) — arbeiten sollten.

Die Regierungsmacht sollte in den Händen eines Kollektivs konzentriert werden, das sich aus den Vorsitzenden dieser Kommissionen zusammensetzen sollte — dem „Rat der Volkskommissare“.

Von den Bolschewiki wurden für den „Rat der Volkskommissare“ ausschließlich bolschewistische Mitglieder vorgeschlagen. Offen blieb zunächst nur der Posten des Volkskommissars für Verkehrswesen — damit sollte gleichzeitig die Tür offen bleiben für eine Verständigung mit der Eisenbahnergewerkschaft, in der die Menschewisten großen Einfluß hatten.

Protest gegen diese „bolschewistische Alleinregierung“ kam von Vertretern der linken Sozialrevolutionäre und der Gruppe „Vereinigte Internationalisten“. Ihre Forderung lautete, eine Koalitionsregierung zu bilden — und zwar mit den Parteien, die den Kongreß gerade verlassen hatten — anders sei das beschlossene Programm nicht zu verwirklichen.

Die linken Sozialrevolutionäre lehnten deshalb auch ihrerseits vorläufig einen Eintritt in die Regierung ab, sie sahen ihre Aufgabe darin, in der nächsten Zeit zwischen beiden Gruppen zu vermitteln.

Massiver griff der Vertreter des menschewistisch orientierten Eisenbahnverbandes ein. Er drohte offen mit Boykott und Stilllegung des Eisenbahnnetzes, wenn man der Forderung nach Verhandlungen mit Menschewiki und rechten Sozialrevolutionären nicht nachkäme.

Für die Bildung des „Rats der Volkskommissare“ wirkten sich diese Drohungen jedoch nicht aus, die übergroße Mehrheit der Delegierten wählte die Regierungsmitglieder wie von den Bolschewiki vorgeschlagen.

Die Auseinandersetzungen darum aber gingen weiter.

Unterschiedliche Positionen gab es auch bei den Bolschewiki. Unter dem Druck der Eisenbahner erklärte sich das Zentralkomitee der Bolschewiki bereit (29. Okt.), auf Verhandlungen mit Menschewiki und Sozialrevolutionären einzugehen. Lenin ließ sich zwar aus taktischen Gründen auf diese Verhandlungen ein — er wollte die Aufmerksamkeit von den zu diesem Zeitpunkt noch stattfindenden Aufstandshandlungen in Moskau ablenken „diplomatische Maskierung“.

Die Bolschewiki waren aber nicht bereit, die Macht, die sie gerade erst erobert hatten, jetzt wieder zurückzugeben oder einschränken zu lassen — und das an die Parteien, die sie eben erst bekämpft und besiegt hatten.

Ernsthaft für Verhandlungen und für das Ziel, eine Koalitionsregierung zu bilden, trat dagegen eine Minderheit um Kamenjew, Sinowjew und Rykow ein. Ihrem Vorgehen und ihrer Einschätzung liegt der gleiche Ansatz zugrunde wie auch schon bei dem Streik um den Aufstand. „Außer einer Koalitionsregierung — so ihre Befürchtung — gibt es nur eine Möglichkeit. Die Aufrichtung einer rein bolschewistischen Regierung durch die Mittel des politischen Terrors.“ (nach Trotzki)

Es kam zu einer neuen Krise innerhalb der Parteiführung, als Lenin vorschlug, die Verhandlungen sofort abzubrechen (1. Nov.), weil er wenig Sinn darin sah, sich weiter dem Druck der Eisenbahner zu beugen.

Das ZK beschloß mit knapper Mehrheit: Abbruch der Verhandlungen. Kamenjew, Sinowjew u.a. stellten sich dagegen.

Sie verhandelten auf eigene Faust weiter. Um ihren Forderungen noch mehr Nachdruck zu verleihen, traten sie außerdem mit anderen aus dem ZK und aus ihren Regierungsämtern im „Rat der Volkskommissare“ zurück.

Aber auch dieser Alleingang scheiterte an den Absichten und Forderungen der Menschewiki und rechten Sozialrevolutionäre. Wie schon auf dem 2. Sowjetkongreß waren diese Parteien nicht bereit, den Aufstand anzuerkennen: sie forderten den Ausschluß von Lenin und Trotzki aus jeder Regierungsverantwortung und die Nichtanerkennung des auf dem 2. Sowjetkongreß gewählten ZEK (Leitungsgremium des Sowjetkongresses) — stattdessen sollte ein aus zahlreichen Gruppen gebildeter sog. „Volkssohwjet“ die Regierungskontrolle übernehmen. Diese Forderungen waren auch für die verhandlungsbereite Minderheit nicht annehmbar. Die Ausgetretenen schlossen sich dem ZK wieder an. Lediglich die Verhandlungen mit den linken Sozialrevolutionären waren erfolgreich. Sie traten in den „Rat der Volkskommissare“ ein. Diese Koalition hielt allerdings nur kurze Zeit, sie zerbrach an dem Friedensabkommen von Brest-Litowsk.

Konstituierende Versammlung

Die Durchführung freier Wahlen und auf dieser Grundlage die Einberufung einer konstituierenden Versammlung war die Forderung aller sozialistischen Parteien — auch der Bolschewiki — aus der Zeit vor dem Aufstand gewesen. Anstelle der provisorischen Regierung sollte auf der konstituierenden Versammlung eine endgültige Regierung und Regierungsform festgelegt werden.

Die verschiedenen Regierungskoalitionen — sowohl der bürgerlichen, aber auch der gemäßigt-sozialistischen Parteien — hatten seit der Februarrevolution die Durchführung der Wahlen und die Einberufung der Versammlung immer wieder hinausgezögert und verschoben, endlich sie aber doch im September auf dem sog. Vorparlament, unter dem Druck sich legitimieren zu müssen, für November festgelegt.

Inzwischen fand die Oktoberrevolution statt und über die Deputation der Sowjets wurde eine neue Macht etabliert. Aber auch der „Rat der Volkskommissare“ — so beschloß der Sowjetkongreß — sollte nur als provisorische Arbeiter- und Bauernregierung amtierend, bis zur Einberufung einer konstituierenden Versammlung.

An dem alten Wahltermin, der bereits drei Wochen nach dem Aufstand lag, wurde weiter festgehalten.

Die Aufstellung der Wahlliste hatte bereits vor dem Aufstand — etwa Mitte Oktober begonnen. Über die Gründe, weshalb die Bolschewiki an diesem frühen Termin festhielten — ist viel spekuliert worden. Wahrscheinlichkeit ist, daß sie die Forderung der Februarrevolution — eine konstituierende Versammlung durchzuführen, deren Verschleppung sie immer wieder kritisiert hatten — jetzt einlösen wollten.

Die Probleme stellten sich nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses: An der Wahl beteiligten sich etwa 50% der russischen Bevölkerung — von den 707 Sitzen der konstituierenden Versammlung bekamen die Bolschewiki 175 Sitze, gegenüber 416 für die Sozialrevolutionäre und 16 Sitzen für die Menschewiki. Etwa 100 Sitze gingen an kleinere und nationale Gruppierungen.

Ein deutliches Desaster war das Wahlergebnis für die Partei der Menschewiki mit einem Stimmanteil von nur 3% — dies gab auch in Arbeiterbezirken — bekamen sie die Quittung für ihre opportunistische, versöhnlerische Politik.

Deutlich zeigt dieses Ergebnis, daß sie damit auch endgültig den Kampf um die Führung im Proletariat, den sie seit 1905 mit den Bolschewiki führten, verloren hatten. Aber auch die bolschewistische Partei hatte nur etwa ein Viertel der abgegebenen Stimmen erhalten.

Als Erklärung für das Ergebnis wird folgendes angegeben: In Rußland hatte eine Revolution stattgefunden, die von den bewußtesten, entschlossensten Teilen in den Zentren getragen wurde.

Die Bedeutung, die Tragweite dieses Ereignisses, wie auch die ersten Maßnahmen der neu etablierten Sowjetmacht, aber hatten sich zum Zeitpunkt, als die Wahlen durchgeführt wurden, noch nicht ausgebreitet. Ein schlechtes Informations- und Nachrichtensystem erschwerte dies zudem ganz praktisch.

Ein zweites wichtiges Ereignis, das in diesem Zusammenhang eine Rolle spielte, war die endgültige Spaltung der größten Partei Rußlands — der Sozialrevolutionäre, die die Partei der Bauern war. Sie spaltete sich in einen kleineren rechten und einen sehr viel größeren linken Teil.

Der linke Teil hatte bereits auf dem 2. Sowjetkongreß den Aufstand und die neue Sowjetmacht unterstützt.



Diese Spaltung schlug sich fast gar nicht im Wahlergebnis nieder. Im Gegenteil — auf den noch vor der Oktoberrevolution aufgestellten gemeinsamen Wahllisten, waren überdurchschnittlich stark die rechten Sozialrevolutionäre vertreten. Nur in wenigen zentralen Regionen konnten nachträglich noch eigene Listen aufgestellt werden.

Aufgrund dieser Fakten wird oftmals eingeschätzt, daß das Wahlergebnis in den überwiegenden Teilen des riesigen Landes noch auf einem weitgehend vorrevolutionären Bewußtseinsstand stattfand, und daß das Ergebnis im Grunde eine längst überholte Vergangenheit widerspiegelt.

So einleuchtend diese Argumentation auch ist, beleuchtet sie nur einen Teil der Wahrheit.

Der andere Teil ist der — und das möchte ich an dieser Stelle hervorheben, über diese Problematik sollten wir nachher auch in der Arbeitsgruppe diskutieren) — daß die Bolschewiki eben auch nicht die Mehrheit der zu fast 80% ländlichen Bevölkerung auf ihrer Seite hatten.

Sie hatten zwar die Mehrheit im Proletariat, in den großen Städten und Zentren, aber sie agierten aus der Rolle der Minderheit.

Der Aufstand war geführt worden als Kampf um die Macht — der Kampf um Mehrheiten, was bedeutete die Gewinnung des riesigen Bevölkerungsanteils der Bauern, mußte noch geführt werden. In diesem Sinne — so Lenins Forderung — müsse die Sowjetregierung ihre Macht einsetzen.

Aber zurück zur konstituierenden Versammlung und zur Frage, wie damit umgehen. Das Wahlergebnis gab den Kräften, die schon geschlagen waren, vor allem den Parteien der Mensche-

wiki und rechten Sozialrevolutionären kurzfristig neuen Atem.

Voll Hoffnung und mit der Absicht, die Chance der Versammlung zu nutzen, um zu versuchen, die Machtfrage neu zu stellen, reisten ihr Vertreter an. Mitte Dezember — in Kenntnis des Wahlergebnisses — veröffentlichte Lenin seine „Thesen zur konstituierenden Versammlung“.

Er stellt fest, daß man mit der Republik der Sowjets eine sehr viel höhere Form der Demokratie erreicht habe, als es die gewöhnliche bürgerliche Republik mit der konstituierenden Versammlung sein kann (LAW 573), daß die Sowjetrepublik zugleich die einzige Form ist, die imstande ist, den Übergang zum Sozialismus zu sichern.

Er kommt zu dem Schluß, daß der einzige Ausweg aus dem Dilemma sei, daß das Volk möglichst rasch von dem Recht auf Neuwahlen Gebrauch macht, und daß die jetzt zusammentretende Versammlung ihre Funktion nur darin haben kann, vorbehaltlos die Sowjetmacht, die Revolution und deren Politik anzuerkennen. (LAW 577)

Ähnlich wie schon bei der Debatte um die Koalitionsregierung waren die Vertreter der Menschewiki und rechten Sozialrevolutionäre dazu nicht bereit.

Als die konstituierende Versammlung am 5. Januar 1918 in Petrograd zusammentrat, weigerten sich ihre Delegierten eine von den Sowjets ausgearbeitete „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes“ anzunehmen. Hier war die Anerkennung der Sowjetmacht und ihrer Beschlüsse sowie die Rechtmäßigkeit des „Rats der Volkskommissare“ festgeschrieben.

Nach einigen groben Auseinandersetzungen verließen die Bolschewiki die Versammlung und weigerten sich, an ihrer Arbeit überhaupt noch teilzunehmen. Was dann folgte, war undramatisch. In der Nacht auf den 6. Januar nahm der „Rat der Volkskommissare“ das Dekret über die Auflösung der konstituierenden Versammlung an. Konkret interessierte sich in Rußland niemand für das Schicksal der Versammlung und ihrer Vertreter.

Diskussionen aber rief die Auflösung der durch demokratische Wahlen legitimierten Versammlung unter den sozialistischen Theoretikern hervor. Der russische Historiker Medwedjew (Roy A. Medwedjew, Oktober 1917) kommt zu dem Ergebnis, daß die Chance, die Versammlung als eine wichtige Stütze für die Eroberung der Oktoberrevolution auszunutzen, ganz real existiert hätte, so aber vertan worden sei.

Er bezeichnete den Beschluß der Bolschewiki an dem angesetzten Wahltermin festzuhalten als falsch — besser wäre gewesen, die Wahlen, die so häufig verschoben waren, nun selbst wenigstens um ein bis zwei Monate zu verschieben. Er erhoffte sich davon ein wesentlich besseres Wahlergebnis. (Ich würde das aufgrund der vorhin beschriebenen Probleme allerdings bezweifeln.)

Sehr viel grundsätzlicher die Kritik von Rosa Luxemburg in ihrer Schrift „Die russische Revolution“: Aufgrund der gegebenen Bedingungen, unter denen die Wahlen stattfanden, kommt auch sie zu dem Ergebnis, daß man die konstituierende Versammlung, die für sie „das Bild einer überholten Vergangenheit“ widerspiegelt, hätte „kassieren“ müssen, allerdings dann sofort hätte Neuwahlen ausschreiben müssen, die den Stand des aktuellen Bewußtseins und das wirkliche Kräfteverhältnis besser repräsentieren (Rosa Luxemburg, Zur russischen Revolution).

Sie will aber aus prinzipiellen Gründen nicht auf die Durchführung von Wahlen und aus Wahlen hervorgegangene Volksvertretungen verzichten.

Gerade im Sozialismus — so ihre Position — ist die Notwendigkeit freie Wahlen durchzuführen wie überhaupt jede Form von Freiheit zuzulassen, von außerordentlicher Bedeutung, denn nur so kann ein Korrektiv und Kontrolle ausgeübt werden — nur so kann schöpferische Kraft für Neues entstehen. „Sowohl Sowjets als Rückgrat wie Konstituierende Versammlung und allgemeines Wahlrecht“ — lautet ihr Vorschlag.

g./HH

Die Arbeiterkontrolle

Die wirtschaftspolitische Diskussion im Frühjahr 1918

Die Zeit zwischen dem Oktober 1917 und dem Beginn des Bürgerkrieges im Mai 1918 war eine Phase, die gekennzeichnet war durch die Stabilisierung der politischen Macht und einschneidende Veränderungen in den ökonomischen Verhältnissen. Zusammengefaßt kennzeichnen vier Prozesse diese Phase:

1. Die Zerstörung der ökonomischen Grundlagen der Bourgeoisie als Folge der spontanen Enteignungswelle 1917/18.
2. Eine Verschlechterung der ökonomischen Lage in Folge des kriegsbedingten Verlustes wichtiger Landesteile und dem Absinken der Produktivität der Industrie.
3. Verschiedene Versuche durch die Arbeiterkontrolle und den Aufbau staatlicher Lenkungsorgane die Wirtschaft neu zu organisieren.
4. Eine heftige Auseinandersetzung innerhalb der Bolschewiki über den weiteren Weg der Organisation der Wirtschaft, die unter der Fragestellung „Staatskapitalismus oder Sozialismus“ im Frühjahr 1918 entbrannte.

In der wirtschaftspolitischen Diskussion der Bolschewiki vor dem Oktober war insbesondere von Lenin ein staatskapitalistisches Modell der Wirtschaft favorisiert worden. Zum einen soll der Begriff verdeutlichen, daß eine Nationalisierung der Industrie auch unter der Diktatur des Proletariats die kapitalistischen Produktionsverhältnisse nur teilweise erschüttert. In diesem Sinn richtet der Begriff sich gegen eine „Verwechslung“ von staatlichen Formen mit sozialistischen ökonomischen Verhältnissen.

Zum anderen ist mit diesem Begriff eine Vorstellung von „Etappen“ auf dem Weg zum Sozialismus verbunden: „Denn der Sozialismus ist nichts anderes als der nächste Schritt vorwärts, über das staatskapitalistische Monopol, das zum Nutzen des ganzen Volkes angewandt wird und dadurch aufgehört hat, kapitalistisches Monopol zu sein.“ (LW 25, S. 368)

Dies geht davon aus, daß die entwickeltsten Formen des Staatsmonopolistischen Kapitalismus, die Lenin in der deutschen Kriegswirtschaft sah, diejenigen sind, auf die sich das Proletariat zunächst stützen kann und muß.

„Um die Frage noch klarer zu machen, wollen wir zunächst ein ganz konkretes Beispiel des Staatskapitalismus anführen ... Deutschland. Hier haben wir „das letzte Wort“ moderner großkapitalistischer Technik und planmäßiger Organisation, die dem junkerlich-bürgerlichen Imperialismus unterstellt sind. Man lasse die hervorgehobenen Wörter aus, setze an Stelle des militärischen, junkerlichen, bürgerlichen imperialistischen Staates ebenfalls einen Staat, aber einen Staat von anderem sozialen Typus, mit anderem Klasseninhalt, den Sowjetstaat, d.h. einen proletarischen Staat, und man wird die ganze Summe der Bedingungen erhalten, die den Sozialismus ergibt.“ (LW 27, S. 332)

Konkret ins Auge gefaßt wurden vor dem Oktober: Nationalisierung der größten monopolistischen Verbände, Zwangssyndikalisierung, Zentralisierung des Bankensystems bzw. Nationalisierung desselben. Die staatliche Organisation und Kontrolle der Wirtschaft sollte verbunden werden mit der Kontrolle von unten, der Arbeiterkontrolle.

Das Dekret über die Arbeiterkontrolle vom 14.11.1917

„Im Interesse der planmäßigen Regulierung der Volkswirtschaft“ sollte in allen Betrieben die Arbeiterkontrolle eingeführt werden, Organ dieser Kontrolle sollten die Betriebskomitees

sein. Sie waren dem Staat gegenüber für „strengste Ordnung, Disziplin und Erhaltung des Vermögens“ verantwortlich. Besonders aus Kreisen der Gewerkschaften wurden Bedenken gegen den Vollzug der Arbeiterkontrolle durch die Betriebskomitees geäußert, da sie eine Zersplitterung der Kontrolle befürchtete. Diese Vorbehalte fanden ihren Niederschlag in der Zusammensetzung des „Gesamtrussischen Rates für Arbeiterkontrolle“, in dem die Vertreter der Betriebskomitees nur eine Minderheit waren. (vgl. Brinton, S. 47)

Orientierte sich das Dekret an der Möglichkeit einer Zusammenarbeit von Kapitalisten und Betriebskomitees, so erwies sich dies in der Praxis als nicht realisierbar. Die Unternehmer widersetzten sich zumeist der Arbeiterkontrolle und sabotierten die Produktion, die Belegschaften waren zumeist mit einer reinen Kontrollfunktion nicht zufrieden und drängten auf die Übernahme der Betriebe. Bestärkt durch das Dekret zur Arbeiterkontrolle und die Nationalisierung der Banken (14.12.) entwickelte sich eine spontane Enteignungswelle in der Industrie, die die ökonomische Macht der Bourgeoisie zerstörte. Im Zuge dieser „rotgardistischen Attacken auf das Kapital“ wurden bis zum Frühjahr 1918 mehr als 800 Betriebe enteignet, mehr als 70% wegen der Weigerung, die Arbeiterkontrolle zuzulassen. (Lorenz, S. 84f., Brüggemann, 140)

Obwohl diese Entwicklung im Hinblick auf staatskapitalistische Vorstellungen wie auch in Richtung einer Stabilisierung der Produktion Probleme aufwarf, konnten sich große Teile der Bolschewiki dem Enthusiasmus über die Angriffe auf das Kapital nicht entziehen.

„Brechen wir ein für allemal mit dem Vorurteil, daß die Leitung der Staatsgeschäfte, die Leitung der Banken und Betriebe Aufgaben seien, die Arbeiter nicht bewältigen können ... Möge sich jedes Betriebskomitee nicht nur mit den Angelegenheiten beschäftigen, sondern sich auch als organisatorische Zelle für den Aufbau des gesamten staatlichen Lebens betreten.“ (LW 26, S. 362)

„Ihr seid die Macht, tut alles, was euch wünschenswert erscheint, nehmt alles, was ihr braucht, wir werden euch unterstützen, sorgt aber für die Produktion, sorgt dafür, daß Nützliches produziert wird. Stellt euch auf nützliche Arbeit um, ihr werdet Fehler machen, aber ihr werdet lernen.“ (LW 26, S. 468)

Der Klassenkampf, der sich unmittelbar nach der Revolution in der politischen Arena vollzogen hatte, verlagerte sich zunehmend direkt in die Betriebe. Die betrieblichen Kämpfe und die Welle von Enteignungen 1918/19 führten dazu, daß der Bourgeoisie die unmittelbare Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel entrisen wurde, was allerdings nicht mit einer Zerstörung der ökonomischen Macht der Bourgeoisie verwechselt werden darf.

Nur ein geringer Teil der enteigneten Betriebe (5%) wurde von zentralen Instanzen, wie dem Rat der Volkskommissare oder dem OVWR nationalisiert. 61,5% der Enteignungen wurden von lokalen Sowjets durchgeführt, zumeist auf Veranlassung der BKs. Die Bedeutung der BKs als unmittelbarer Organe der Klasse vergrößerte sich rasch, so daß bis zum März 1918 in rund 83% aller Betriebe solche Komitees bestanden.

Die Politik der BKs zielte darauf, Arbeiterkontrolle „im weiteren Sinn als Einmischung in die Anordnungen der Unternehmen“ zu nutzen. Im Musterstatut des Petrograder Zentralrats der BKs hieß es denn auch: „Ohne Wissen und Zustimmung des BK darf keine Anordnung der Verwaltung oder des Unternehmers, die sich auf die Führung der Betriebe bezieht, ausgeführt werden.“

Aus der Arbeit der Betriebskomitees entstanden auch erste Entwürfe einer neuen Organisationsstruktur der Wirtschaft. Der Petrograder Zentralrat entwickelte das Modell eines ökonomischen Räteystems. In allen Bezirken, Städten, Gouvernements sollten Volkswirtschaftsräte entstehen, deren leitende Kollegien auf Konferenzen der Betriebskomitees gewählt werden sollten. Der zu bildende OVWR sollte allein dem ZEK des Sowjet verantwortlich sein. Eine Beteiligung der Partei, des Staates oder der Gewerkschaften war nicht vorgesehen.

Der Konflikt zwischen Gewerkschaften und Betriebskomitees

Die Gewerkschaften traten im Gegensatz zu den Komitees für eine staatliche Lenkung der Wirtschaft ein. Im Dekret über die Arbeiterkontrolle und in den Ausführungsbestimmungen erblickten sie die Gefahr einer Dezentralisierung und Desorganisation der Wirtschaft.

Die Parole der Komitees von der „weitgehenden Einmischung“ in die wirtschaftlichen Abläufe der Betriebe und die Entscheidungen der Unternehmer bedeutete nach Meinung der Gewerkschaften die unmittelbare Übernahme der Betriebe durch die Belegschaften und behindere die staatliche Kontrolle der Industrie.

Dementsprechend faßten die am 13.12.1917 veröffentlichten Richtlinien des von den Gewerkschaften dominierten „Gesamtrussischen Rates für Arbeiterkontrolle“ die Kompetenzen der Arbeiterkontrolle sehr eng. Die Verwaltung und die Verantwortung für die Betriebe sollte bei den Kapitalisten verbleiben, insbesondere sollten finanzielle Fragen nicht in den Aufgabenbereich der Arbeiterkontrolle fallen. Bei Konflikten zwischen Belegschaft und Kapitalisten sollte eine Entscheidung durch staatliche Instanzen durchgeführt werden, die Komitees sollten keine Entscheidungen treffen.

Ebenso sollten die Komitees der Betriebe keine eigenen lokalen und regionalen Organe bilden, sondern sich den gewerkschaftlichen Kommissionen für Kalkulation und Distribution unterstellen.

Begründet wurde die ablehnende Haltung der Gewerkschaften gegenüber der Arbeiterkontrolle und den Betriebskomitees damit, daß die Sozialisierung der Produktion nicht auf der Tagesordnung der Revolution stehe und daher auch die Grundlagen des Kapitalismus nicht angetastet werden dürften. Lozowskij, Sekretär des Zentralrates der Gewerkschaften und bis Januar 1918 Bolschewik, war einer der heftigsten Kritiker der Arbeiterkontrolle. Die Gleichsetzung von Arbeiterkontrolle mit Sozialismus sei rundweg falsch. Angesichts der ökonomischen Rückständigkeit Rußlands und der nicht erfolgten Revolutionen in den entwickelten kapitalistischen Staaten könne dies keine Perspektive sein. Der Lage, d.h. der Behauptung der Revolution angemessen sei allein eine zentralisierte staatliche Lenkung der Wirtschaft in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften.

Der 1. Gesamtrussische Kongreß der Gewerkschaften am 7.-11.1.1918 folgte dieser Argumentation und faßte eine Reihe von Beschlüssen, die eine Kampfansage an die Betriebskomitees bedeuteten. Die BKs wurden aufgeföhrt, sich an die Vorgaben des „Gesamtrussischen Rates für Arbeiterkontrolle“ zu halten (s.o.). Zudem sollten alle Beschlüsse der Komitees von den Gewerkschaften überprüft und eigene Vertreter in die Komitees entsandt werden. Abschließend wurde von den BKs verlangt, ihre Autonomie aufzugeben und sich in die Gewerkschaften einzugliedern.

Die, nennen wir es, distanzierte Haltung der Komitees zu staatlichen Organen und zu den Gewerkschaften ließ sich von diesen nicht auf Dauer durchhalten. Spätestens als zu Anfang 1918 die lokalen wirtschaftlichen Ressourcen der Betriebe erschöpft waren, wurden sie angewiesen auf Rohstofflieferungen und Kredite, die aber von staatlichen Organen oder den Gewerkschaften kontrolliert wurden.



Wladimir Lebedew:
Bei jeder Tat — das Gewehr parat, Petrograd 1920

So erklärten sich die Petrograder Komitees im Januar bereit, mit den Gewerkschaften zu fusionieren. Dieses Aufgehen der Komitees dauerte in Petrograd bis in den April 1918, in anderen Teilen des Landes blieben die Komitees bis in den Sommer 1918 unabhängig. In zahlreichen Betrieben erfolgte ihre Ausschaltung aus der Betriebsleitung erst durch die Einsetzung staatlicher Betriebsleitungen im Sommer/Herbst 1918.

Die Gründung des Obersten Volkswirtschaftsrates (OVWR)

Im Prozeß des Angriffs auf die vorgefundenen ökonomischen Strukturen und der Suche nach Möglichkeiten ihrer Veränderung entwickelten sich zwei politische Linien. In der Bewegung der Betriebskomitees manifestierte sich eine Linie, die ideologisch und praktisch auf die Selbstinitiative der Massen bei der Lösung der wirtschaftlichen Probleme und der Schaffung neuer ökonomischer Beziehungen orientierte und die von relevanten Teilen der Bolschewiki unterstützt wurde.

Demgegenüber stand eine „zentralistische Tendenz“ in Gewerkschaften und Bolschewiki, die eine Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben vorrangig im Aufbau zentralistischer Organe sah und die sich letztendlich durchsetzen konnte.

Der OVWR war dem Rat der Volkskommissare zugeordnet und sollte „die wirtschaftlichen Aktivitäten der Nation und die finanziellen Mittel der Regierung organisieren“. Er war mit weitreichenden Vollmachten zur Erfassung und Zentralisierung der Industrie ausgestattet worden. Diese sollte vermittels regionaler Wirtschaftsrate und der zu schaffenden Zentralverwaltungen einzelner Wirtschaftszweige organisiert werden. Der OVWR bildete ein Gegengewicht gegen die weitgehend zersplitterte Arbeiterkontrolle von unten, was sich auch in seiner personellen Zusammensetzung ausdrückte: Die Vertreter der Volkskommissariate und bürgerliche Wirtschaftsfachleute waren in der Mehr-

heit. Die Verbindung zu den Betriebskomitees bestand in der Eingliederung des „Gesamtrussischen Rates für Arbeiterkontrolle“, einem Organ, in dem die Komitees eine Minderheit waren, in den OVWR. (Bettelheim 129-131)

Er bildete ein Gegengewicht zu Vorstellungen der Betriebskomitees, eines von unten nach oben sich aufbauenden ökonomischen Räteystems, dessen Zusammensetzung allein von Betriebskomitees bestimmt sein sollte und die sich zu einer parallelen Macht neben den zumeist von den Bolschewiki kontrollierten Sowjets entwickelt könnten.

Mit den Beschlüssen des OVWR zur Bildung der „Bezirkswirtschaftsräte“ wurde der unmittelbare Einfluß der Belegschaften auf die Wirtschaftsgremien beschränkt. Die am 1.3.1918 herausgegebene „Verordnung über die Verwaltung der nationalisierten Betriebe“ bedeutete den Bruch mit dem Kollegialprinzip. Die Verordnung bestimmte, daß eine Troika aus Regierungskommissar, technischem Direktor und Verwaltungsdirektor einzusetzen sei.

Dem technischen Direktor oblag die Führung des Betriebes in technischer Hinsicht; seine Entscheidungen waren für das Betriebskomitee bindend und konnten nur vom Regierungskommissar aufgehoben werden. Gleiches galt vom administrativen Direktor in Bezug auf die administrativ-wirtschaftliche Führung des Betriebes. Als formales Zugeständnis an das Kollegialprinzip kann die Bestimmung gewertet werden, daß dem administrativen Direktor ein „administrativ-wirtschaftlicher Rat“, bestehend aus Vertretern der lokalen Sowjets, des Zentralrates der Gewerkschaften sowie der Arbeiter, Angestellten und des technischen Personals des jeweiligen Betriebes, zur Seite gestellt wurde. Eine Wahl der Betriebsleitungen durch die Belegschaft wurde nur in Ausnahmefällen gestattet.

Auch wenn davon auszugehen ist, daß eine sofortige Realisierung dieser Maßnahmen aufgrund der organisatorischen Schwäche des Staatsapparates nicht eintrat, zeichnete sich hier der Beginn einer neuen Etappe in der Gestaltung der ökonomischen Beziehungen ab. (Bettelheim 133/134)

Die mit dem Brestler Frieden vom 1.3. einsetzende „Atempause“ führte zu einer erneuten Diskussion bolschewistischer Wirtschaftspolitik. Die im Beschluß des OVWR zur Einzeileitung und in den von Lenin entworfenen und vom ZEK am 29.4. gebilligten Thesen zu den nächsten Aufgaben der Sowjetmacht entwickelte Position, forderte von den Arbeitern „die Unterordnung, und zwar die unbedingte Unterordnung während der Arbeit, unter die einzelverantwortlichen Anordnungen der sowjetischen Leiter, der Diktatoren, seien sie nun gewählt oder von Sowjetinstitutionen ernannt ...“ (LW 27, S. 308) Damit waren zwei Prinzipien des Rätegedankens zur Disposition gestellt: die kollegiale Verwaltung und die Abberufung gewählter Vertreter.

Die wirtschaftliche Situation bis zum Beginn des Bürgerkriegs

Bis zum Beginn des Bürgerkrieges gelang es der revolutionären Bewegung zwar die ökonomische Macht der Bourgeoisie anzugreifen, eine neue Organisation der Produktion konnte zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht entstehen. Vielmehr sank die Produktion/Arbeitsproduktivität seit dem Oktober kontinuierlich, wobei zur Jahreswende 1917/18 eine weitere Verschärfung eintrat.

Die wirtschaftliche Krise äußerte sich in Lebensmittelknappheit, Stockungen in der Produktion/Betriebsschließungen, Zerfall des Transportwesens und sinkender Arbeitsproduktivität der Betriebe.

Ursachen: Eine der Ursachen waren die Weltkriegeinflüsse, die zur verstärkten Abnutzung der Maschinen geführt hatten, zum anderen die Schwierigkeiten bei der Umstellung auf Friedensproduktion, wo sich ein Mangel an ausreichenden technischen und finanziellen Mitteln zeigte. Als Folge des Krieges mit

dem deutschen Kaiserreich und des Friedens von Brest-Litowsk im März 1918 waren der Sowjetrepublik ökonomisch wichtige Gebiete verloren gegangen. Polen und die Ukraine hatten für die Versorgung mit Getreide, Roh- und Brennstoffen und Industriewaren zentrale Bedeutung gehabt. Auch waren durch die Revolution die für die zaristische Wirtschaft wichtigen Wirtschaftsbeziehungen mit den entwickelten kapitalistischen Staaten zum Erliegen gekommen, was sich in Kapitalmangel und dem Fehlen wichtiger Industrieprodukte äußerte. In Folge dieser Entwicklung kam es zu erheblichen Stockungen im Produktionsprozeß.

Der Zerfall/Zusammenbruch des Transportwesens, im wesentlichen der Eisenbahnen, in Folge von Brennstoffmangel und einer wachsenden Zahl defekter Lokomotiven — der Anteil defekter Loks stieg von 17% im Oktober auf 31% im Januar 1918, auf einzelnen Linien lag er bei 60-80% — brachte einen erheblichen Teil des Wirtschaftslebens zum Erliegen.

Ein anderes Problem stellte der chronische Mangel an flüssigen Mitteln zur Zahlung der Löhne und zum Ankauf von Rohstoffen dar, eine Entwicklung, die in zahlreichen Fällen die Betriebe zwang, Teile des Inventars zu verkaufen oder mit Fertigprodukten Spekulationen auf dem Schwarzmarkt zu treiben.

Der Zerfall des Transportsystems hatte besonders katastrophale Folgen für die Versorgung der Städte, insbesondere Petrograds und Moskaus, die kaum über ein agrarisches Umland verfügten. Andererseits gelangte die geringer werdenden Industriewaren kaum noch in die ländlichen Regionen, was, neben anderen Gründen, die Bereitschaft der Bauern, Getreide zu verkaufen, weiter senkte.

Die sinkende Arbeitsproduktivität hatte aber auch noch andere Ursachen, nicht zu unterschätzen sind die Folgen des mit aller Schärfe sich vollziehenden Klassenkampfes in den Betrieben.

Auf die Ankündigung der Arbeiterkontrolle reagierten die Kapitalisten überwiegend mit der Sabotage der Produktion: Kapitalflucht, Betriebsschließungen und Zerstörungen an den Produktionsmitteln waren an der Tagesordnung. Auch die „technischen Spezialisten“ weigerten sich häufig, mit den Betriebskomitees bzw. den neuen Betriebsleitungen zusammenzuarbeiten, was für die Weiterführung der Produktion erhebliche Schwierigkeiten bedeutete.

Die Zerstörung der kapitalistischen Fabrikdespotie bewirkte unbestreitbar auch ein gewisses Nachlassen der Arbeitsdisziplin. In zahlreichen Fällen wurde von den Arbeitern die Einführung des Zeitlohns durchgesetzt und auch die Beratung wichtiger ökonomischer und politischer Entscheidungen während der Arbeitszeit und Versuche zur Gestaltung des Arbeitsprozesses entsprechend den Bedürfnissen der Arbeiter trugen sicherlich zu geringeren Produktionsergebnissen bei.

Die entscheidende Ursache für die sinkende Arbeitsproduktivität lag aber zweifelsfrei in der physischen Erschöpfung der Arbeiterklasse. Bereits während des Krieges litt die Arbeiterklasse unter einem starken Mangel an Lebensmitteln und anderen Bedarfsgütern. Auch nach der Revolution gelang es nicht, die Lebensmittelversorgung zu verbessern, aufgrund der Spekulation und des Verlustes der „Getreidekammer“ Ukraine verschlechterte sich die Lage zunehmend. Die Löhne konnten trotz erheblicher Erhöhungen mit der Preisentwicklung nicht mithalten.

Die Behörden gingen nach einiger Zeit dazu über, einen Teil der Löhne in Naturalien auszuzahlen. So wurden in Petrograd täglich Nahrungsmittel mit folgendem Kaloriengehalt ausgegeben: Oktober 1705, Dezember 1162, Januar 771, März 1082, April 1013. Dies reichte aber bei weitem nicht aus, geht man von einem täglichen Bedarf für arbeitende Menschen von 2.600-3.600 Kalorien aus.

Die Folge dieser nicht hinreichenden Versorgung war eine starke Abwanderung von Industriearbeitern auf das Land, allein in Petrograd verließen zur Jahreswende mehrere tausend Arbeiter mit ihren Familien die Stadt, um auf dem Land ihr Leben zu sichern. Da weder Naturalien und Lohn den Bedarf deckten

konnten, besonders betroffen waren nicht qualifizierte Arbeiter, d.h. Jugendliche und Frauen, wurde der Schwarzhandel unumgänglich. Zu Tausenden zogen Arbeiter oder ganze Belegschaften auf das Land, um zu kaufen oder zu tauschen.

In dieser wirtschaftlichen Krisensituation zeitigte das Fehlen zentraler Wirtschaftsapparate schwerwiegende Folgen. Die zu meist nur betriebsbezogene Arbeiterkontrolle der Betriebskomitees förderte den Zerfall der Industrie in kleine Produktions-einheiten. Inventar und Fertigwaren wurden oft zu (überhöhten) Preisen getauscht oder verkauft, um Belegschaften mit Nahrungsmitteln und Bedarfsgütern zu versorgen oder wichtige Rohstoffe einzukaufen.

„... das Betriebskomitee ist in vieler Hinsicht der Nachfolger des kapitalistischen Unternehmens ... Er schaut auf alle industriellen Beziehungen zu allererst mit den Augen der betreffenden Fabrik oder Firma. Seine erste Aufgabe sieht er darin, den Arbeitern dieser Fabrik oder Firma eine Möglichkeit zu verschaffen, die schwere Zeit zu überleben.“ (I. Stepanov-Skorov, Jan. 1918)

„Die Konkurrenz und der Versuch, sich gegenseitig die spärlichen Rohstoffe abzugeben, die den Fortgang der Produktion sichern sollten, führte dazu, daß die Betriebskomitees sich gegenseitig bekämpften und die Betriebe sich zu autonomen Föderationen halbarchaischen Charakters verwandelten.“ (A.M. Pankratova, zitiert nach Brüggmann, 144)

Im Frühjahr 1918 zeigte sich in aller Schärfe, daß die durch die Arbeiterkontrolle intendierte „planmäßige Regulierung der Volkswirtschaft“ nicht erreicht worden war. Die „Atempause“ nach dem Frieden von Brest wollte von den Bolschewiki dazu genutzt werden, die weitere Organisation und Lenkung der Wirtschaft neu zu diskutieren.

„Staatskapitalistische Zwischenetappe“ oder „Aufbau des Sozialismus“?

Vor dem Hintergrund einer äußerst angespannten wirtschaftlichen Situation vollzogen sich die Auseinandersetzungen um Lenins Konzept eines „Staatskapitalismus“, das von den Linken Kommunisten schärfstens kritisiert wurde.

Für Lenin besteht „der eigentliche Kern, das Wesen der Sowjetmacht wie auch das eigentliche Wesen des Übergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft darin, daß die politischen Aufgaben einen untergeordneten Platz gegenüber den ökonomischen Aufgaben einnehmen.“ (LW EB 1917-23, S. 41f)

Die maximale Produktionsfähigkeit der Industrie verbunden mit strenger Ordnung und Disziplin rückten in den Mittelpunkt der Leninschen Argumentation. Weitere Enteignungen wurden abgelehnt, da diese nur zur weiteren Desorganisation der Wirtschaft beitragen würden.

„Heute sehen nur Blinde nicht“, schrieb er Anfang April 1918, „daß wir mehr nationalisiert, konfiszieren, zerstören und zerbrechen haben, als wir zu erfassen vermöchten.“ Die Enteignungsmaßnahmen unter solchen Umständen im bisherigen Tempo fortzusetzen, bedeutete seiner Auffassung nach die sichere Niederlage der Revolution, da die rückständige russische Arbeiterschaft noch längst nicht in der Lage sei, selbst ökonomische Leitungs- und Verwaltungsfunktionen zu übernehmen. Zunächst ging es einmal darum, vom kapitalistischen Management die sozialistische Wirtschaft zu lernen. „Um zu zeigen, wie nötig es die Sowjetmacht hat, gerade für den Übergang zum Sozialismus die Dienste der bürgerlichen Intelligenz in Anspruch zu nehmen, erlauben wir uns, einen Ausdruck zu gebrauchen, der auf den ersten Blick paradox erscheinen mag: Man muß den Sozialismus in einem beträchtlichen Maße bei den Leitern der Trusts lernen, man muß den Sozialismus lernen bei den größten Organisatoren des Kapitalismus.“ Doch nicht nur die russischen Unternehmer und Spezialisten, sondern auch ausländische Kräfte galt es für den wirtschaftlichen Wiederaufbau heranzuziehen, zumal sich die Revolution in den hochentwickelten kapitalistischen Industriestaaten immer weiter hinauszögerte. „Jetzt sind wir gezwungen“, schrieb Lenin, „von den fortgeschrittenen Ländern statt der Hilfe der sozialistischen Organisation und der Unterstützung durch die Arbeiter die Hilfe der dortigen Bourgeoisie und kapitalistischen Intelligenz in Anspruch zu nehmen.“

Während die meisten anderen bolschewistischen Führer Lenins Vorstellung einer Kooperation mit der nationalen und internationalen Bourgeoisie als unvereinbar mit sozialistischen Zielsetzungen ablehnten, verwies dieser immer wieder auf die außerordentliche Rückständigkeit Rußlands, wo alle objektiven Voraussetzungen für einen unmittelbaren Übergang zum Sozialismus fehlten. Fünf verschiedene sozialökonomische Formationen, so erläuterte er, bestimmten die widerspruchsvolle Struktur der russischen Volkswirtschaft: die patriarchalische Bauernwirtschaft, die weitgehend auf natürlicher Basis arbeitete und nicht mit dem



„Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!“
Unbekannter Künstler, Moskau 1918, Plakat

Markt verbunden war; die kleine Warenproduktion, die die Mehrzahl der Bauern umfaßte, die über Getreideüberschüsse verfügen und diese auf den Markt brachten, außerdem die Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden; der privatwirtschaftliche Kapitalismus, zu dem private Industrie- und Handelsunternehmen sowie die Dorfbourgeoisie zählten; der Staatskapitalismus in Form staatlich kontrollierter Unternehmen sowie in Gestalt des Getreidemonopols und der bürgerlichen Genossenschaften; der Sozialismus mit den verstaatlichten Betrieben sowie den ersten landwirtschaftlichen Arteln und Kommunen. Die beiden ersten Formationen, die quantitativ deutlich überwogen, prägten den Agrarcharakter des Landes, der ein Übergewicht der zersplitterten Klein- und Kleinstproduktion bedingte. Die durch das Kleinigentum hervorgerufene „kleinbürgerliche Anarchie“ fesselte Rußland ans Mittelalter und verhinderte nach Lenins Auffassung eine sofortige sozialistische Entwicklung. Man könne von einer weitgehend durch vorkapitalistische Formen bestimmten ökonomischen Basis nicht unmittelbar zum Sozialismus übergehen, so argumentierte er; dieser setze vielmehr die Errungenschaften einer industrialisierten und rationalisierten Wirtschaft voraus, wie sie der Staatskapitalismus verkörpere. Dabei schien Lenin die deutsche Kriegswirtschaft gleichsam das staatskapitalistische Musterbeispiel, das es auf die russischen Verhältnisse zu übertragen galt. Er verlangte daher, „vom Staatskapitalismus der Deutschen zu lernen, ihn mit aller Kraft zu übernehmen, keine diktatorischen Methoden zu scheuen, um diese Übernahme noch stärker zu beschleunigen, als Peter die Übernahme der westliche Kultur durch das barbarische Rußland beschleunigte, ohne dabei vor barbarischen Methoden des Kampfes gegen die Barbarei zurückzuschrecken.“

In diesem Zusammenhang bestimmte Lenin Inhalt und Funktion des Staatskapitalismus in Sowjetrußland: Ein von der Sowjetmacht organisierter und kontrollierter Kapitalismus sollte in möglichst kurzer Frist die industrielle Entwicklung nachholen und zu der Entwicklung der Produktivkräfte führen, die für die Organisation einer sozialistischen Produktionsweise unerlässlich schien. Im einzelnen erforderte das die Ausnutzung kapitalistischer Produktions- und Distributionsmethoden, den Einsatz bürgerlicher Fachleute und ehemaliger Unternehmer in leitenden Verwaltungsfunktionen, die Einmannleitung in allen Betrieben sowie eine strenge, von Disziplinargewalt überwachte Arbeitsdisziplin. Ein solches System, das sich im wesentlichen am Vorbild der deutschen Kriegswirtschaft orientierte, bildete nach Lenins Ansicht für das zurückgebliebene Rußland, wo die Klein- und Kleinstproduktion vorherrschte und die Großindustrie und das Eisenbahnnetz völlig zerrüttet waren, den einzigen Ausweg: „Nur die Entwicklung des Staatskapitalismus, nur die sorgfältige Organisation der Kontrolle, nur die strengste Organisation und Arbeitsdisziplin werden uns zum Sozialismus bringen. Ohne das ist kein Sozialismus möglich.“ Der Vergesellschaftungs-

ungsprozeß sollte sich zunächst einmal lediglich auf die Rechnungsführung und Kontrolle über den Produktions- und Distributionsprozeß erstrecken. Es ging Lenin in erster Linie darum, einen zentralisierten und durchorganisierten wirtschaftlichen Apparat zu schaffen, wobei der gesellschaftliche Inhalt dieses Apparats gleichgültig schien. Immer wieder forderte er, Sozialismus und Staatskapitalismus sollten sich gegen Zersplitterung, Desorganisation und Chaos vereinigen, die das Bild der russischen Wirtschaft nach der Revolution bestimmten. Er meinte, man dürfe nicht den modernen Kapitalismus und den Sozialismus einander entgegenstellen, da beide auf der zentralisierten Großproduktion basierten, sondern müsse diese beiden organisierten Systeme der zersplitterten Kleinproduktion konfrontieren.

Während sich Lenin bemühte, Zentralkomitee, Sowjetexekutive und Arbeiterorganisationen für den neuen ökonomischen Kurs zu gewinnen und bereits erste staatskapitalistische Versuche unternommen wurden, entwickelten die Linken Kommunisten, die sich inzwischen zu einer selbständigen Fraktion innerhalb der KPR(B) zusammengeschlossen hatten, ein eigenes Transformationsprogramm. Dabei gingen sie von einer Kritik der Leninschen Konzeption aus. Die mit dem Staatskapitalismus verknüpften wirtschaftspolitischen Methoden zerstörten nach ihrer Auffassung die Klassensolidarität der Arbeiterschaft und verwandelten diese in ein passives Element des Produktionsprozesses. Vor allem trage hierzu das von Lenin vorgesehene System der außerordentlichen und bevollmächtigten Kommissare bei, da es jede spontane Initiative und Demokratie von unten durch eine bürokratische Zentralisation der Verwaltung ersetze. In gleicher Richtung — so argumentierten die Linken Kommunisten — wirke eine von oben oktroyierte Arbeitsdisziplin, die durch bürokratische Institutionen überwacht werde. Soweit eine Erhöhung der Arbeitsintensität notwendig sei, müßten die Normen von den Arbeiterorganisationen selbst festgesetzt und kontrolliert werden. Viel wichtiger als die Erhöhung der Arbeit, die in erster Linie von der technischen Apparatur und der beruflichen Qualifikation der Arbeiter abhängige. Die im Rahmen der staatskapitalistischen Wirtschaftspolitik praktizierten Lohnsysteme: Akkord- und Stücklohn sowie das Taylor-System, richteten sich nach Auffassung der Linken Kommunisten nicht nur gegen die proletarische Solidarität, sondern förderten auch die kleinbürgerliche Anarchie, die man doch gerade bekämpfen wollte. Das System des Stücklohns erziehe zur „Jagd nach der Kopeke“ und begünstige den Zwischenhandel. Agitation, Kontrolle, Disziplinargerichte und ähnliche subjektive Methoden könnten hier kaum Abhilfe schaffen; notwendig sei stattdessen eine grundlegende Neuorganisation der objektiven ökonomischen Faktoren.

Das ökonomische Programm, das die Linken Kommunisten, namentlich N. Osinskij, im Frühjahr 1918 entwickelten, ging davon aus, daß allein die Arbeiterschaft interessiert und fähig war, den Sozialismus zu errichten. Gegen Lenin heißt es: „Wir sind nicht für den Aufbau des Sozialismus unter der Leitung von Trustorganisationen: Wir sind für den Aufbau des proletarischen Sozialismus durch die Klassensolidarität der Arbeiter selbst, nicht durch die Befehle von Industriekapitänen.“ (...) Der Sozialismus und die sozialistische Organisation der Arbeit werden durch das Proletariat selber geschaffen, oder sie werden überhaupt nicht geschaffen.“ Daher müsse die Arbeiterschaft auch allein über den Wirtschaftsapparat verfügen. Sie sollte sich dabei allerdings der bürgerlichen Spezialisten bedienen, indem sie diese aus ihren früheren organisatorischen und klassenmäßigen Verbindungen herauslöste und ihrer Qualifikation entsprechend honorierte. — Im Mittelpunkt einer sozialistischen Wirtschaftspolitik muß, so meinte Osinskij, die systematische Nationalisierung der Industrie stehen. Der Sozialismus konnte sich nur auf die unbegrenzte Verfügungsgewalt der als Staatsmacht organisierten Arbeiterschaft über den gesamten Produktionsapparat gründen. Damit die Nationalisierung nicht formal blieb, hielt er zwei Voraussetzungen für unerlässlich: einmal eine sozialistische Staatsmacht und zum anderen eine Verwaltungsstruktur der nationalisierten Betriebe, die den Arbeitern die reale Verfügung über die Produktion garantierte. Die politische Herrschaft des Proletariats allein, ohne ein Korrelat im ökonomischen Bereich, sei instabil. Die Sowjetmacht könne nur als radikale Demokratie auf betrieblicher Grundlage existieren.

In diesem Sinne entwarf Osinskij ein organisatorisches Leitungsschema, das auf dem ökonomischen Räteystem beruhte, wie es im Frühjahr 1918 im Aufbau begriffen war. An seiner Spitze stand der Oberste Volkswirtschaftsrat, der auf periodisch stattfindenden gesamt-russischen Kongressen von allen ökonomischen Räten des Landes gewählt wurde. Er stütze sich auf ein Netz von Gebietsvolkswirtschaftsräten, die wiederum das Zentrum einer Reihe kleinerer ökonomischer Sowjets bildeten. Dem ökonomischen Räteystem lag das Prinzip des demokratischen Zentralismus zugrunde, damit sowohl eine bürokratische Zentralisation

— wie sie Lenin nach Auffassung der Linken Kommunisten anstrebte — als auch die zentralistischen Tendenzen der Arbeiterkontrolle ausgeschaltet wurden. Die materiellen Mittel erhielt die Industrie durch eine zentralisierte gesellschaftliche Buchhaltung zugeleitet, die sich zwar auf den alten Bankapparat stützte, die jedoch mit einem geldlosen Verrechnungssystem arbeitete. Ein Arbeitsplan, der unter anderem Daten über die verfügbaren Mittel, die notwendigen Investitionen, ihre räumliche und zeitliche Anlage sowie die richtigen Proportionen zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen enthielt, bildete den allgemeinen Rahmen für die wirtschaftliche Aktivität der Sowjetmacht. — Mit Hilfe dieser Organisationsprinzipien, die Osinskij detailliert ausführte und begründete, sollte die russische Wirtschaft in „einen einheitlichen, zusammenhängenden, bewußt und planmäßig geleiteten gesellschaftlichen Apparat, der für die Befriedigung der genau berechneten Bedürfnisse der Gesellschaft arbeitet“, verwandelt werden.

In der Argumentation Osinskis wurden die wichtigsten Gemeinsamkeiten und Unterschiede gegenüber der Position Lenins deutlich. Beide gingen von der Zersplitterung und Zerrüttung der Wirtschaft aus, und beide betonten die Notwendigkeit organisatorischer Arbeit. Während Lenin jedoch die technisch-sachliche Seite derart in den Mittelpunkt rückte, daß die gesellschaftliche Dimension weitgehend eliminiert wurde, erschien sie bei Osinskij als ein Element, das der sozialistischen Umgestaltung untergeordnet war: „Die organisatorische Arbeit kann keine selbständige Aufgabe sein. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist sie vor allem ein Mittel, die russische und internationale Revolution zu festigen.“ Während Lenins Konzeption vorsah, die Wirtschaft erst einmal auf ihrer — relativ wenig modifizierten — kapitalistischen Grundlage wieder in Gang zu bringen und dann in einer späteren Entwicklungsphase den Sozialismus einzuführen, sollte sich nach Osinskij bereits der Wiederaufbau nach sozialistischen Prinzipien vollziehen: „Der Aufbau des Sozialismus, der sozialistischen Produktionsbeziehungen, verschmilzt bei uns mit dem ökonomisch-technischen Aufbau, mit der Wiederherstellung der zerstörten Industrie.“

Der Ende Mai, Anfang Juni in Moskau tagende I. Kongreß der Volkswirtschaftsräte folgte zwar mit seiner Entschließung zur planmäßigen Nationalisierung der Großindustrie der Position der Linken und den Stimmungen in großen Teilen der Arbeiterklasse. In der Frage der Verwaltung der Betriebe konnte sich die Position Lenins, z.T. erst nach heftiger Intervention und auch nur in Kompromissen durchsetzen. So wurde zwar noch gegen Lenin am Kollegialprinzip festgehalten, aber 2/3 der Mitglieder der Betriebsleitungen sollten nun von den Volkswirtschaftsräten ernannt, 1/3 von der gewerkschaftlich organisierten Belegschaft gewählt werden. (Ursprünglicher Vorschlag: 2/3 gewählt, 1/3 von den Gewerkschaften ernannt.)

Auch bei den Bestimmungen zur Arbeitsdisziplin erlitten die „Linken“ eine Niederlage. Der Kongreß bestätigte die im April veröffentlichten Regeln über die Arbeitsdisziplin und ein „Musterstatut über die innere Ordnung“. Diese regelten minutiös Arbeitszeit und Pausen und verboten die Abhaltung von Versammlungen während der Arbeitszeit und drohten bei Verstößen mit Zwangsmaßnahmen bis zur Entlassung. Auch wurde die Kontrolle der Arbeitsdisziplin und Leistung wieder in die Hände der bürgerlichen Spezialisten gelegt, mit der Einschränkung, das durch diese keine Bestrafung erfolgen dürfe.

„Die Leiter der Abteilungen wie Mechaniker, Buchhalter, Meister oder alteingesessene Verwalter sind verpflichtet, auf alle Arbeiter aufzupassen, die zu dieser oder jener Abteilung gehören. Nichterfüllung, Nachlässigkeit oder gar bewußte Abweichung zieht die strengste Verwarnung bis zur Entlassung nach sich. Dabei hat jeder Leiter das Recht, sich nach der Durchführung der Arbeit jedes einzelnen zu erkundigen und die Pflicht, jede Unregelmäßigkeit bei der Arbeit dem Betriebskomitee zu melden.“ (Aus der Betriebsordnung einer Manufaktur, zitiert nach Brüggmann, S. 229)

Die Gewerkschaftsdiskussion 1920

Wirtschaft — Staat — Gewerkschaften — Partei

Ab Sommer 1918 begann der Bürgerkrieg jede Entwicklungsmöglichkeit eines sozialistischen industriellen Aufbaus in das enge Korsett der Kriegswirtschaft zu zwingen. Klar war, daß die junge Sowjetmacht nur überleben konnte, wenn sie es verstand, sich den Zugriff auf alle Ressourcen des Landes zu verschaffen — soweit dies noch zu ihrer politischen Verfügung stand. Das umfassende Nationalisierungsdekret vom August 1918, das die große und mittlere Industrie verstaatlichte, war zwar unter dem Druck der Klassenkämpfe als eine „sozialistische“ Maßnahme propagiert worden, die vielerorts nur per Dekret vollendete Tatsachen bestätigte, diente aber auch zur Erfassung der wichtigsten industriellen Produktionszentren für die Anforderungen der Front.

Die Nationalisierung des Binnenhandels im November 1918 und die Nationalisierung sogar der Kleinindustrie 1920 hatten denselben kriegswirtschaftlichen Sinn. Was daraus entstand, war eine hochbürokratisierte Kriegswirtschaft, in der die Probleme der Steuerung und des Einsatzes der knappen Mittel aber erstaunlich gut gelöst wurden. Organe wie der Rat für Verteidigung und die Außerordentliche Kommission zur Versorgung der Roten Armee besaßen über alle anderen Verwaltungsstellen des Obersten Volkswirtschaftsrates — dem zentralen wirtschaftlichen Lenkungsorgan — den absoluten, diktatorischen Zugriff auf alle kriegswichtigen Bereiche der Produktion. Bei besonderen Engpässen oder in aktuell kriegsentscheidenden Bereichen wurden Hauptkomitees (Glavki) mit diktatorischen Vollmachten gebildet. Der sog. Glavkismus wird im Sprachgebrauch der nächsten Jahre zum Synonym für Bürokratismus und militarisierete Kommandowirtschaft.

In diesem System der Kriegswirtschaft konnten natürlich kaum demokratische Nischen der Selbstverwaltung bestehen bleiben. Wenn sie wie die Kollegialverwaltung nicht (nach harten in Partei und Gewerkschaft geführten Auseinandersetzungen) zugunsten der Einzeileitung verschwanden, wurden sie wie die Fabrikkomitees in den zentralen Gewerkschaftsapparat integriert.

Die auftauchenden Probleme, geeignetes Personal für die Leitung der verstaatlichten Industrie zu finden, wurde rasch nach dem Muster des Aufbaus der Roten Armee gelöst. Wie bei der Rekrutierung zaristischer Offiziere mußten scharenweise bürgerliche Spezialisten, auch ehemalige Fabrikbesitzer, in den Lenkungsapparat gezogen werden. „... an der Spitze vieler Zentren und Glavki sitzen ehemalige Unternehmer und verantwortliche Angestellte und Geschäftsleute, und der unvorbereitete Besucher dieser Zentren und Glavki, der persönlich mit der früheren kommerziellen und industriellen Welt vertraut ist, würde überrascht sein, die ehemaligen Eigentümer großer Lederfabriken ...“ wiederzusehen, berichtet Gins, ein „weißer“ Professor im Sommer 1919. Mit der Nationalisierung des Binnenhandels oblag dem Volkskommissariat für Ernährungswesen, dessen Organe auch für die Getreiderequirierungen bei den Bauern zuständig waren, Erfassung und Verteilung aller Erzeugnisse des persönlichen Bedarfs. Die Verteilung von Lebensmitteln erfolgte vor allem über das weitverzweigte Genossenschaftswesen, in dem große Teile der Bevölkerung organisiert waren. Die Verteilung erfolgte zuerst noch gegen Geld, ab Ende 1919 fast nur noch unentgeltlich und nach festen Berufsnormen: Schwerarbeiter, die übrigen Werktätigen und Vertreter der ehemals herrschenden Klasse erhielten Rationen im Verhältnis von 4:3:1.

Die Naturalwirtschaft dehnte sich parallel zum fortlaufenden Prozeß der Geldentwertung auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens aus. Da infolge der galoppierenden Inflation auch die Löhne bald in Naturalien ausgezahlt wurden und der blühende Schwarzmarkt schon längst nur noch den Naturaltausch praktizierte, konnte die Illusion entstehen, hier den ersten Schritt zum Kommunismus zu vollziehen. „Wir bewegen uns hin zur völligen Abschaffung des Geldes. Wir zahlen Löhne in Naturalien, wir führen freie Straßenbahnfahrten ein, wir haben freien Schulunterricht, freie (obwohl gegenwärtig schlechte) Mittagessen, freies Wohnen, Licht etc.“ konstatiert Sinowjew 1919.

Der Staat übernimmt alle Produktions- und Distributionsfunktionen und es gelingt ihm so, zumindest die allerdingendsten Bedürfnisse der Armee und der Bevölkerung zu befriedigen, sich im Kampf gegen eine Übermacht von Gegnern zu behaupten. Dennoch sterben in dieser Periode zahllose Menschen an Hunger und Kälte, weil vor allem 1919 durch den Bürgerkrieg die Sowjetmacht von allen wichtigen Rohstoffquellen abgeschnitten ist. Der Außenhandel verschwindet völlig, die Industrie, soweit sie noch produziert, besitzt weder genügend Rohstoffe noch Brennstoffe, um mehr als die minimalste Versorgung der Armee noch zu gewährleisten.

Die unzureichende Ernährung zwingt die Arbeiter zum Diebstahl aus den eigenen Fabriken. Der Naturallohn deckt nicht einmal das Existenzminimum, der Geldanteil am Lohn ist wertlos. Wer nichts mehr zu tauschen hat, entwendet Werkzeuge, Brennstoffe, um sie auf dem Schwarzmarkt zu tauschen. Als der Bürgerkrieg 1920 beendet ist, steht das Land am Abgrund.

Die Kohleproduktion des Landes beträgt kaum mehr als 1/4 der Produktion des Jahres 1913, die Eisenerzproduktion ist auf 1 Prozent und die Produktion der metallverarbeitenden Industrie auf 8,7 Prozent der Produktion von 1913 zurückgegangen. Im Herbst 1920 ist die Bevölkerung von 40 Provinzstädten seit 1917 um 33 Prozent gesunken, Petrograd zählt nur noch 57,5 Prozent und Moskau nur noch 44,5 Prozent seiner Einwohner von 1917. Die Industriearbeiterschaft, das Rückgrat des Sowjetstaates, beträgt 1920/21 nur noch ca. 40 Prozent ihrer Anzahl des Jahres 1917. „Das Proletariat aber ist deklassiert, d.h. aus seinem Klassegeleise geworfen. Die Fabriken und Werke stehen still — das Proletariat ist geschwächt, zersplittert, entkräftet“, schreibt Lenin 1921. Die bewußtesten Arbeiter sind im Bürgerkrieg gefallen oder haben verantwortliche Stellen in der Verwaltung, der Armee, der Partei oder der Wirtschaftsleitung angenommen. Die sowieso geringe Zahl von Arbeitern in einem Meer von bäuerlicher und kleinbürgerlicher Bevölkerung hat kraft ihres Bewußtseins, ihrer Organisation und ihres Initiativreichtums einen neuen Typ von Staat geschaffen, in einem dreijährigen Bürgerkrieg diesen neuen Staat verteidigt. Nun findet sie sich entkräftet und dezimiert vor der Aufgabe des wirtschaftlichen Wiederaufbaus.

Die Beziehungen zwischen Partei und Arbeiterklasse nach dem Bürgerkrieg sind gespannt. Die miserable Versorgung, der Hunger und die Kälte, die Erstarrung des demokratischen Lebens bewegen viele Arbeiter zu einer Abkehr, ja zur Feindseligkeit gegenüber der Partei, der sie vom Oktober 1917 bis zum Ende des Bürgerkrieges gefolgt sind. Dennoch ist in der Periode des Kriegskommunismus der Gedanke an erste Schritte des sozialistischen Aufbaus in den Maßnahmen zur Organisation der Notstandswirtschaft stets präsent, wird trotz der gewaltigen Stra-

pazen und Anspannungen der Blick auf die Zeit nach Kriegsende gelenkt. „Die Nationalisierung des wirtschaftlichen Lebens ... wurde zur vollendeten Tatsache“, betont Trotzki 1919. „Von dieser Tatsache gibt es kein Zurück mehr, weder zur freien Konkurrenz noch zur Domäne der Trusts, Syndikate und anderer ökonomischer Zusammenschlüsse. Die einzige Frage ist die, wer

hernach der Geburtshelfer der nationalen Produktion sein wird: der imperialistische Staat oder der Staat des siegreichen Proletariats.“

Der Wiederaufbau der Wirtschaft sollte planmäßig erfolgen, nachdem nun einmal der Staat die Funktionen der Wirtschaftslenkung übernommen hatte, das juristische Privateigentum an



Wladimir Majakowski

DAMIT UNS DER HUNGER NICHT AUF DIE FRIEDHÖFE BRINGT, BRAUCHT UNSERE LANDWIRTSCHAFT DRINGEND ACKERGERÄTE

1. Sammelt Metall, hunderttausend Pud!
2. Ackergeräte bekommt ihr, wenn ihr das tut!
3. Rostiges Eisen, sei es in Platten, in Stangen, in Ringen,
4. müßt ihr in unsere Sammelstellen umgehend bringen!
5. Findet im Unkraut ihr eine Spiralfeder mal,
6. bringt sie uns her! Es gibt keinen besseren Stahl!
7. Damit das Korn auf jedem Acker gedeiht,
8. brauchen wir brauchbares Gußeisen heute!
9. Damit wir dem Hunger schleunigst umdrehn das Genick,
10. bringt Blei und Zinn, wo immer ihr findet ein Stück!
11. Doch all das nur dann, wenn die tägliche Arbeit getan!
12. Schafft auch jeden Meter Eisen- und Stahldraht heran!

Wladimir Majakowski, Damit uns der Hunger nicht auf die Friedhöfe bringt, Moskau 1921

den Produktionsmitteln in der Industrie beseitigt war. Die großen Zerstörungen boten ja gerade die Möglichkeit, sofort nach Kriegsende modernste Technologie einzuführen und so bestimmte Entwicklungsstufen zu überspringen. Schlüsselglied zur Erreichung dieser Ziele sollte die Elektrifizierung des Landes sein. Die Elektrifizierung quasi als technisches Gegenstück zu einer neuen Form der Vergesellschaftung der Produktion.

Im Februar 1920 wurde die staatliche Kommission für die Elektrifizierung Rußlands (GOELRO) gegründet, die Ende 1920, auf dem VIII. Sowjetkongreß, also nach Abschluß des Krieges, ein langfristiges Programm vorlegte. Dieses Programm bringt Lenin auf die griffige Formel: „Kommunismus — das ist die Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes.“ Trotz Opposition setzte Lenin auch die Politik der Vergabe von Konzessionen an westliches Kapital zur Finanzierung dieses Plans durch. Im Verlauf von 10-15 Jahren sollte sich die Industrieproduktion gegenüber 1913 verdoppeln, dreißig große elektrische Überlandzentralen errichtet werden und 20-30.000 km Eisenbahnlinien gebaut werden. Zugleich sah der GOELRO-Plan vor, die Bauern an „immer höhere Typen der Vergesellschaftung der landwirtschaftlichen Arbeit und an ein hohes Niveau der landwirtschaftlichen Technik heranzuführen.“

Weitere Beschlüsse des VIII. Sowjetkongresses betrafen unmittelbare Verbesserungen für die Bevölkerung im Jahr 1921: Demobilisierung der Armee, bessere Versorgung mit Konsumgütern und Wiederherstellung der Sowjetdemokratie. Sinowjew erklärt voller Optimismus: „Wenn man uns fragt, was wir unter Arbeiter- und Bauerndemokratie verstehen, so antworte ich, nichts anderes als das, was wir 1917 darunter verstanden haben. Wir müssen die Wählbarkeit durch die Arbeiter- und Bauerndemokratie wiederherstellen. Wir müssen erkennen, daß eine neue Zeit neue Lieder braucht, daß, wenn wir auf die elementaren Rechte der Arbeiter und Bauern verzichtet haben, wir dem nunmehr ein Ende machen müssen. Erinnern wir uns der vergessenen Worte des Genossen Lenin, der uns aufgerufen hat, die Arbeiter als vollwertig zu nehmen und zu ihrer Entscheidung die kompliziertesten und schwierigsten Fragen zu überlassen. Wir müssen diese Worte zur Tat werden lassen ...“

Die Hoffnung soll sich nicht erfüllen. Kurz nach dem Kongreß folgt statt der erhofften wirtschaftlichen Erholung ein jäher Rückschlag. Der strenge Winter und verschärfter Brennstoffmangel bringen den Transport von Lebensmitteln und Heizmaterial in die Städte fast zum Erliegen. Unruhen breiten sich aus, die Massen wollen nach dem Ende des Krieges die Fortführung der wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen und die fehlende Demokratie als Konzession an die schwierige Lage nicht mehr hinnehmen. Zu weit klaffen Realität und Wünsche der Partei auseinander. Bis hart an den Bruch zwischen Partei und Klasse pflegt die Partei noch die Illusion, die Arbeiter würden sich noch eine Zeitlang allein mit dem Versprechen auf baldige Besserung zufriedengeben.

Bauernaufstände und die Matrosenrevolte von Kronstadt, sowie eine wachsende Feindschaft der Arbeiter gegenüber den Bolschewiki zwingen diese zur politischen Kehrtwende. Auf dem X. Parteitag im März 1921 wird die Wende zur Neuen Ökonomischen Politik beschlossen. Der Prozeß der politischen Kehrtwende verläuft keineswegs widerspruchsflos. Bevor sie in Kraft tritt, leistet sich die Partei einen fast dreimonatigen öffentlichen Diskussionsprozeß über die Fragen der Demokratie, der Arbeiterkontrolle, der Einschätzung der kriegskommunistischen Erfahrungen, des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und vor allem seiner Methoden. Alles dies symptomatisch konzentriert auf die Frage nach den Aufgaben und der Rolle der Gewerkschaften im Sowjetstaat. Die Geschichte der Gewerkschaften im Sowjetstaat ist auch gleichzeitig ein Teil des Verhältnisses zwischen Staat, Partei und Arbeiterklasse seit 1917.

Die Gewerkschaftsdiskussion hat ihren Ursprung zu Beginn des Jahres 1920. Noch ist der Bürgerkrieg nicht beendet. Das Eisenbahnwesen droht zusammenzubrechen, weil Brennstoffe



„Iljitschs Lampe“ — die erste Glühlampe in einem sibirischen Dorf 1928 („Kommunismus = Sowjets + Elektrifizierung“)

knapp sind und Hunger und Erschöpfung die Arbeitsdisziplin aushöhlen. Trotzki wird mit seiner Reorganisierung beauftragt. Er greift mit rigorosen Mitteln durch, militarisiert die Arbeit, ersetzt das zuständige Gewerkschaftskomitee — dem der Zusammenbruch der Arbeitsdisziplin angelastet wird — durch ein ihm gefügiges Leitungsorgan. Trotz des Widerstandes des Gewerkschaftskomitees stellt sich der Erfolg bald ein.

Im November 1920 beginnt der Krach auf einer Gewerkschaftskonferenz in Moskau. Trotzki geißelt die Gewerkschaften als unfähig, ihre Rolle als Instrument zur Aufrechterhaltung der Arbeitsdisziplin zu erfüllen. Stattdessen leisteten sie unverantwortlichen Widerstand gegen die Maßnahmen des Arbeiterstaates: gegen die Militarisierung der Arbeit, die Ein- und Ersetzung der Gewerkschaftsfunktionäre von oben. Er fordert, und sein Erfolg bei der Reorganisation der Eisenbahnen bestätigt ihn hierin, die Ersetzung „unverantwortlicher“ Agitatoren durch produktionsbewußte Gewerkschafter und legt die Empfehlung nahe, hier dieselben Methoden wie bei der Reorganisation der Eisenbahnen im Frühjahr anzuwenden. Er veröffentlicht eine Broschüre zu „Rolle und Aufgaben der Gewerkschaften“, worin er feststellt: Da der Sowjetstaat ein Arbeiterstaat sei, hätten sich auch die Aufgaben der Gewerkschaften verändert: „Der Gewerkschafter soll sich nicht als Anwalt der Nöte und Bedürfnisse der Arbeiter fühlen, sondern als Organisator der Werktätigen, bestimmt, die Produktion auf eine immer höhere technische Basis zu führen.“ Die Gewerkschaften aber hätten den alten Trade-Unionismus bewahrt, als Schutz- und Verteidigungsorgane der Arbeiter — gegen den Arbeiterstaat. Diesen „Konservatismus“ will Trotzki durch die beschleunigte Verstaatlichung der Gewerkschaften brechen, d.h. durch ihre Umwandlung in Wirtschaftsorgane zur Lenkung und Organisation der lebendigen Arbeit in Verbindung mit den übrigen Wirtschaftsorganen.

Er stößt mit dieser Sichtweise jetzt, d.h. nach Ende des Bürgerkrieges auf heftige Opposition im ZK der Partei von Seiten Lenins, Sinowjews und des Gewerkschaftsführers Tomski. „Denn die Politik des ‚Durchrüttelns‘, selbst wenn sie teilweise durch die ‚neuen Aufgaben und Methoden‘ (These 12 bei Trotzki) gerechtfertigt wäre, ist im gegenwärtigen Moment und unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine völlig unzulässige Politik ...“, entgegnet ihm Lenin. Die Notstandspolitik des Bürgerkrieges ist für ihn nicht mehr praktikabel, das bürokratische Kommandieren, das System von Zwang und Militarisierung der Massen nicht mehr anwendbar. „Wir müssen um jeden Preis zuerst überzeugen und dann erst Zwang anwenden. Sie haben es nicht verstanden, die breiten Massen zu überzeugen und haben das richtige Verhältnis zwischen der Vorhut und den Massen gestört.“ Eine weitere Spitze gegen Trotzki ist auf dessen Postulat von der

Identität zwischen Sowjetstaat und Klasseninteresse der Arbeiter gerichtet: „Unser heutiger Staat ist derart beschaffen, daß das in seiner Gesamtheit organisierte Proletariat sich schützen muß.“

Genau diese Einschätzung des Sowjetstaates führt ihn dazu, die von Trotzki so favorisierte beschleunigte Verstaatlichung der Gewerkschaften vehement abzulehnen. Lenin wiederholt in diesen Zusammenhängen stets sein Konzept der Gewerkschaften als der „Schule des Kommunismus“. Das ist die langsame, auf Überzeugungsarbeit fußende Einbeziehung der Massen in den Mechanismus der Wirtschaftslenkung. Das Ziel: die Gewerkschaften müssen dahin gelangen, die Leitung der gesamten Wirtschaft zu übernehmen. Was Trotzki im Gewaltakt durch mehr oder weniger bewährte Methoden aus dem Kriegskommunismus erreichen will, sieht Lenin als langsame, schrittweise Erziehung der Massen und ihre Schulung durch die Gewerkschaften.

Im Laufe der Auseinandersetzung schließt Bucharin sich Trotzki an. Bucharin hat zuvor noch mit einer sogen. „Pufferplattform“ vergebens sich bemüht, zwischen den Kontrahenten Lenin und Trotzki zu vermitteln. Unter dem Einfluß Bucharins ist Trotzki bereit, seine ursprünglichen Positionen etwas abzuschwächen. Auf dem X. Parteitag, der über die zukünftige Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften im Sowjetstaat entscheiden soll, treten beide mit einem gemeinsamen Resolutionsentwurf auf.

Als eine dritte wichtige Fraktion tritt die Arbeiteropposition in die Gewerkschaftsdiskussion ein. Die Arbeiteropposition, die sich zum Sprachrohr der in der Arbeiterschaft vorhandenen Ursachen machte, besaß 1920/21 einen beachtlichen Einfluß v.a. im Südosten des europäischen Rußland. Bis zum X. Parteitag im März 1921 war ihr Einfluß allerdings stark zurückgegangen. Deshalb, aber auch wegen der administrativen Vorbereitung des Parteitags war sie auf diesem dann personell nur noch schwach vertreten.

Auf dem 8. Sowjetkongreß im Dezember 1920 hatte Sliapnikow das Programm der Arbeiteropposition vorgestellt. Seine Thesen knüpften — genauso wie ein späterer Aufsatz von Kollontai, an den Punkt 5 des Parteiprogramms von 1919 an, wo gefordert wird, die Gewerkschaften sollten die gesamte Leitung der ganzen Volkswirtschaft in ihren Händen vereinigen. Demgegenüber stellte Sliapnikow einen Funktionsverlust der Gewerkschaften fest. Die Schmälerung der Aufgaben der Gewerkschaften durch die Partei sei eine Erscheinung bürgerlicher Klassenfeindschaft gegenüber dem Proletariat.

Im wesentlichen stellte die Arbeiteropposition die Forderung, daß die Leitung der Volkswirtschaft den Gewerkschaften übertragen wird. Denn nur die Arbeiterklasse könne neue Methoden der Produktion finden, worauf es jetzt besonders ankomme, und nicht etwa die bürokratisierten Verwaltungsapparate, die von bürgerlichen Spezialisten durchsetzt sind. Auf Fabrikebene müßten die Betriebskomitees die führende Rolle, die sie zu Beginn der Revolution einnahmen, zurückbekommen, im Unterschied zu damals allerdings als unterste Organe der Gewerkschaften. Das Programm gipfelte in der Forderung, daß ein allrussischer Produzentenkongreß einberufen werden soll, der das zentrale Organ zur Leitung der gesamten Volkswirtschaft wählt. Auf unterster Ebene, in der Fabrik, sollten Arbeiter und Angestellte das Arbeiterkomitee wählen, das betriebliche Leitungsorgan. D.h. die Arbeiteropposition wendet sich ganz klar gegen die Einmannleitung.

Als unerläßliche Voraussetzung für den Aufschwung der Volkswirtschaft sieht die Arbeiteropposition die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter. Deshalb fordert sie einen Übergang zum Naturallohn, d.h. Gratis-Versorgung mit Lebensmitteln, Abschaffung der Bezahlung für Bäder, Straßenbahnen, Theater, Heizung und Licht sowie der Wohnungsmiete und vieles andere mehr.

Als Sprecher der Parteimehrheit kritisierte Sinowjew v.a. die Forderung nach einem Produzentenkongreß, der die Leitung der Wirtschaft wählen soll: „Auf diesem Produzentenkongreß, den

ihr in diesem großartig geeigneten Augenblick einberufen wollt (das ist eine Anspielung auf den gerade stattfindenden Kronstädter Aufstand — d. Vf.), wird die Mehrheit aus Leuten bestehen, die nicht der Partei angehören. Ein Gutteil unter ihnen werden Sozialrevolutionäre und Menschewiki sein. Sollen wir ihnen alles überlassen? Wem ist nicht klar, daß, wenn man die Frage so stellt, das bedeuten würde, den Kopf der gesamten proletarischen Bewegung aufs Spiel zu setzen?“

Das Abstimmungsergebnis zu den drei Plattformen auf diesem Parteitag, die eindeutige Ablehnung sowohl der Plattform der Arbeiteropposition wie auch die von Trotzki/Bucharin ist sicher auch Resultat der Bedrohung durch den Aufstand von Kronstadt. Der Antrag der Arbeiteropposition erhielt nur 18 und der „Antrag der Acht“ von Trotzki/Bucharin u.a. erhielt nur 50 Stimmen. Der „Antrag der 10“ erhielt dagegen 336 Stimmen.

Angesichts der Krise der Partei wurde auf diesem Parteitag eine „Resolution zur Einheit der Partei“ verabschiedet, die u.a. Fraktionsbildungen verbietet. Der X. Parteitag war der letzte, der in der Öffentlichkeit vorbereitet wurde auf der Grundlage von fraktionellen Plattformen.

Zur Bedeutung der Gewerkschaftsdiskussion

Daß der Unwille der Massen auch voll in die Partei hineindriftet, sich hier artikuliert, daß die Auseinandersetzung um die Gewerkschaften gar vor der breiten internationalen Öffentlichkeit ausgetragen wird — das ist allerdings ein Symptom für den Charakter der bolschewistischen Partei 1920/21. Die innerparteiliche Demokratie lebt noch, die politische Kehrtwende der NEP wird nicht hinter verschlossenen Türen im ZK auf administrative Weise im kleinen Kreis beschlossen, sondern offen und demokratisch.

Die Diskussion um „Rolle und Aufgaben der Gewerkschaften“ sprengt bald ihren engen Rahmen. Sie weitet sich aus zu einer Diskussion um Methoden der Massenpolitik angesichts des bevorstehenden friedlichen Wiederaufbaus. Zur Debatte steht das Verhältnis der Massenorganisationen zur Partei, der Charakter des Staatsapparates, die Rolle der Demokratie und vor allem: Einschätzung des Werts der kriegskommunistischen Politik für den friedlichen Wiederaufbau.

Trotzki, bevor sich Bucharin ihm anschließt, preist seine Politik als Volkskommissar für Verteidigung bei der Reorganisation des Eisenbahnwesens als Modell des Sozialistischen Wiederaufbaus: Bestandteile der Militarisierung der Arbeit sollen noch lange erhalten bleiben, Reduzierung der Gewerkschaften zum Organ der Wirtschaftsverwaltung, rigorose Unterordnung der Fragen der Demokratie unter die Erfordernisse der wirtschaftlichen Effizienz.

Die von ihm postulierte „Krise“ der Gewerkschaften meint vor allem deren Konservatismus. Konservatismus meint hier das Selbstverständnis der Gewerkschaften, Ausdrucksorgan für die Nöte und Bedürfnisse der Arbeiter zu sein und diesen notfalls auch mit Widerstand gegen die staatliche Politik Geltung zu verschaffen. Da für Trotzki der Arbeiterstaat quasi per se Ausdruck der objektiven proletarischen Klasseninteressen ist, kann ein solches Selbstverständnis nur rückwärts gewandt sein. Die Gewerkschaften sind in ihrer aus dem Kapitalismus angestammten Rolle stehengeblieben. Stattdessen sollen sie Organe der Selbstdisziplin der Arbeiterklasse sein. Und diese Selbstdisziplin kann nur die Produktionsdisziplin sein.

In der ersten Zeit nach der Revolution waren die Gewerkschaften geprägt durch Auseinandersetzungen über ihre Rolle unter der Diktatur des Proletariats, so auch der 1. allrussische Gewerkschaftskongreß im Januar 1918. Für Menschewiki und Sozialrevolutionäre war die Revolution eine bürgerliche. Die Gewerkschaften mußten demnach die gleiche Rolle spielen wie in anderen bürgerlichen Staaten, mußten z.B. ihre Unabhängigkeit von der Regierung bewahren, um Schutz für die Interessen der Arbeiterklasse bieten zu können.



„Wir verlangen: Schutz vor Fliegen, trockene, saubere Windeln, Muttermilch, frische Luft und Sonnenlicht, gesunde Eltern.“
Zeitgenössisches Plakat

Demgegenüber plädierten die Bolschewiki für eine Unterstützung der Sowjetmacht und der sozialistischen Revolution. In diesem Sinne forderte Sinowjew als Delegierter des ZK der KPR eine baldige Verstaatlichung der Gewerkschaften, d.h. eine Umwandlung der Gewerkschaften in Organe des Staates. Aber auch bolschewistische Gewerkschaftern war dafür der Sozialismus nicht weit genug entwickelt, ganz zu schweigen von den Menschewiki, die hier auf die „Unabhängigkeit“ der Gewerkschaften pochten. Der Kongreß verwarf die Vorstellungen der Menschewiki als bürgerliche Ideologie und sprach sich für eine längerfristige Verstaatlichung „im Prozeß der sozialistischen Entwicklung“ aus. Durch die Kooperation mit der Sowjetmacht würden die Gewerkschaften quasi automatisch verstaatlicht werden.

Bei einem weiteren Auseinandersetzungspunkt, der Frage des Streiks, konnte sich der Kongreß zu keiner klaren Stellungnahme durchringen. Ein von einem bekannten bolschewistischen Gewerkschafter eingebrachter Antrag, der sich für Streiks aussprach, da bisher nur ein kleiner Teil der Industrie verstaatlicht sei, wurde abgelehnt. Letztlich wies der Kongreß den Gewerkschaften die wesentlichen Aufgaben beim wirtschaftlichen Aufbau zu. Er beschloß, das Schwergewicht der Gewerkschaften auf das organisatorisch-wirtschaftliche Gebiet zu verlagern, die Gewerkschaften müßten die Hauptlast bei der Organisation der Produktion und der Wiedererrichtung der zerschlagenen Produktivkräfte des Landes übernehmen. „Ihre vordringlichen Aufgaben bestehen darin, in allen zentralen Organen, die sich der Regulierung der Produktion gewidmet haben, in den Organisationen der Arbeiterkontrolle, bei Registrierung und Neuverteilung von Arbeitskraft, bei der Organisation des Austauschs zwischen Stadt und Land, aktiv teilzunehmen; weiterhin besonders aktiv mitzuwirken bei der Demobilisierung der Industrie (d.h. der Umstellung der Kriegs- auf Friedenswirtschaft), am Kampf gegen Sabotage, an der Stärkung der allgemeinen Arbeitsbereitschaft usw.“ Gemeinsam mit den Betriebskomitees bildeten die Gewerkschaften die Organe der Arbeiterkontrolle, wobei sich der Kongreß für eine Unterordnung der oft betriebsbornierten Komitees unter die Gewerkschaften aussprach — ein Prozeß, der sich bis 1919 hinzog.

Mit Ausbruch des Bürgerkriegs wuchsen den Gewerkschaften völlig neue Aufgaben zu: da keine Regierungsorganisation bestand, die Registrierung und Mobilisierung der Arbeitskräfte sowie die Rekrutierung für die Rote Armee und deren Versorgung sichern konnte, übernahmen die Gewerkschaften diese Aufgaben, sie verwandelten sich in Bürgerkriegsorgane (so beriefen die Gewerkschaften im Lauf des Bürgerkriegs 50% ihrer Mitglieder ein und bewaffneten sie — ca. 2 Millionen Menschen).

Aufgrund der gewachsenen Praxis legte der 2. allrussische Gewerkschaftskongreß im Januar 1919 mehr Gewicht auf die staatlichen Funktionen der Gewerkschaften. Er bestätigte die Vereinbarungen, wonach sie zu Rekrutierungsbüros, Nachschubdiensten, Straforganen etc. geworden waren. Der Gewerk-

schaftsvorsitzende, der Bolschewik Tomski, lehnte Streiks ab angesichts der Tatsache, daß die Gewerkschaften Löhne und Arbeitsbedingungen regulierten, daß die Wahl des Volkskommissars für Arbeit von den Gewerkschaften abhing etc.

Lenin plädierte für eine Verstaatlichung der Gewerkschaften. Staat und Gewerkschaft sollten zusammenwachsen, das sollte aber nicht quasi im Staatsstreik vor sich gehen. Die Verstaatlichung wurde also auch auf diesem Kongreß bekräftigt, die Abschlußresolution zu diesem Punkt war allerdings kaum konkreter als auf dem 1. Kongreß im Jahr davor. Unklar war v.a. die Gewichtung: sollten die Gewerkschaften den Staat vereinnehmen oder umgekehrt? Dieser Konflikt hatte einen praktischen Hintergrund: Der Apparat des obersten Volkswirtschaftsrats, der mit seinen Hauptverwaltungen, den Glavki, die nationalen Industrien kontrollierte, war in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften gebildet worden. Aber schon bald gerieten Gewerkschaften und Oberster Volkswirtschaftsrat in Konflikt in der Frage der Leitung der Industrie, der Volkswirtschaftsrat sah die Gewerkschaften als Hilfsorgane an, etliche Gewerkschafter meinten dagegen, die tatsächliche Leitung der Industrie sei Domäne der Gewerkschaften. Verstärkt wurde dieser Konflikt dadurch, daß der Volkswirtschaftsrat immer mehr bürgerliche Spezialisten und Wirtschaftsverwalter der alten Apparate einsetzte.

Der VIII. Parteitag der KPR im März 1919 definierte die Rolle der Gewerkschaften. U.a. sollte „der organisatorische Apparat der sozialisierten Industrie in erster Linie auf den Gewerkschaften fußen“. Die Gewerkschaften sollten „am Ende wirklich die gesamte Verwaltung der ganzen nationalisierten Wirtschaft in ihren Händen vereinigen“. (Auf diesen Punkt beriefen sich dann in der Folgezeit diejenigen Gruppen, die eine wirtschaftliche Dominanz der Gewerkschaften im Sowjetstaat befürworteten.)

Weiter definierte der VIII. Parteitag als Aufgaben der Gewerkschaften

- Beteiligung bei Einstellungen und Entlassungen
- Beteiligung bei der Regulierung der Löhne
- Arbeitskräfteverteilung gemeinsam mit staatlichen Organen
- Sorge für Disziplin unter den Arbeitern
- Die Gewerkschaften sollten den Arbeitern die Notwendigkeit klarmachen, mit bürgerlichen Technikern und Experten zusammenzuarbeiten und von ihnen zu lernen.

Trotz dieser Aufgabendefinition kam es zu Überschneidungen mit zahlreichen Sowjetorganen, was zu weiteren Auseinandersetzungen führte.

In der Praxis des Kriegskommunismus allerdings mußten die Gewerkschaften im Gegensatz zur Aufgabenbestimmung einen Funktionsverlust hinnehmen. Nicht nur, daß staatliche Organe wie das Volkskommissariat für Staatskontrolle die Kontrollfunktionen über die Betriebe übernahm, was nach längeren Auseinandersetzungen im Februar 1919 zur Auflösung der Arbeiterkontrolle führte. Auch Rekrutierungsaufgaben u.ä. wurden zeitweise durch außerordentliche Bürgerkriegsorgane übernommen.

Der IX. Parteitag der KPR und der 3. allrussische Gewerkschaftskongreß im März/April 1920 standen schon im Zeichen eines baldigen Endes des Bürgerkriegs. Die Frage stand an, inwieweit die Maßnahmen des Kriegskommunismus auch in Friedenszeiten für den wirtschaftlichen Aufbau genutzt werden würden. Der IX. Parteitag schrieb insgesamt auf wirtschaftlichem Gebiet das System des Kriegskommunismus fort, was bedeutete: Registrierung aller verfügbaren Arbeitskräfte und aller Güter, Sozialisierung alles industriellen Eigentums, Verbot von privatem Handel, Zwangsverteilung der Arbeitskräfte, strenge Rationierung von Verbrauchsgütern, Lohnzahlung in Form von Waren und Requirierung landwirtschaftlicher Produkte von den Bauern.

Zur Diskussion stand weiterhin die Einführung der Einzelleitung in der Industrie und die weitere Militarisierung der Arbeit und Bildung von Arbeitsarmeen. Beide Maßnahmen stießen auf entschiedenen Widerstand aus den Gewerkschaften. Die tatsächliche Verwirklichung der Einzelleitung konnte somit erst im Jahr 1922 vollendet werden. Eine vom Parteitag angenommene Re-

solution billigte als Kompromiß den Gewerkschaften einen starken Einfluß auf die Ernennung von Industriedirektoren zu.

Der andere Konfliktpunkt, die Militarisierung der Arbeit und Bildung von Arbeitsarmeen war ein noch grundlegender Streitpunkt. Zum Zeitpunkt des IX. Parteitags hatte Trotzki Konzept der Arbeitsarmeen noch die Unterstützung der Mehrheit der Parteiführung. Es entstand schrittweise mit der Demobilisierung der Roten Armee und sah vor, die Truppen nicht zu demobilisieren, sondern sie unter militärischem Zwang zu wirtschaftlichen Schwerpunktaufgaben einzusetzen. Auch auf dem gleichzeitig stattfindenden 3. allrussischen Gewerkschaftskongreß verteidigte Trotzki die Militarisierung der Arbeit und meinte, die Aufgaben der Gewerkschaften bestünden v.a. darin, die Arbeiter zu disziplinieren, ihre Leistungsfähigkeit zu erhöhen und sie an der Leitung und Organisation der Industrie zu interessieren, statt ihre Forderungen nach höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen zu verteidigen. Nicht nur von Seiten der Menschewiki gab es heftige Proteste. Auch für die Mehrheit der bolschewistischen Gewerkschafter war klar, daß eine hohe Produktivität nur mit freier Arbeit erreicht werden kann, die Militarisierung würde nur das Gegenteil erreichen.

Schon vor dem IX. Parteitag hatte es von Seiten der Gewerkschaften Bestrebungen gegeben, eine höhere Unabhängigkeit gegenüber der KPR zu erreichen. So nahm der gesamt-russische Zentralrat der Gewerkschaften im März 1920 eine Resolution an, wonach alle in der Gewerkschaft organisierten Parteimitglieder dem gesamt-russischen Zentralrat der Gewerkschaften untergeordnet werden sollten anstatt dem bolschewistischen ZK. Das wurde von der KPR schroff abgelehnt, das auf der Unterordnung aller Parteimitglieder unter das ZK der KPR bestand, wie es das Statut vorsah.

Mehrere bolschewistische Gewerkschafter forderten auf dem IX. Parteitag eine größere Unabhängigkeit der Gewerkschaften: Slijanikow, Vorsitzender der Metallarbeitergewerkschaft, forderte eine dreifache Gewaltenteilung zwischen Partei, Sowjets und Gewerkschaften und damit eine jeweilige Selbständigkeit bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Lutovinow, Mitglied des Gesamt-russischen Gewerkschaftsrats, forderte, daß nur eine Industriegewerkschaft ihren jeweiligen Industriezweig leiten könne und niemand anderes. — Lenin wandte sich entschieden gegen diese wirtschaftlichen Autonomiebestrebungen aus den Gewerkschaften.

Auf dem 3. allrussischen Gewerkschaftskongreß wandte sich Lenin diesmal gegen die Verstaatlichung der Gewerkschaften, weil sie im Widerspruch zu ihren erzieherischen Aufgaben stünde. Inzwischen sah er nämlich den Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Aufgaben in der Erziehung der Massen, v.a. auch der parteilosen Arbeiter, deren Vertrauen in die Gewerkschaften gemindert würde bei einer Verstaatlichung.

Das von ihm geforderte Verstaatlichungsmodell sagt glasklar: die traditionellen Wirtschaftsleitungsorgane wie der Oberste Volkswirtschaftsrat organisieren die Verteilung und Inangasetzung der toten Arbeit, die lebendige Arbeit wird reglementiert, organisiert und diszipliniert durch die Gewerkschaften als II. Abteilung der nationalen Wirtschaftslenkung. Ihr Zusammenwachsen mit den Organen der traditionellen Wirtschaftslenkung zu einem Staatsorgan ist in der Logik dieses Konzeptes nur sinnvoll.

Niemand möge auf den Gedanken verfallen, dieses „prästalinistische“ Politikmodell sei eine Schrulle im Charakter Trotzki. Trotzki bringt nur auf einen pointierten Nenner, was ein Großteil der Kommunisten von den zurückliegenden drei Jahren Kriegskommunismus denken. Er interpretiert diese als Modell des sozialistischen Aufbaus, wo die Militarisierung der Arbeit die gesetzmäßige Alternative zur verschwundenen Lohnarbeit ist, die Identität von Sowjetstaat und proletarischen Klasseninteressen sich durch den endgültigen Sieg im Bürgerkrieg, durch tausend Feuerproben immer wieder von neuem bestätigt hat und die Gewerkschaften mehr oder weniger erfolgreich als Staatsorgane agierten. Der Demokratismus erschien in dieser schwierigen Si-

tuation des Kampfes als nebensächlich, ja oft als hinderlich. Tatsache war ja, daß der Sieg auch ohne Demokratie zu erringen war und die Produktion ohne Demokratie — wie Trotzki am berühmten Beispiel der Eisenbahnen demonstriert hat — sogar reibungsloser funktionierte.

In diesem Sinne sind Trotzki's Gedanken ein Gesamtkonzept für die Aufgaben des friedlichen Wiederaufbaus. Und zwar in Gestalt der — um einige Exzesse abgespeckten — Fortführung des Kriegskommunismus als Modell für den sozialistischen Aufbau.

Als Trotzki seine Parole vom „Durchrütteln“ der Gewerkschaften verkündet — damit meint er die Ersetzung unliebsamer konservativer, sprich renitenter Funktionäre durch konforme Exemplare — protestiert der Gewerkschaftsführer Tomski. Bei Lenin und Sinowjew findet der im ZK Verbündete und damit auch schnell eine Mehrheit für seinen Protest. Es lohnt sich schon, etwas näher auf Lenins Eingriffe in die Debatte einzugehen. Sie beleuchten eine noch undeutliche Abkehr vom Kriegskommunismus, das Gespür für die Notwendigkeit einer neuen Massenpolitik, einer Veränderung des Verhältnisses zwischen Partei, Staat und Massen. Er formuliert kaum positive Gegenvorschläge zu Trotzki; ein Grund dafür, daß die von ihm unterzeichnete Resolution zur Gewerkschaftsfrage so merkwürdig dürr, die praktischen Maßnahmen so vorsichtig vorgebracht werden — dies im Gegensatz zur voluminösen und detailfreudigen Resolution von Trotzki und Bucharin.

Lenin weiß, wo Trotzki irrt, wo er den Realitäten des Wiederaufbaus mit schulmeisterlichem Bürokratismus begegnet — quasi von oben, von den Kommandohöhen herab. Er wirft Trotzki die Vorliebe des Apparatschiks vor, die Massen zu gähneln, ihnen zu kommandieren, eine schnelle Politik zu entwerfen, die nicht auf der „soliden Basis der Überzeugung“ (LW 32, S. 16) beruht. „Sie haben die Massen nicht zu Wort kommen lassen, haben sie die Dinge nicht erfassen und überlegen lassen, Sie haben die Partei nicht dazu kommen lassen, neue Erfahrungen zu gewinnen und schon beeilen Sie sich, übertreiben, klügeln Formeln aus, die theoretisch falsch sind.“ (ebd. S. 17) Wie eine roten Faden sieht Lenin in Trotzki's Thesen „... das Herangehen des Administrators an die Krisen der Gewerkschaftsorganisation ...“ (ebd., S. 89)

Und Lenin mißtraut dem vorgeblich „proletarischen“ Charakter des Staatsapparates, der vermeintlichen Symmetrie von staatlicher Politik und Interessen der Arbeiterklasse. Nach Trotzki, so kritisiert Lenin, „... ist der Schutz der materiellen und geistigen Interessen der Arbeiterklasse nicht Sache der Gewerkschaften im Arbeiterstaat. Das ist ein Fehler. Gen. Trotzki spricht vom ‚Arbeiterstaat‘. Mit Verlaub, das ist eine Abstraktion ... Aus unserem Parteiprogramm ... ist bereits ersichtlich, daß unser Staat ein Arbeiterstaat mit bürokratischen Auswüchsen ist ... Unser heutiger Staat ist derart beschaffen, daß das in seiner Gesamtheit organisierte Proletariat sich schützen muß, wir aber diese Arbeiterorganisationen zum Schutz der Arbeiter gegenüber ihrem Staat und zum Schutz unseres Staates durch die Arbeiter ausnutzen.“ (LW 32, S. 67)

Das Schlüsselglied in Lenins Argumentationsstrang ist das Konzept der Gewerkschaften als der „Schule des Kommunismus“. Vor dem Hintergrund des Parteiprogramms von 1919, das als Ziel darauf orientiert, daß die Gewerkschaften dahin gelangen müssen, die ganze Leitung der Wirtschaft in ihren Händen vereinigen, wird dieses Konzept als Widerspruch zu Trotzki verständlich. Trotzki meint, das Programm praktisch zu verwirklichen durch schnelle Umorganisation der Gewerkschaften zu einem Staatsapparat. Da der Staat ein Arbeiterstaat ist, ist die Verstaatlichung logischerweise die praktische Verwirklichung der Verfügung der Arbeiter über die Produktion. Die ideologische Basis Trotzki's, seine tiefe Verwurzelung in den Problemlösungsmodellen des Kriegskommunismus läßt einer Frage wie der der Stellvertreterpolitik (der Staat an Stelle der Arbeiter) kei-

nen Raum. Lenins Konzeption der Gewerkschaften als der „Schule des Kommunismus“ ist hingegen zuerst einmal eine gewisse Abkehr vom Kriegskommunismus.

Die formalistische Aneignung der Produktion durch die Arbeiter in Gestalt der Verstaatlichung führt nur tiefer in die Sackgasse des Bürokratismus. Die „Schule des Kommunismus“ ist die relative Autonomie der Gewerkschaften gegenüber dem Staat. Sie ist die praktische Selbsterziehung der Arbeiter, auch und gerade der parteilosen Arbeiter, zur Befähigung der Wirtschaftslenkung durch innergewerkschaftliche Demokratie und behutsame Einbeziehung der Gewerkschaften in die wirtschaftlichen Lenkungsorgane. Nur so ist der Anspruch des Parteiprogramms zu verwirklichen, Organ des Arbeiterstaates werden. Nur so werden also letztlich die Arbeiter selbst die Wirtschaft lenken — nicht der Staat.

In der von Lenin mitunterzeichneten Resolution der „Zehn“ zur Gewerkschaftsdiskussion heißt es, daß „jede künstliche Beschleunigung des Tempos der Verstaatlichung der Gewerkschaften ihre Rolle als Schule des Kommunismus erschweren würde“ (S. 183, Punkt 5, Ende). Dagegen liest sich unter der Rubrik „Schule des Kommunismus“, die unter dem Einfluß Bucharins in die gemeinsame Trotzki/Bucharin-Resolution eingeflossen ist: „Die Gewerkschaft soll unter dem Blickwinkel der Produktion über ihre Mitglieder Buch führen, um stets eine hinreichend vollständige und präzise Charakteristik der Produktionsleistung eines jeden Arbeiters zu haben ... Es ist notwendig, daß die Masse der Arbeiter das Bewußtsein erlangt, daß nur jene am besten

ihr Interesse schützen, die die Arbeitsproduktivität steigern, die Wirtschaft wiederbeleben ...“ (S. 9, Punkt 7,8)

Es ist wohl hinreichend deutlich, daß die Gewerkschaftsdiskussion nur exemplarisch für eine Diskussion um politische Methoden des sozialistischen Aufbaus steht. Müssen wir eine radikale Wende der Politik vollziehen oder können wir mit denselben Methoden weiterarbeiten wie bisher? Am Vorabend von Kronstadt stellt sich den Bolschewiki diese Frage brennender als je zuvor. Nicht nur der Zusammenschluß mit dem kompromißbereiten Bucharin, sondern auch die reale Bedrohung der bolschewistischen Macht durch die Unzufriedenheit der Massen in Stadt und Land, bewirken eine gewisse Tendenz zum Umdenken bei Trotzki. Die Resolution von Trotzki/Bucharin zum X. Parteitag im März 1921 ist ein schwaches Echo von Trotzki's Parolen im November 1920 — das heißt aber nicht, daß er auch nur eine Grundlage seiner Positionen revidiert hätte!

Der X. Parteitag besiegelt die Abkehr vom Kriegskommunismus. Mehr unbeabsichtigt als beabsichtigt. Die kleine Konzession der Naturalsteuer an Stelle der Zwangsrequisitionen setzt Kräfte frei, mit denen kaum ein Parteimitglied gerechnet haben dürfte. Innerhalb kürzester Zeit befindet sich die Partei wieder auf dem Boden der Verhältnisse, die sie gerade zu verlassen haben glaubte. Alle toterglaubten Geister der Vergangenheit feiern Wiederauferstehung: der Markt, das Geld, die Lohnarbeit und das Kapital. Die Illusion ihres Verschwindens durch staatlichen Zwang (der Staat als Schöpfer neuer Produktionsverhältnisse) wird in Windeseile hinweggefegt.

TSCHASTUSCHKI

Heller als des Feuers Flamme
brennt mein junges Herz für dich.
Sag mir eines nur, mein Schätzchen,
warum sabotierst du mich?

Glaubst du, daß in meinem Köpfchen
nichts als Albernheiten wären?
Warum du nicht an der Front bist,
kannst du mir das wohl erklären?

Ging durch Wiesen, ging durch Felder,
Sumpf und Wiesen Tag und Nacht.
Wollte nur ganz kurz mal schauen,
was wohl mein Feinsliebchen macht?

Es ist Krieg, Geschütze feuern
und die Unsern trifft es schwer.
Einst warst du mein liebes Schätzchen,
jetzt bist du ein Deserteur.

Auf den Höhen blüht der Schneeball
und im Tal die Margerite.
Bin so matt und bin so müde,
wärme mich, mein Liebchen, bitte!

Jahre kehren niemals wieder
und kein Fluß je rückwärts rinnt.
Soll die Kreis-Tscheka dich wärmen,
hast es dir gewiß verdient!



Text: Wladimir Woinow; Plakat: Wladimir Lebedew; Petrograd 1920

Bürokratisierung von Partei und Staat

Staatsaufbau und Bürokratiekritik in der frühen Sowjetunion

Mein Thema ist der Aufbau des sozialistischen Staates in der Sowjetunion. Hier hat sich historisch zum ersten Mal das Problem gestellt, die eroberte politische Macht auf lange Sicht zu verteidigen und ihr institutionelle Formen zu geben.

Ich will beginnen mit den Voraussetzungen, unter denen die Bolschewiki angetreten sind: ihre Vorstellungen, was für einen Staat sie aufbauen wollen, und die materiellen Verhältnisse, die sie angetroffen haben.

Der zweite Komplex (I) beschreibt den Versuch der Bolschewiki, die staatlichen Apparate in Besitz zu nehmen und neue, andersgeartete aufzubauen. Die Bürokratisierungstendenzen in diesen Apparaten wurden schon früh und sehr drastisch benannt, ohne daß die Entwicklung letztlich gestoppt wurde.

Hier wäre die kommunistische Partei gefordert gewesen. Aber auch in ihr wuchs immer mächtiger ein bürokratischer Verwaltungsapparat heran, der sich um Welten von dem revolutionären Elan von 1917 entfernt hatte.

Wie die verschiedenen linken Oppositionsströmungen die Vervollständigung der staatlichen und Parteiapparate kritisierten, welche Versuche es gab, die Entwicklung zurückzudrängen, wie auch Lenin noch ein letztes Mal versuchte, das Ruder herumzuwerfen, das wird den dritten und letzten Teil meines Vortrags ausmachen.

Die Voraussetzungen

Lenin hat 1917 ein Modell des sozialistischen Staates entworfen, als die Februarrevolution das Problem der revolutionären Macht praktisch stellte. Dieser Staat sei „schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr“, er beginnt, als Staat abzusterben.

„Die Arbeiter werden nach der Eroberung der politischen Macht den alten bürokratischen Apparat zerschlagen, ihn bis auf den Grund zerstören, von ihm nicht einen Stein auf dem anderen lassen; sie werden ihn durch einen neuen Apparat ersetzen, gebildet aus eben diesen Arbeitern und Angestellten, gegen deren Verwandlung in Bürokraten man sofort die von Marx und Engels eingehend untersuchten Maßnahmen treffen wird: 1. nicht nur Wahlbarkeit, sondern auch jederzeitige Absetzbarkeit; 2. eine den Arbeiterlohn nicht übersteigende Bezahlung; 3. sofortiger Übergang dazu, daß alle die Funktionen der Kontrolle und Aufsicht verrichten, daß alle eine Zeilang „Bürokraten“ werden, so daß daher niemand zum Bürokraten werden kann.“ (2)

Das war die eine Seite der Leninschen Staatstheorie. Alles, was im alten Staatsapparat der Unterdrückung dient, sagte Lenin, muß zerschlagen werden: Heer, Polizei, Beamtenapparat usw. und durch die Sowjets ersetzt.

Die andere Seite ist weniger beachtet worden, ist aber für das Verständnis ebenfalls sehr wichtig. Danach können ganze Bereiche der staatlichen Verwaltung vom Kapitalismus direkt übernommen werden:

„Der Kapitalismus hat Apparate der Rechnungsführung und Kontrolle in Gestalt der Banken, der Syndikate, der Post, der Konsumgenossenschaften und der Angestelltenverbände geschaffen. ... Die Großbanken sind jener ‚Staatsapparat‘, den wir für die Verwirklichung des Sozialismus brauchen und den wir vom Kapitalismus fertig übernehmen, wobei unsere Aufgabe lediglich darin besteht, das zu entfernen, was diesen ausgezeichneten Apparat kapitalistisch verunstaltet. ... Diesen ‚Staatsapparat‘

(der im Kapitalismus nicht ganz ein staatlicher Apparat ist, der aber bei uns, im Sozialismus, ganz staatlich sein wird), können wir übernehmen und mit einem Schlag, durch einen einzigen Erlass in Gang setzen“ ...“ (3)

Lenins Position hängt eng zusammen mit der Einschätzung, daß der Kapitalismus v.a. im Stadium des Imperialismus die grundlegenden ökonomischen Mechanismen für den Sozialismus bereitstellt.

Diese Sichtweise war in der zweiten Internationale entwickelt worden und war inzwischen Allgemeingut jeder sich sozialistisch nennenden Partei. Der kriegswirtschaftliche Staatskapitalismus in Deutschland erschien auf diese Weise vielen als die unmittelbare Vorstufe des Sozialismus.

Wichtig für das Herangehen an den Aufbau des sozialistischen Staates ist die Vorstellung vom Staat als einem politisch neutralen Instrument, einer Maschine, die die eine oder die andere Klasse zu ihren Zwecken einsetzen könne. Lenin hat mit dieser Vorstellung ein ganzes Stück weit gebrochen, aber eben keineswegs ganz.

Was die materiellen Voraussetzungen für den Aufbau des „sozialistischen Staates“ angeht, finde ich es sehr wichtig, daß die Unterentwicklung der Bourgeoisie in Rußland dazu geführt hat, daß der Staat wesentliche ökonomische Funktionen übernommen hatte. Das blieb nicht ohne Folgen für den Charakter der Staatsmacht unter der Sowjetherrschaft.

Auf den allgemeinen ökonomischen Entwicklungsstand und den aktuellen Zustand der Volkswirtschaft nach Jahren des Krieges und Bürgerkrieges will ich hier nicht weiter eingehen. Davon ist schon an vielen Stellen auf dem Seminar die Rede gewesen. Es soll genügen, daran zu erinnern, daß in jener Zeit 65% der russischen Bevölkerung nicht lesen und schreiben konnten — und ihm damit schon die elementaren Voraussetzungen für jede Verwaltungstätigkeit fehlten.

Die Entwicklung der staatlichen Apparate

Die Sowjets

„Alle Macht den Räten!“ war eine der zentralen Lösungen der Oktoberrevolution gewesen. Mit der Revolution ging die Macht an den Sowjetkongress über; zwischen dessen Sitzungen sollte sie durch das gesamt-russische Zentrale Exekutivkomitee des Kongresses (ZEK) ausgeübt werden.

Tatsächlich trat an dessen Stelle der Rat der Volkskommissare (Sownarkom, SNK), der als Provisorische Regierung von Bolschewiki und linken Sozialrevolutionären ausgehandelt und vom Sowjetkongress bestätigt worden war. Der Rat der Volkskommissare übte politisch die Regierungsgewalt aus und schuf sich den dazu notwendigen Apparat (meist durch Übernahme der schon bestehenden Ministerien). Gesetze wurden von ihm erlassen und durch das ZEK lediglich bestätigt. Auch der Tagungsrythmus kann diesen Verlust des gewählten Räteorgans an praktischem Einfluß demonstrieren: der Sowjetkongress tagte ab 1918 nur noch einmal jährlich, ZEK-Sitzungen fanden 1921 nur noch drei statt. Die dem Sowjetkongress verbleibenden Kompetenzen wurden zunächst vom Präsidium des ZEK und schließlich — auf Repräsentationsaufgaben beschränkt — von seinem Vorsitzenden wahrgenommen. Ab Juli 1918 unterlassen es der Vorsitzende des ZEK und des Rates der Volkskommissare, dem Kongress



Volkskommissar Stalin 1919

über die Tätigkeit dieser Organe zu berichten; vorher mußte dieser Bericht vom Kongreß diskutiert und verabschiedet werden. (4)

In den ersten Monaten der Sowjetmacht waren abseits der Zentren Petrograd und Moskau die lokalen Sowjets uneingeschränkte Herren der ihnen unterstehenden Gebiete gewesen. Sie schlossen sich zu Bezirksverbänden zusammen, die eine eigenständige, oft von der Zentralregierung unabhängige Politik machten (bis hin zu Einsetzung eigener Volkskommissare für Äußeres). (5) Der Rat der Volkskommissare, der außerhalb der Zentren über keinen eigenen Apparat verfügte, mußte daher stets bei seinen Maßnahmen nach Übereinkünften mit den jeweiligen örtlichen oder regionalen Sowjets streben.

Mit der Verschärfung der militärischen und ökonomischen Situation zogen die zentralen Behörden immer mehr Kompetenzen an sich. „Die neuen Zentralverwaltungen, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet, schufen sich ihre eigenen unteren Organe, die mit den Rechten der lokalen Sowjets zusammenstoßen“ (6), und letztere verloren mehr und mehr an Bedeutung. Innerhalb der einzelnen Sowjets auf örtlicher, Bezirks- und Provinzebene gingen die Befugnisse von den Deputiertenversammlungen auf die Exekutivkommissionen über und von da auf die Sekretäre oder Vorsitzenden. Diese stützten sich dann in ihrer täglichen Arbeit auf einen Beamtenapparat, auf den die Deputierten überhaupt keinen Einfluß mehr hatten. „Die Sowjet-Plenarversammlungen als politische Organisationen stechen oft dahin, die Leute beschäftigen sich mit rein technischen Arbeiten. ... Die allgemeinen Sowjetversammlungen finden selten statt, und wenn sich die Deputierten zusammenfinden, dann nur, um einen Bericht entgegenzunehmen, eine Rede anzuhören usw.“ (7) Über die Situation in der Provinz Tambow im Juli 1919 berichtete Podbielski, ein nationaler Kommissar: „Streng genommen gibt es hier in den meisten ländlichen Bezirken keine Sowjetregierung (das heißt Sowjets, die örtliche Regierungsfunktionen ausfüllen). Zur Zeit existieren die Sowjets in den meisten Orten nur auf dem Papier; unter dem Namen von Sowjets sieht man Kulaken

und Spekulanten arbeiten, Leute, die persönliche Ziele verfolgen oder solche ohne Charakter, die tun, was ihnen Spaß macht.“ (8)

In der Periode des Kriegskommunismus bestimmten von der Zentrale (insbesondere vom Kriegskommissariat und der Tschecha) entsandte Kommissare mit außerordentlichen Vollmachten das Bild. Ein großer Teil der autonomen Sowjets — wo sie noch arbeiteten — wurden durch weißgardistische Truppen zerschlagen und — nach der Rückeroberung dieser Gebiete durch die Rote Armee — durch von dieser eingesetzte Komitees ersetzt. (9)

Zwar gab es in der „Atempause“ zwischen dem Ausbruch aus der Umklammerung Koltshaks und Denikins im Herbst/Winter 1919 und der polnischen Intervention im April 1920 eine gewisse Renaissance der Räteorgane. (10) Diese Ansätze blieben jedoch stecken: zumal bei den örtlichen Sowjets konnte die Entfremdung der Regierungsorgane von der Masse der Bevölkerung nicht aufgehoben werden, eine wirksame Basiskontrolle kam nicht zustande. Bürokratismus und fehlende Orientierung an den Bedürfnissen der Bevölkerung bei den Sowjets und Desinteresse und Passivität der Bevölkerung gegenüber ihren eigenen Vertretungsorganen bedingten und verstärkten sich gegenseitig. Die extreme Anspannung der Kräfte im Bürgerkrieg, die Versorgungsschwierigkeiten, die für jeden einzelnen Hunger und den täglichen Kampf auf dem Schwarzmarkt mit sich brachten, die Auflösung alter Strukturen (durch Fronteinsatz, Betriebsstillegungen etc.) ließen besondere Anstrengungen zu einer Demokratisierung der Räte als Luxus erscheinen. Gerade auch die einfachen Leute hatten viel elementarere Sorgen, als sich immer wieder über Mißgriffe und Bürokratismus der staatlichen Organe zu beschweren. Und diese konnten so nicht nur die „objektiven Bedingungen“ zu ihrer Rechtfertigung anführen, sondern auch die Inaktivität der Bevölkerung, die oft dazu führte, daß einzelne, von der Zentrale entsandte Kommunisten in Personalunion eine Vielzahl von Verwaltungsfunktionen wahrzunehmen hatten, und zu einer Kontrolle des ihnen unterstellten Apparates gar nicht wirklich in der Lage waren.

Übernahme des zaristischen Beamtenapparates

In den heftigen Kritiken und Beschwerden über die Mängel der staatlichen Apparate durch Parteimitglieder wurde immer wieder hervorgehoben, daß der Bürokratismus mit der Weiterbeschäftigung der alten Beamenschaft vom Zarenreich übernommen wurde. „Wir haben den alten Staatsapparat übernommen, und das war unser Unglück. ... Tatsächlich geschieht es sehr oft, daß der Apparat hier oben, wo wir die Staatsmacht haben, einigmaßen funktioniert, während sie unten eigenmächtig schalten und walten, und zwar so, daß sie oft gegen unsere Maßnahmen arbeiten. ... Unten haben wir Hunderttausende alter, vom Zaren, aber auch von der bürgerlichen Gesellschaft übernommener Beamter, die teils bewußt, teils unbewußt gegen uns arbeiten.“ (11)

Tatsächlich hatte die Sowjetregierung von vornherein versucht, sich die bestehenden Apparate so gut es ging unterzuordnen. (Völlig neu aufgebaut wurde nur das Außenressort, die Tschecha und die Rote Armee). Die ersten massiven Boykottmaßnahmen der dort Beschäftigten, die die neuen Volkskommissare aussperrten, Akten verschwinden ließen oder einfach nicht zur Arbeit erschienen (12), gingen mit der Zeit in einen passiven Boykott über, in Schlendrian, Trägheit und „Dienst nach Vorschrift“.

Eine zeitgenössische sowjetische Quelle von 1918 „nennt eine Gesamtzahl von 6144 aus früheren Ministerien, sowie 2942 aus dem Offizierscorps oder hohen Rängen der vorrevolutionären Beamenschaft übernommene Personen, zusammen mehr als 75% des gesamten Personals“ (13) des zentralen Regierungssapparates.

Die alte Beamenschaft zeigte sich nach einer ersten Phase der Verunsicherung und des Boykotts — sehr selbstbewußt: Trotz

langer Verhandlungen unter Einschaltung des SNK konnte sich z.B. der alte Beamtenapparat des Versorgungsressorts (14) gegen die Bolschewiki durchsetzen. Der SNK mußte den zuständigen Volkskommissar Slichter, der einen harten Kurs gegen die Bürokratie fahren wollte, absetzen. „Man kapitulierte also vor dem alten Staatsapparat, weil man ohne dessen Hilfe nicht das Lebensminimum für die Stadtbevölkerung aufbringen konnte. Die Spitzenposten des Versorgungsapparates waren zwar von Bolschewiki besetzt, in den niederen Rängen und den örtlichen Behörden blieb jedoch die alte Beamenschaft und konnte sogar die Entlassung eines Volkskommissars erzwingen.“ (15) Nach einer Umfrage vom Frühjahr 1918 stammten über 60% von etwa 1000 Angestellten des Volkskommissariats aus vorrevolutionären Staatsbehörden, 21,6% sogar aus dem früheren Ministerium. Ende 1918 waren lediglich 13% der Mitarbeiter Kommunisten. (16)

Mit dem Aufbau des Obersten Volkswirtschaftsrates (OVWR) wurde die „bürgerliche Schicht“ (17) der Ingenieure, Techniker und Spezialisten, ja selbst viele der alten Kapitalisten wieder in leitende Stellungen eingesetzt. Ein „weißer“ Universitätsangehöriger in Omsk berichtet: „An der Spitze vieler Zentren und Hauptleitungen (des OVWR) befinden sich ehemalige Besitzer und ehemalige Verwalter oder Leiter von Privatbetrieben. Der mit diesen Zentren nicht vertraute Besucher, der persönlich die alte Welt des Handels und der Industrie kennt, wäre überrascht, die ehemaligen Besitzer der Leder-Großindustrie in der Hauptleitung dieses Industriezweiges, die ehemaligen Großindustriellen in den zentralen Organisationen der Textilbranche usw. sitzen zu sehen.“ (18) Einer Umfrage zufolge waren im Herbst 1918 im OVWR und in den Haupt- und Zentralverwaltungen insgesamt 5031 Menschen beschäftigt. Davon bezeichneten sich nur 164 als Bolschewiki und 374 als Sympathisanten. (19)

Bei der politischen Zusammensetzung der neuen Staatsorgane fällt also zweierlei ins Auge: Sie wurde durch Beamte bestimmt, die schon unter dem zaristischen Regime gedient hatten, die in der bürgerlichen Gesellschaft verwurzelt oder sogar selbst deren Protagonisten gewesen waren. Und die Bolschewiki stellten — von Ausnahmen abgesehen — ein diesen Verwaltungsapparaten eine verschwindende Minderheit dar. Ein großer Teil der Tätigkeit der Apparate entzog sich der Kontrolle der Bolschewiki. Beschlüsse der Parteiführung und deren Umsetzung in die Praxis waren meist zweierlei; durch die Art und Weise, wie diese Beschlüsse von den Verwaltungsorganen angewandt (oder nicht angewandt) wurden, war Ergebnis oft das Gegenteil des Beabsichtigten.

Auch wenn die Bolschewiki die leitenden Positionen einnahmen, konnten sie wenig daran ändern, daß diese Apparate als Ganzes fast genauso funktionierten wie zu Zeiten des Zaren. Ein Grund dafür war ihre geringe Sachkenntnis, die sie von den alten Spezialisten abhängig machten, deren erprobte und eingefahrene Methoden allein zu garantieren schienen, daß überhaupt das Notwendigste getan werden konnte. Das heißt, auch die leitenden Bolschewiki unterwarfen sich nicht selten der „Logik“ von bürgerlichen Auffassungen in den Verwaltungsorganen und den staatlichen Wirtschaftsapparaten und wirkten so an der Reproduktion bürgerlicher Verhältnisse und Praktiken mit.

Gesellschaftliche Grundlagen der Bürokratisierung und Ansätze der Herausbildung einer „neuen Bourgeoisie“

Die Logik solcher überkommener bürgerlicher Auffassungen konnte deshalb bestehen, weil die Gesamtheit der politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Verhältnisse in Rußland erst am Beginn einer revolutionären Umgestaltung stand. Vor allem die Vergesellschaftung der Produktionsmittel war noch kaum in Angriff genommen. Die Formen der bürgerlichen Arbeitsteilung, die scharfe Gegensätze zwischen körperlichen und geistigen, leitenden und ausführenden Tätigkeiten, zwischen Mann



Stalin (x) als politischer Deportierter, verhaftet nach einem Banküberfall in Tiflis (1907)

und Frau und zwischen Stadt und Land zur Folge hatten, waren praktisch noch ungebrochen. „Wir müssen uns auf den Boden der vorhandenen kapitalistischen Verhältnisse stellen“, bemerkte Lenin dazu im Oktober 1921. (20)

Die Vorherrschaft dieser Verhältnisse ließ „naturwüchsig“ bürgerliche gesellschaftliche Praktiken entstehen und begünstigte zunächst die Vorseibständigung der staatlichen Apparate sowohl gegenüber den Massen als auch gegenüber der revolutionären Partei und Regierung und beförderte schließlich die Herausbildung einer neuen Staatsbourgeoisie, die kollektiv — anstelle der Arbeiter — über die Produktionsmittel verfügte und die (noch nicht überflüssige) Funktion der alten Bourgeoisie fortführte.

Die entstehende neue Klasse nahm auch viele Verhaltensweisen der alten Bourgeoisie und der zaristischen Verwaltung wieder auf, die unter dem Volk nur Abscheu auslösen konnten. Victor Serge schreibt über seine Erfahrungen mit der Moskauer Verwaltung: „... Moskau schien ein wenig besser als Petrograd zu leben, indem es Komitees auf Räte und Direktionen auf Kommissionen häufte. Von diesem Apparat, der mir zu einem großen Teil leerzulaufen schien, weil er drei Viertel seiner Zeit mit Beratungen über nicht realisierbare Projekte verbrachte, hatte ich sofort den schlechtesten Eindruck. Er ernährte, schon in der Zeit der allgemeinen Misere, eine Menge von Beamten, die mehr geschäftig als beschäftigt waren. In den Büros der Kommissariate begegnete man eleganten Herren, hübschen, tadellos gepuderten Sekretärinnen, Uniformen, nach Maß geschneidert und mit Orden besetzt, und die ganze schöne Gesellschaft, die den stärksten Gegensatz zum ausgehungerten Pöbel auf der Straße bildete, schickte einem wegen der geringsten Sache und ohne jedes Ergebnis von einem Büro ins andere.“ (21) J. Sadoul spricht von „Arrivierten und Geschäftemachern, die kein anderes eindeutiges Ziel zu haben scheinen, als nur ihre Taschen zu füllen“, und davon, daß „diese Leute mit Bravour das System der Schmiergelder entwickelt haben, das im zaristischen Rußland schon berühmter war“. (22)

Neben diesen illegalen — und nicht ganz risikolosen — Einnahmequellen gelang es vor allem den „Spezialisten“ in den staatlichen Apparaten recht schnell, materielle Privilegien ganz offiziell in Anspruch zu nehmen. Während im Februar 1919 die Mindestlöhne für Arbeiter auf 600 Rubel festgelegt wurden, wurde für das hochqualifizierte Verwaltungspersonal bis zu 3000 Rubel bezahlt, in Einzelfällen sogar noch mehr. U. Nienhaus vermutet, daß es auch bei der Lebensmittel-, Wohnungs- und Kleidungszuteilung während des Kriegskommunismus Ungleichheiten zugunsten der eh schon Privilegierten gab. (23)

Wladimir Majakowski

MENSCHEWIKEN FLUCHEN DER TSCHKEA IN JEDEM FALLE. LASST SEHN, OB SIE SCHLECHT IST FÜR ALLE!

1. Leicht wär's, alle Roten zu verraten und zu den Weißen sich zu retten, wenn wir nur die verdammten Tschekisten nicht hätten!
2. Sie sprängen uns gern wieder ins Genick, doch gib't die Tscheka, das ist unser Glück!
3. Was wir auch planen, das platzt wie ein Spinnengewebe! Gäh Gott, daß es keine Tscheka mehr gäbe!
4. Leicht könnten die Weißen ihn wieder verführen, doch dank der Tscheka kann's nicht mehr passieren.
5. Möcht gern den Proleten erdolchen von hinten, doch gib't die Tscheka, und die schießt mit Flinten.
6. Habt dank, Genossen, steht weiter auf Wacht für das Gedeihen der Arbeitermacht!

Lenin sprach von „einer Entlohnung der Spezialisten nach Gehaltsätzen, die nicht sozialistischen, sondern bürgerlichen Verhältnissen entsprachen, d.h. nach Sätzen, die nicht im Verhältnis zur Schwierigkeit oder zu besonders schweren Bedingungen der Arbeit stehen, sondern im Verhältnis zu den bürgerlichen Gewohnheiten und den Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft“, und bezeichnete das offen als „Rückzug.“ (24) Die bürgerlichen Verhältnisse, die den Staatsapparat so sehr prägten, machten auch vor der bolschewistischen Partei nicht halt. Auch sie unterlag einer zunehmenden Bürokratisierung.

Bürokratisierung der Partei

Die SDAPR war bis zur Oktoberrevolution eine kleine, zwar straff strukturierte, aber ohne jeden bürokratischen Apparat funktionierende revolutionäre Partei gewesen. Obwohl unter den Bedingungen der Halblegalität eine Wahl der Funktionäre durch die Parteibasis ausschied, gab es durch die tägliche, überschaubare Zusammenarbeit und durch die intensive Diskussion politischer Fragen gerade auch unter den einfachen Mitgliedern eine demokratische Kontrolle, die eine Autokratie der Parteiführer nicht einmal in Ansätzen aufkommen ließ.

Innerhalb weniger Jahre veränderte sich dieses Bild völlig: Die Partei verwandelte sich in eine bürokratisch arbeitende Maschine, die innerparteiliche Diskussion beschränkte sich auf die höheren Ebenen, und schließlich ließen die Stalin'schen Säuberungen das innerparteiliche Leben restlos ersterben.

Soziale Zusammensetzung und Verschmelzung von Partei und Staat

Nachdem sich die Revolution endgültig durchgesetzt hatte, wurde sie zwangsläufig Anziehungspunkt aller möglichen Karrieristen — bis hin zu Bourgeois, die mit dem klaren Ziel ihrer inneren Veränderung eintraten. Lenin warnte vor der ständig wachsenden Gefahr des „*Andrangs von kleinbürgerlichen und allem Proletarischen geradezu feindseligen Elementen in die Partei*“ (25) „*Alle klugen Weißgardisten berücksichtigen ganz bestimmt den Umstand, daß der angeblich proletarische Charakter der Partei in Wirklichkeit nicht die geringste Gewähr dafür bietet, daß in ihr nicht Kleinbesitzerelemente, und zwar in kürzester Frist, das Übergewicht bekommen.*“ (26)

Mit einer Reihe von Säuberungskampagnen sollten solche Parteimitglieder wieder entfernt werden. Die Mitgliedszahlen schwankten daher sehr stark: von 24.000 im Jahr 1917 stiegen sie auf 350.000 im März 1919, fielen dann bis zum Herbst auf 150.000, um bis 1921 wieder auf 732.000 anzusteigen. Sie werden nach dem X. Parteitag auf unter eine halbe Million reduziert, dann aber — vor allem durch das von Stalin organisierte „*Leninaufbot*“ 1924 — wieder um mehr als 200.000 gesteigert. (27) Aus einer Reihe von Gründen führten diese Säuberungskampagnen aber keineswegs zu einer Stärkung des proletarischen Elements: Zunächst einmal verstanden es viele der Eintretenden, sich ein für allemal den Status des „*Arbeiters*“ zu verschaffen, indem sie vor ihrem Eintritt kurze Zeit im Betrieb arbeiteten. Insofern sind die Statistiken über die klassenmäßige Zusammensetzung der Partei stets trügerisch. Zum zweiten und vor allem jedoch wurden die Säuberungskampagnen (ebenso wie übrigens die Eintrittswellen) zunehmend gezielt eingesetzt, um die politischen Kräfteverhältnisse in der Partei zu verändern.

Die Kampagnen wurden rein „*administrativ*“ geführt, praktisch ohne Einbeziehung der parteilosen Massen. Unter diesen Umständen konnte der Verwaltungsapparat der Partei (vgl. dazu den folgenden Abschnitt) oppositionelle Strömungen zum Schweigen bringen. Alte Parteimitglieder wurden hinausgedrängt oder gaben resigniert auf, während oft sehr junge, wenig erfahrene Mitglieder nachrückten, die viel eher bereit waren, auf den Gebrauch des eigenen Kopfes zu verzichten und sich Beschlüssen übergeordneter Organe widerspruchslos zu fügen. Schon 1919 waren es nur noch 8 von Hundert Mitgliedern, die vor der Februarrevolution in der Partei gearbeitet hatten.

„Der Bürokratismus des Sowjetapparats habe unvermeidlich auch in den Parteiparat eindringen müssen, denn beide seien ineinanderauf engste verflochten“, stellte Lenin auf einer Parteiversammlung fest. (28) Tatsächlich arbeiteten 1919 53% der Parteimitglieder in der Staatsverwaltung, zudem 27% in der Roten Armee, oft ebenfalls in leitenden Funktionen. (29) Insbesondere die Spitzen der Partei übten durchweg Regierungssämter aus und erledigten alle anstehenden politischen Aufgaben im Rahmen dieser Organe. Parteigremien traten oft schon gar nicht mehr zusammen.

Diese Verschmelzung der Partei mit dem Staatsapparat ging so weit, daß Preobraschenski die Auflösung der Partei vorschlagen konnte, ohne daß dies einen Proteststurm hervorgerufen hätte. (30)

Wo der Sekretär des Parteikomitees des Versorgungsamtes z.B. mit dem Leiter dieses Amtes identisch war, und zugleich eine Parteizelle als lebendiger Organismus nicht existierte, entfiel jedes kritische Verhältnis und jede tatsächlich Kontrolle der Partei zu der bzw. über die Arbeit des Amtes.

Auf dieser Grundlage war es relativ einfach für die bürgerlichen Spezialisten, von denen die leitenden Kommunisten stets umgeben waren, ihre überkommenen Ansichten und Praktiken in den jeweiligen Institutionen durchzusetzen. Durch ihre zu meist recht geringe Sachkenntnis waren die Funktionäre auf den fachlichen Rat in Verwaltungsdingen angewiesen. Oft schienen eben die erprobten und eingefahrenen Methoden der Verwaltungspraxis allein den Erfolg zu garantieren. Für Experimente ließ schon die extreme Notsituation, die sofortiges, effektives Handeln erzwang, keine Zeit.

Auch viele leitende Bolschewiki unterwarfen sich so der „*Sachlogik*“ bürgerlicher Auffassungen; Auffassungen, die die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zementierten, anstatt auch nur einzelne Schritte zur revolutionären Umgestaltung dieser Verhältnisse zu unternehmen. Lenin sprach immer wieder mit großer Sorge über diese Entwicklung, etwa auf dem II. Parteitag der KPR (B) Ende März 1922: „*Man nehme doch Moskau — die 4.700 verantwortlichen Kommunisten — und dazu dieses bürokratische Ungetüm, diesen Haufen, wer leitet da und wer wird geleitet? ... Um die Wahrheit zu sagen, nicht sie leiten, sondern sie werden geleitet. ... Die Kommunisten, die an die Spitze von Institutionen treten — und manchmal werden sie absichtlich*

von Saboteuren, die sich ein Aushängeschild verschaffen wollen, vorgeschickt — erweisen sich häufig als die Übertölpelten.“ (31) Lenin gebrauchte den Vergleich des Eroberervolkes, das durch die überlegenen kulturellen Kräfte der Besiegten aufgezehrt und in deren Gesellschaft letztlich integriert wird.

Die Gefahr einer allmählichen Anpassung an die Lebens- und Denkgewohnheiten der besiegten bürgerlichen Klasse und schließlich einer neuen bürgerlichen Herrschaft, ausgeübt durch die bolschewistische Partei, die sich damit in eine neue bürgerliche Partei verwandelt, war auch für Bucharin, der in einem Vortrag vom Februar 1923 an Lenin anknüpft, eine erschreckende Zukunftsvision: „*Die Arbeiterklasse kann den Gegner mechanisch unterdrücken, die Arbeiterklasse kann die bürgerliche Clique in tausend Scherben zertrümmern, kann physisch von allem Besitz ergreifen, kann aber von unten her durch die kulturellen Kräfte des Gegners aufgezehrt werden ... im Prozeß der langsam und allmählich vor sich gehenden sozialen Evolution.*“ Diese Gefahr erhebe sich „*unvermeidlich vor jeder Arbeiterklasse, die sich der Staatsmacht bemächtigt hat.*“ „*So werden wir denn eine Sachlage erhalten, bei der alle unsere Dekorationen, die roten Fahnen, das Singen der Internationale, die sowjetische Regierungsform usw. äußerlich erhalten bleiben werden, während der innere Gehalt von alledem bereits ein anderer sein wird: ... er wird die Erwartungen und Wünsche, die Hoffnungen und Interessen jener neuen Bourgeoischicht widerspiegeln, die beständig wächst, die fortwährend stärker wird und die auf dem Wege langsamer organischer Veränderungen das ganze Gefüge des Sowjetstaates umgestalten und ihn allmählich auf das Geleise der rein kapitalistischen Politik führen wird.*“ (32)

Gerade die neu aufgenommenen Mitglieder waren in besonderer Weise anfällig dafür, bürokratische Methoden aus den staatlichen Apparaten zu übernehmen. Aber auch für die in der Illegalität erfahrenen Kader veränderten die Verwaltungsaufgaben, mit denen sie täglich überhäuft wurden, die Existenzbedingungen grundlegend — und oft trugen sie dazu bei, auch deren Weltanschauung zu umzuwandeln.

„*Was den Amtsrespekt betrifft*“, stellt Lenin 1923 fest, „*die Wahrung der Formen und Zeremonien in der Geschäftsführung, so ist es gang und gäbe, daß an Stelle unseres 'Revolutionismus' die muffigste Routine tritt.*“ (33)

Innere Machtkonzentration und Überlagerung der Partei durch ihren Verwaltungsapparat

Die Verschmelzung der bolschewistischen Partei mit dem Sowjetstaat korrespondierte mit Machtverlagerungen innerhalb der Partei selbst. Durch die enormen Anforderungen, die die Kontrolle des weitgehend feindlichen Staatsapparates an die qualifizierten Parteiarbeiter stellte, trat ein regelrechtes „*Aussaugen*“ der Partei ein, während sich zugleich die Ämter bei den führenden Kadern häuften.

Ein weiteres taten die Anforderungen des Bürgerkrieges. Bis auf einige wenige Zurückbleibende wurden die Parteiorganisationen durch die Anforderungen der Front regelrecht zerschlagen. Die Kader mußten im raschen Wechsel an den militärischen Brennpunkte eingesetzt werden, und viele von ihnen überlebten den Bürgerkrieg nicht. „*Von Juni 1918 bis Anfang 1919 treten die führenden Instanzen nur ausnahmsweise zusammen; fast alle Entscheidungen werden durch direkte Kontakte zwischen Lenin, dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, Swerdlow (dem Sekretär des ZK), und den Verantwortlichen der verschiedenen Bereiche gefällt.*“ (34) Ein Parteiparat, der Verbindungen zu den Grundorganisationen hätte aufrechterhalten können, existiert in dieser Zeit praktisch nicht: Anfang 1919 besteht der Stab des ZK nur noch aus 15 Aktivisten um Swerdlow.

Der VIII. Parteitag (im März 1919) beschloß eine Reihe von Schritten zum Wiederaufbau der Partei: (35)

— Das ZK soll nun wenigstens zweimal im Monat zusammen-treten. In den dazwischenliegenden Zeiträumen liegt die Entscheidungsgewalt bei dem neu eingerichteten **Politbüro** (bestehend aus Lenin, Kamenew, Trotzki, Stalin und Krastinski; stellvertretende Mitglieder sind Sinowjew, Bucharin und Kalinin). Faktisch wird das Politbüro rasch zur eigentlichen politischen Führung der Partei.

— Zugleich wurde ein **Orgbüro** geschaffen, um „*die gesamte Organisationsarbeit der Partei zu leiten*“, sowie ein **Sekretariat des Zentralkomitees**, das lediglich ausführende Aufgaben haben soll. Stalin wird Mitglied des Orgbüros. 1922 wurde die Stellung des Generalsekretärs geschaffen, die ebenfalls Stalin einnimmt.

Im Mai 1921 erklärte die 10. Allrussische Parteikonferenz die planmäßige Verteilung der wenigen für den Aufbau des Landes zu Verfügung stehenden Parteikader zur vordringlichsten Aufgabe des ZK. Ein geregeltes Berichtswesen wurde durchgesetzt. Finanziert wurden die hauptamtlichen Parteifunktionäre nun nicht mehr von den örtlichen Sowjetexekutivkomitees, sondern durch das ZK. (36) Ihre Zahl stieg bis 1922 auf 15.000, zwei Jahre später umfaßte der Parteiapparat bereits 23.000 Mitarbeiter (37). Die Funktionäre wurden in fünf Kategorien eingeteilt, die den fünf Besoldungsstufen der Sowjetangestellten entsprachen. (38)

Mit dieser Reorganisation begann eine rasche Veränderung im Arbeitsstil der Partei. Die Gewicht der zentralen Verwaltungsorgane in der Partei stieg an, und sie verselbständigten sich zunehmend gegenüber den führenden politischen Gremien. Dem entsprach eine personelle Aufblähung der Partei-Verwaltung: Von 15 stieg die Zahl der Beschäftigten auf 602 im Februar 1920 an, die in 13 Abteilungen tätig waren. (39) Die wichtigsten dieser Abteilungen waren das **Orgotdel** (Organisation und Herausgabe von Verordnungen) und das **Utschraspred** (Verwaltung von Protokollen, Registern und Karteien, sowie Aufgabenverteilung und Stellenzuweisung an die Mitglieder der Partei).

Der letztgenannte Punkt, die Stellenzuweisungen, wurden zu einem kaum zu unterschätzenden Hebel für die innere Veränderung der Partei. „*In der Praxis nehmen das Parteisekretariat und das Utschraspred die meisten Ernennungen vor, nur ein Teil davon geht über das Orgbüro, ein Organ, das gewählt ist. So gab es zwischen April und November 1919 2.182 Ernennungen des Utschraspred gegenüber 544 des Orgbüros. Zwischen April 1920 und Mitte Februar 1921 nimmt das Utschraspred 40.000 Ernennungen vor. (Später wurde ein Teil der Ernennung an untergeordnete Parteinstanzen delegiert, und das Orgotdel konzentrierte sich auf die Führungspositionen.)*

Eine Zeitlang erfolgen diese Ernennungen ziemlich wahllos. Dann geschieht jedoch die Auswahl mit Hilfe immer besser geführter zentraler Karteien. Im November 1921 verfügt das Utschraspred über Berichte, die ungefähr 23.500 Parteikader betreffen, wobei diese Kader je nach ihrer Spezialisierung in Gruppen eingeteilt sind. Einige Monate später hat das Utschraspred bereits eine Kartei über ungefähr 26.000 Kader, was ihm erlaubt, weitgehend 'Karrieren' zu verfolgen und zu bestimmen. Im Juni 1922 wird das Utschraspred mit dem Orgotdel zusammengelegt; es wird auf diese Weise zu einer noch mächtigeren Abteilung.“ (40)

Mit Hilfe der Stellenzuweisungen konnte das Sekretariat die Kräfteverhältnisse in einzelnen Parteioorganisationen in seinem Sinne verändern. Oppositionelle Gruppen konnten so aufgelöst, mißliebige Funktionäre isoliert und auf einflußlose Posten abgeschoben, aber auch gezielt Schlüsselstellungen mit Kadern des eigenen Vertrauens besetzt werden. Speziell Stalin (41) konnte auf diese Weise ohne spektakuläre öffentliche Auftritte seine Machtstellung gewaltig stärken.

Auch auf anderem Wege wurde die Kontrolle über die untergeordneten Parteinstanzen verstärkt: „*Das Orgotdel hat nun seinen eigenen Stab von 'Instruktoren', die damit beauftragt sind, die lokalen Parteioorganisationen zu inspizieren, und die Zugang*

zu allen Dokumenten und zu allen Sitzungen haben, auch zu den Geheimnissen. Die Instrukteure können alle möglichen Empfehlungen abfassen, wie Entscheidungen der Provinzkomitees zu modifizieren seien. Die Provinzkomitees haben jedoch weiterhin das Recht, sich ans Zentralkomitee zu wenden.“ (42)

Es setzte sich eine Form des Zentralismus durch, in der die Zentrale — oft bis in kleine organisatorische und personalpolitische Einzelheiten — die Zusammensetzung und Arbeit der untergeordneten Organe bestimmt. *Auch die Sekretäre der Parteikomitees der Provinzen werden immer häufiger vom Zentrum ernannt, und die Machtbefugnisse dieser politisch Verantwortlichen wachsen rapide. Der ProvinzparteiSekretär ist von der Parteikonferenz und vom Parteikomitee nicht mehr abhängig; im Gegenteil: die Mitglieder dieser Organe hängen immer mehr vom ProvinzparteiSekretär ab und durch ihn vom zentralen Verwaltungsapparat.*“ (43)

Bettelheim faßt diese Entwicklungen folgendermaßen zusammen: „Die Umwandlung der Beziehungen zwischen der Verwaltungsspitze der Partei und ihrer Basis verändert auch die Beziehungen der politischen Führung — Zentralkomitee und Politbüro — zur gesamten Partei. Der Verwaltungsapparat, besonders der zentrale Kern dieses Apparats, wird zum zweiten Führungszentrum der Partei: ein formal „administratives“ Zentrum (selbstverständlich ist es in Wirklichkeit auch ein politisches Zentrum), das die politische Führung der Partei beeinflussen, ja sogar ihre Beschlüsse und die Art, wie diese in die Tat umgesetzt werden, entscheidend ausrichten kann.“ (44)

Zunächst als Ausfluß der Extremsituation des Bürgerkrieges akzeptiert, äußerte sich massiver Protest gegen diese Entwicklungen auf dem X. und erneut auf dem XI. Parteitag (1922). *„Ein gewaltiger, den Parteioorganisationen schaden Apparat“,* heißt es in einer Resolution des XI. Parteitags, *„hat damit begonnen, diese systematisch zu überlagern. Dieser Apparat entwickelt sich schrittweise und untermittelt immer mehr bürokratische Eingriffe; er hat damit begonnen, einen äußerst großen Teil der Kräfte der Partei zu verschlingen.“* (45) Aber diese Kritik bleibt praktisch folgenlos; mehr noch: ihre Verfechter werden nach und nach zu Opfern des sich weiter verselbständigenden Verwaltungsapparats. (46)

Bürokratiekritik der Parteilinken

Der Bürgerkrieg ließ kaum Luft für Debatten über den Staatsaufbau. Dies war die Zeit der außerordentlichen Organe und Bevollmächtigten, die mit quasi-diktatorischen Methoden die wichtigsten militärischen und Versorgungsfunktionen sicherzustellen hatten. Aber bereits ausgehend vom VIII. Parteitag im März 1919 erhob sich heftige Kritik an den zahllosen Erscheinungsformen des Bürokratismus. Wortführer waren dabei die Linkskommunisten, die 1918 den Brester Frieden und die Parole des Staatskapitalismus bekämpft hatten.

Ihre Kritik fand Niederschlag in einer dreiteiligen Resolution zur Partei, zum Staat und zu deren gegenseitigen Beziehungen. Als Maßnahmen im Hinblick auf die Partei wurden beschlossen:

- vierzehntägig wiederholte Rechenschaftsberichte der kommunistischen Mitglieder der Sowjets vor ihren Wählern;
- Rückkehr aller länger als drei Monate mit Verwaltungsarbeit betrauten Genossen in die Betriebe für eine Dauer von wenigstens dreißig Tagen;
- stärkere Werbung um den Parteieintritt von Arbeiter und jüngeren Bauern;
- die Verpflichtung für alle bolschewistischen Sowjetfunktionäre, gleichzeitig ein Parteiamt zu übernehmen und den Gewerkschaften beizutreten.

Hingewiesen wurde auf die Notwendigkeit einer Parteisäuberung. Mit einer Reihe von organisatorischen Veränderungen in der Partei und deren Konsequenzen werde ich mich im Parteiteil des Referats befassen.

Was die Räte angeht, waren die Beschlüsse des VIII. Parteitags viel allgemeiner gehalten. Konkrete Festlegungen über die Ausweitung ihrer Kompetenzen, wie sie von Ossinski gefordert worden waren, wurden nicht beschlossen.

Tatsächlich hatte sich bis zum 7. Sowjetkongreß, der im Dezember 1919 stattfand, kaum etwas verbessert. Auf diesem Kongreß wurden vor allem die zentralisierten Befehlswege im Staatsapparat beklagt. Der Menschewik Martow machte sich zum Wortführer der Kritiker und forderte eine Verlagerung der Macht von der Regierung zu den obersten Sowjetorganen hin. Saporonow sprach sich gegen die vertikale „Säulen“- und für eine horizontale „Ring“-Gliederung der Instanzenwege aus. Die Resolution dieses Parteitags sprach denn auch den lokalen Räten größere Befugnisse als bisher zu. Sie unterstellte generell alle örtlichen Verwaltungsabteilungen den Exekutivkomitees der jeweiligen lokalen Räte, und verbot insbesondere die Ernennung von Abteilungsleitern von oben.

Auf dem IX. Parteitag im März 1920 klagte die linke Opposition heftiger denn je, die früheren Beschlüsse würden in der Praxis dauernd übergangen. Machtanmaßung des Zentrums gehe einher mit chaotischen Funktionsüberschneidungen und einer ansonsten gänzlichen Vernachlässigung der Provinzen. Ossinski, Maksimowski und Saporonow, die unter dem Namen des „Demokratischen Zentralismus“ auftraten, forderten, die Einmannleitung nicht zum allein-selig-machenden Prinzip zu erheben. Gerade in der zerrütteten Situation könne Verwaltung nicht auf die rein technischen Aspekte reduziert werden. Für eine qualifizierte politische Leitung seien Kollegen weit besser geeignet: sie erlaubten eine Einbeziehung der bürgerlichen Spezialisten bei gleichzeitiger Kontrolle und ermöglichte es, über den engen Fachbeamtenhorizont hinauszusehen. Lenin und Trotzki dagegen hielten am Prinzip der Einzelverantwortung als der in ihren Augen einzigen effektiven Verwaltungsform fest.

Der X. Parteitag im Frühjahr 1921 setzte einen gewissen Abschluß der Bürokratiediskussion. Die Arbeiteropposition um Schlapnikow und Alexandra Kollontai hatte vor und auf dem Parteitag die allseitige Entwicklung der Masseninitiative anstelle der gängigen bürokratischen Verwaltungspraxis gefordert. Für besonders wichtig hielt sie die Rückkehr zum Prinzip der Wählbarkeit der verantwortlichen Kader. Alle politischen wie auch Personal-Fragen sollten parteiöffentlich behandelt werden; jedes Parteimitglied sollte seine Meinung in der Parteipresse publizieren dürfen. Entscheidend war in ihren Augen die Erhöhung des Arbeiteranteils in der Partei. Außerdem wurde gefordert, die Doppelmitgliedschaften in führenden Partei- und Sowjetorganen zu verringern.

Für die Mehrheit der Parteiführung, insbesondere für Lenin und noch stärker für Trotzki, war die Führung durch die Partei nur gewährleistet, wenn die politisch, wirtschaftlich und administrativ Verantwortlichen von den übergeordneten Instanzen ernannt wurden. Unter dem Eindruck des Kronstädter Aufstands wurden im übrigen mit überwältigenden Mehrheiten die Thesen der Arbeiteropposition scharf zurückgewiesen, ohne daß ihre Vorschläge im einzelnen kritisch untersucht worden wären.

Was waren die Gründe für das Scheitern der Bürokratiekritik?

Eine der zentralen Ursachen war mit Sicherheit die meistens recht technokratische Betrachtungsweise der Probleme. Auch wenn insbesondere Lenin, aber auch andere immer wieder auf den **bürgerlich-zaristischen Charakter der Staatsapparate**, der Beziehungen in ihnen und ihrer Beziehungen zur Bevölkerung hinwiesen: Man glaubte doch sehr weitverbreitet, die Probleme durch eine verbesserte Kontrolle und Verwaltungsreformen lösen zu können. Auf der verwaltungstechnischen Ebene aber ließ sich trefflich streiten, ohne daß allgemeine Aussagen möglich waren: Die Bürokratisierung durch Mammutorganisa-

tionen z.B. in der Wirtschaftsverwaltung wurde genauso beklagt wie die unregelmäßige Delegation von Aufgaben nach unten mit überschneidenden Zuständigkeiten und Parallelarbeit. Auch ob das Fehlen jeder klaren Verantwortlichkeit bei vielen örtlichen Organen oder die Entsendung von „Sonder-Bevollmächtigten“ der zentralen Regierungsstellen in die Provinzen mehr zum Niedergang der lokalen Sowjets beitrug, war zu Recht umstritten.

Die Mehrheit beharrte in diesen Auseinandersetzungen auf einer rigiden zentralistischen Ausrichtung, stets mit dem Haupt-Argument, allein dadurch sei die unverzichtbare Effektivität zu gewährleisten. Die Organisation der Verwaltungsarbeit wurde von vielen als Problem der Kontrolle und strategisch als eines der Erziehung und Bildung der Arbeiter und Bauern gesehen.

Dagegen stand eine gewisse ideologische Beschränktheit vor allem der Arbeiteropposition. Diese sah in einer Erhöhung des Arbeiteranteils in den staatlichen Apparaten und einer größeren Verantwortung der Gewerkschaften entscheidende Schritte gegen die Bürokratisierung. Sie ging dabei von der (ökonomistischen) Illusion aus, daß proletarisches Klassenbewußtsein im Produktionsprozeß sozusagen naturwüchsig entsteht und sich mitsamt seinen Trägern einfach in die staatlichen Apparate verpflanzen läßt. Die Arbeitertümelei verstellte den Blick dafür, daß der Kampf gegen die Verselbständigung und zugleich Verbürgerlichung der Apparate eine organisierte politische Führung gebraucht hätte. Angesichts der bekannten Bürokratie in den Gewerkschaftsapparaten mußte es vielen Parteimitgliedern besonders absurd erscheinen, gerade sie zum Garanten proletarischer Reinheit zu erklären.

Als strategisches Moment — das vielleicht die Absolutheit und Schärfe erklärt, mit denen Lenin die Arbeiteropposition angriff — kommt dazu, daß sie alle Forderungen im Namen der Arbeiter aufstellte, das Bündnis mit der Bauernschaft und notwendige Kompromisse in diese Richtung jedoch nicht weiter problematisierte.

Die linken Oppositionen waren regelmäßig nicht in der Lage, konkrete Alternativen aufzuzeigen und zu entwickeln. Sie versäumten es insbesondere, sich genauer mit den Erfahrungen der Arbeiter- und Bauerninspektion auseinanderzusetzen und hierzu Verbesserungsvorschläge vorzubringen. An einigen der dort entwickelten und erprobten Formen der Heranziehung der Arbeiter und Bauern hätte eine Politik der antibürokratischen Masseninitiative durchaus ansetzen können.

Dennoch: Für die Niederlage der Linkskommunisten sind nicht so sehr deren Fehler verantwortlich zu machen, sondern vielmehr die Kombination von genereller Rückständigkeit Rußlands, aktueller äußerster Zerrüttung und der Position der Mehrheit der Partei, daß nur eine entschlossene Zentralisierung die Macht der Bolschewiki sichern könne.

Staatskontrolle und Arbeiter- und Bauerninspektion

Von Anfang an gab es Versuche der organisierten Einbeziehung der Massen in die Kontrolle der staatlichen Apparate. Ein wesentlicher Hebel dafür sollte zunächst die Arbeiterkontrolle sein. Parallel dazu wurde die Regierungsbehörde für Staatskontrolle, die bereits unter dem Zarismus bestanden hatte, reorganisiert. Ihre Aufgabe bestand traditionell vor allem in der Überprüfung der Korrektheit von Finanzoperationen.

Lange Zeit war die Abgrenzung zu Arbeiterkontrolle und zu den Aufgaben der Gewerkschaften nicht klar. Auch nach dem Verschwinden der Arbeiterkontrolle erhoben die Gewerkschaften den Anspruch, die Staatskontrolle wäre bei ihnen in den besten Händen.

Ab Februar 1920 wurde die Staatskontrolle umgewandelt in das Volkskommissariat für Arbeiter- und Bauerninspektion. Hauptaufgabe: Kampf gegen die Bürokratisierungstendenzen durch die Arbeiter- und Bauernmassen selbst. Durch Wahlen sollten Delegierte aus den Produktionseinheiten jeweils für kür-

zere Zeiträume zur Arbeit in der Rabkrin delegiert werden. Den Gewerkschaften blieb ein Einspruchsrecht gegen die Kandidatur neuzurekrutierender Mitglieder.

Der Apparat der Staatskontrolle bzw. der Rabkrin, der seit 1919 Stalin als Volkskommissar vorstand, war selbst keineswegs vorbildlich:

— Sie war berüchtigt für Abteilungswildwuchs, dauernde Reorganisationen, Chaos in der Kompetenzabgrenzung und Bürokratie.

— Ihr Personal bestand noch im Herbst 1918 zu 80 Prozent aus Leuten, die schon vor der Revolution einen höheren Posten innehatten. Der weit überwiegende Teil der früheren Angestellten der zaristischen Staatskontrolle wurde übernommen. Auch ehemalige zaristische Offiziere samt ihren Familienangehörigen strömten massiv in die Institution. An der Notwendigkeit dieser Spezialisten wurde auch später festgehalten, wenngleich versucht wurde, gezielt auch qualifizierte Arbeiter und Bauern heranzuziehen, die von ihren Basiseinheiten vorgeschlagen werden mußten. 1921 zählte man über 70.000 Arbeiter und gut 46.000 Bauern, die man für die RKI mobilisieren konnte. Die Massenmobilisierungen fanden allerdings bereits wieder 1922 ihr Ende. Mit der Einführung der NEP beschloß der oberste Sowjet, daß nur noch 2000 aus den Betrieben entsandte Arbeiter mit eingeschränkter Bezahlung für höchstens vier Wochen bei der Arbeiter- und Bauerninspektion tätig sein sollten.

Die Arbeit der RKI umfaßte neben den nachträglichen Kontrollen der Finanzen auch die Organisation der Behörden selbst, die Arbeitsmethoden usw. Bei „fliegenden Revisionen“ wurden Staatsorgane überraschend durchgecheckt und unmittelbare Verbesserungsvorschläge unterbreitet. In den Betrieben, Sowjetbehörden und landwirtschaftlichen Organisationen wurden Hilffellen der Rabkrin zur Kontrolle am Ort eingerichtet. Beschwerdebüros nahmen Klagen von Menschen entgegen, die durch Sowjetorgane ungerecht behandelt worden waren, und sorgten für Abhilfe.

Eine weiterreichende Form der Basiskontrolle waren die Massenuntersuchungen. Sie hatten die Aufgabe, breite Teile der noch weitgehend analphabetischen Bevölkerung mit der Arbeit bestimmter Institutionen bekannt zu machen und diese zugleich einer Prüfung zu unterziehen. Ihr Ablauf wird so beschrieben:

„Die für die Massenuntersuchungen vorgesehenen Leute erteilten zunächst unter der Leitung einiger erfahrener ständiger Mitarbeiter und unter der Aufsicht der zuständigen Inspektionsorgane Plan und Aufgabe der Revision. Dann teilten sie sich nach dem vom Untersuchungsgegenstand und -zweck vorgegebenen Muster in verschiedene Gruppen auf. Nach Abschluß der Revision, d.h. in der Regel nach acht bis zehn Tagen, berief die entsprechende Kontrollbehörde wieder eine Vollversammlung aller Teilnehmer an den Untersuchungen ein, auf ihr beriet man dann über die festgestellten Mängel und erörterte gemeinsam notwendige Korrekturmaßnahmen.“ (47)

Allein im Moskauer Gouvernement haben 1921 auf diese Weise ungefähr 35.000 Menschen einen ersten Schritt zu einer wirklichen Kontrolle „ihres“ Staates unternommen.

Trotz dieser vorwärtsweisenden Ansätze blieb die Arbeiter- und Bauerninspektion stets ein Teil der Staatsverwaltung, sie wandelte sich nie in ein Organ der Kontrolle durch die Arbeiter und Bauern selbst. Ihre katastrophalen Mängel machten sie zum Ansatzpunkt weitreichender Reorganisationsvorschläge Lenins.

Die letzten Reorganisationsvorschläge Lenins

Ende 1922 / Anfang 1923 hat Lenin — bereits ans Krankenbett gefesselt — vorgeschlagen, die Arbeiter- und Bauerninspektion grundlegend umzugestalten. Er schrieb dazu die beiden Artikel „Wie wir die Arbeiter- und Bauerninspektion reorganisieren sollen“ und „Lieber weniger, aber besser“. Ebenfalls in diesen Zusammenhang gehört die Folge von Texten, die als sein Testament bekannt geworden sind, und in denen er dringend die Ablösung

Stalins als Generalsekretär vorschlug. Diese Artikel sind schonungslos Angriffe auf die Staats- wie auch die Partei-Bürokratie, sie machen aber auch deutlich, welchen Rahmen die Vorschläge Lenins nicht überschreiten.

Bei der Rabkrin ansetzend, meinten die Vorschläge tatsächlich den gesamten Partei- und Staatsapparat. Ihre Hauptpunkte waren: — Verschmelzung der Zentralen Kontrollkommission der Partei mit der Rabkrin. — drastische Reduzierung des Rabkrin-Personals auf 300 — 400 hochqualifizierte (und entsprechend bezahlte) Spezialisten.

— Erweiterung der ZKK um 50 — 100 politisch zuverlässige Arbeiter und Bauern, die vom Parteitag gewählt werden sollten. Sie sollten an den Sitzungen des bis dahin nur 27 Mitglieder umfassenden ZK mit vollen Rechten teilnehmen. Den Rabkrin-Spezialisten sollten demgegenüber nur reine Sekretärsaufgaben zukommen.

Die Funktionen dieser vereinigten ZKK/Rabkrin sollten sein: — Teilnahme an den Sitzungen des Politbüros und kontrollierende Durchsicht aller seiner Akten und Dokumente; — praktische Inspektion des laufenden Geschäftsgangs sämtlicher Staatsorgane; — theoretische Beschäftigung mit der Arbeitslehre und der Verwaltungswissenschaft.

Lenin zielte damit auf eine Kontrolle der Parteispitze durch eine nur dem Parteitag verantwortliche Körperschaft, die politische „Unverdorbenheit“ mit großem Sachverstand in Verwaltungsdingen vereinte. Die politische Entscheidungsgewalt sollte vom Sekretariat zum ZK zurückverlagert werden.

Wäre er befolgt worden, hätte dieser Vorschlag sicher erhebliche Einschnitte im bisherigen Regierungstil bedeutet. Entsprechend heftig war der Widerstand dagegen. Lenins letzter Artikel lag zwei Monate lang, und ein Teil des ZKs soll versucht haben, seine Veröffentlichung ganz zu hintertreiben. Der Stalin-Zögling Kubischew ging nach Aussage Trotzki so weit, für Lenin eigens eine fingierte Prawda-Ausgabe mit dem umstrittenen Artikel drucken zu wollen.

Auf dem 12. Parteitag im April 1923, an dem Lenin nicht mehr teilnehmen konnte, lobten Stalin und seine Verbündete seine Vorschläge — und überwiesen sie ohne Diskussion an ein Kommission zur weiteren Bearbeitung. Tatsächlich wurde dabei Lenins Intention ins glatte Gegenteil verkehrt: die ZKK wurde nicht ausgebaut, um die ZK-Arbeit von unten zu kontrollieren, sondern — unter Leitung von Kubischew — als quasi-polizeiliches Hilfsorgan des ZK. In immer engerer Zusammenarbeit mit der GPU hatte sie über die peinliche Einhaltung der Parteilinie zu wachen.

Bereits kurze Zeit später war es so weit gekommen, daß Bucharin allen Grund sah, die Menschheitsgeschichte in drei Epochen einzuteilen: Das Matriarchat, das Patriarchat und das Sekretariat.

Literatur:

- Anweiler 1958 Oskar Anweiler: Die Rätebewegung in Rußland 1905 — 1921, Leiden 1958
 Bucharin 1971 Nikolai Bucharin: Proletarische Revolution und Kultur, Frankfurt/M. 1971
 Medwedew 1973 Roy A. Medwedew: Die Wahrheit ist unsere Stärke. Geschichte und Folgen des Stalinismus, Frankfurt/M. 1973
 Nienhaus 1980 Ursula D. Nienhaus: Revolution und Bürokratie. Staatsverwaltung und Staatskontrolle in Sowjetrußland 1917 — 1924, Diss. Frankfurt 1980
 Pietsch 1969 Walter Pietsch: Revolution und Staat. Institutionen als Träger der Macht in Sowjetrußland 1917 — 1922, Diss. Köln 1969
 Schapiro 1962 Leonard Schapiro: Die Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Frankfurt/M. 1962
 Schröder 1982 Hans-Henning Schröder: Gesellschaftliche Funktion und innere Entwicklung der bolschewistischen Partei in den Jahren der NEP 1921 — 1928, in: Gernot Erler; Walter Süß (Hg.): Stalinismus, S. 88 — 120
 Serge 1974 Victor Serge: Erinnerungen eines Revolutionärs 1901 — 1941, Wiener Neustadt 1974 (Nachdruck der Ausgabe Frankfurt/M. 1967)

Die Zahlenangaben, die nach der angegebenen Literatur zitiert wurden, beruhen in aller Regel auf zeitgenössischen sowjetischen Veröffentli-

chungen und Statistiken, auf deren Nachweis hier aber aus Gründen der Überschaubarkeit verzichtet wurde.

Anmerkungen:

- 1 Dieser Teil des Referats (Bürokratisierung in Staat und Partei) ist in ausführlicher Form im Seminar-Reader abgedruckt. Der dritte Teil dagegen liegt nur hier vor.
 2 Lenin: Staat und Revolution, in: LAW II, S. 410
 3 Lenin: Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?, in: LAW II, S. 461 f.
 4 Vgl. Bettelheim 1975, S. 94 — 97 und 214 f.; Pietsch 1969, S. 47 — 66 und Nienhaus 1980, S. 18 — 24
 5 Vgl. Pietsch 1969, S. 76 — 79
 6 Anweiler 1958, S. 55
 7 W. Antonow-Saratowski: Die Sowjets in der Periode des Kriegskommunismus, (russ.), Bd. I, Moskau 1928, S. 31; zit. nach: Anweiler 1958, S. 55
 8 Bericht, zit. nach: Bettelheim 1975, S. 245 f.
 9 Vgl. Pietsch 1969, S. 112
 10 Vgl. Pietsch 1969, S. 114 — 133. Auf dem VII. und dann nochmals auf dem VIII. Sowjetkongreß (Dezember 1920) war unter anderem beschlossen worden, die Kontrolle des ZEK als oberstem Sowjetorgan über die Regierung zu stärken. „Alle Dekrete, die die Aufstellung der allgemeinen Normen des politischen und ökonomischen Lebens betreffen, wie auch alle Dekrete, die grundlegend die gegenwärtige Praxis der staatlichen Organe verändern, müssen vom ZEK geprüft werden.“ (zit. nach Pietsch 1969, S. 127)
 11 Lenin: Bericht auf dem IV. Komintern-Kongreß, November 1922, LW 33, S. 414 f.
 12 Vgl. Nienhaus 1980, S. 25 f.
 13 Nienhaus 1980, S. 27
 14 Da dieses Ressort für die Art und Weise des Getreideeinzugs und die Verteilung zuständig war, waren seine Maßnahmen in der Zeit der Versorgungskrise höchst brisant und hatten großen Einfluß auf das Verhältnis zwischen Stadt und Land.
 15 Pietsch 1969, S. 60
 16 Nienhaus 1980, S. 26 und 32
 17 Lenin, LW 29, S. 439
 18 Zit. nach: Bettelheim 1975, S. 144
 19 Nienhaus 1980, S. 32
 20 LW 33, S. 79
 21 Serge 1974, S. 88 f.
 22 Jacques Sadoul: Notes sur la revolution bolchevique, Paris 1971; zit. nach: Bettelheim 1975, S. 230
 23 Nienhaus 1980, S. 57
 24 LW 33, S. 68
 25 LW 33, S. 243. Lenin schlug dringend eine längere Kandidatenzeit vor der Aufnahme in die Partei und eine intensive Überprüfung der Kandidaten vor, konnte sich damit jedoch nicht durchsetzen.
 26 LW 33, S. 240
 27 Bettelheim 1975, S. 266 f.
 28 LW 31, S. 431
 29 Schapiro 1962, S. 255
 30 Vgl. Bettelheim 1975, S. 252 f.
 31 LW 33, S. 275
 32 Bucharin 1971, S. 46 und 15
 33 LW 33, S. 484
 34 Bettelheim 1975, S. 252
 35 Nach Bettelheim, S. 253 f.
 36 Nach Pietsch 1969, S. 153-155
 37 Schröder 1982, S. 96
 38 Schapiro 1962, S. 274
 39 Pietsch 1969, S. 153
 40 Bettelheim 1975, S. 254
 41 Lenin dagegen hatte auf Ernennungen und Abberufungen vergleichsweise wenig Einfluß. „In organisatorischen und personellen Fragen gibt es unzählige Fälle, wo ich in der Minderheit geblieben bin“, schreibt er an A.A. Joffe (Briefe, Bd. 7, S. 102-103). Medwedew 1973 (S. 30 f.) beschreibt einen Fall, wo Lenin trotz eines entsprechenden Politbürobeschlusses gegen die Blockade des Orgbüros machtlos blieb.
 42 Bettelheim 1975, S. 254 f.
 43 Bettelheim 1975, S. 255
 44 Bettelheim 1975, S. 256
 45 Zit. nach Bettelheim 1975, S. 257. Bettelheim führt dazu aus: „Der Begriff der „Überlagerung“ der Partei durch ihren Apparat bezeichnet in doppelsinniger Weise das Ergebnis eines zweifachen Prozesses: einerseits bewirkt dieser Prozeß, daß die zentralen Organe der Partei über ihre Basis dominieren, andererseits verlagert sich zusehends die Macht in den zentralen Organen selbst; die Stellung der Verwaltungsorgane wird stärker gegenüber der aus den Parteitag hervorgegangenen politischen Führung.“
 46 Der folgende Teil des Referats stützt sich durchgängig sehr stark auf die Dissertation von Ursula Nienhaus: Die Revolution und Bürokratie. Staatsverwaltung und Staatskontrolle in Sowjetrußland 1917 — 1924, Frankfurt/M. 1980. Die daraus angeführten Fakten werden nicht im einzelnen nachgewiesen.
 47 Nienhaus, S. 148

Die vermehrte Beachtung der objektiven Tendenzen in der vorhandenen Gesellschaft kann, wenn sie mechanisch vermehrt wird, wenn sie zu Ökonomismus übergeht, den Willen zur Praxis erst recht schwächen.

Sie kann ihn weit gründlicher schwächen als die abstrakte Utopie, sie kann bewirken, daß der Sozialist (oder sage man genauer: der Sozialdemokrat) als völlig utopieloser Typ ein Sklave der objektiven Tendenzen wird. Objektivistische Idolatrie (1) des objektiv Möglichen wartet dann zwinkernd ab, bis die ökonomischen Bedingungen zum Sozialismus sozusagen völlig reif geworden sind. Sie sind aber niemals völlig reif oder so perfekt, daß sie keinen

Willen zum Handeln brauchten und keinen antizipierenden (2) Traum im subjektiven Faktor dieses Willens. LENIN, wie bekannt, hat nicht abgewartet, bis die Bedingungen in Rußland überall die Erlaubnis zum Sozialismus gaben, in

bequemferner Zeit der Kindeskind: LENIN überholte die Bedingungen, vielmehr: er half ihrer Reife durch überholende Zielsetzungen konkret-antizipierender Art nach, welche ebenfalls zur Reife gehören. Und wenn die Erkenntnis, daß der Kapitalismus mit der Herrschaft der Monopole sein letztes Stadium, das des Sterbens und der Fäulnis, erreicht hatte, daß die Kette an ihrem schwächsten Gliede reißen mußte, wenn diese Erkenntnis auch der objektiven Bedingungen des revolutionären Sieges sicher war, wie hätte die Stunde des Großen Oktober genutzt, wie die Macht behauptet werden können ohne das überholende Zielbild Sozialismus, ohne den subjektiven Faktor in der höchstorganisierten, disziplinierten, bewußten Form der Partei? Marxismus ist Anweisung zum Handeln; wird er aber ebenso subjektlos wie zielfremd, dann entsteht fatalistischer Antimarxismus, degeneriert zur Rechtfertigung dafür, daß man nicht gehandelt hat, weil der Prozeß schon von selber seinen Weg gehe.

1 Vergötzung

2 vorwegnehmend

(Ernst Bloch, Das Prinzip Hoffnung)